



Plenarprotokoll

28. Sitzung

Donnerstag, 30. Mai 2013

Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein.....	2238	Angelika Beer [PIRATEN].....	2242, 2245
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/747 (neu)		Lars Harms [SSW].....	2243
Aktionsplan „Integration“ konsequent umsetzen!.....	2238	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2247
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/833		Torsten Albig, Ministerpräsident...	2248
Serpil Midyatli [SPD].....	2238, 2246	Johannes Callsen [CDU], zur Geschäftsordnung.....	2250
Astrid Damerow [CDU].....	2239, 2245	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/747 (neu) sowie des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/833.....	2250
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2240	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs - GRfW.....	2250
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2241		

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/827		Dr. Axel Bernstein [CDU].....	2274
		Kai Vogel [SPD].....	2275
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2276
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2278
		Lars Harms [SSW].....	2280
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2281
		Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	2282
		Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein.....	2282
		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/819	
		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2283
		Hans Hinrich Neve [CDU].....	2284
		Tobias von Pein [SPD].....	2285
		Christopher Vogt [FDP].....	2286
		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	2287
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	2289
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2290
		Beschluss: Annahme.....	2291
		Arzneimittelgesetz (AMG).....	2291
		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/732	
		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	2291
		Heiner Rickers [CDU].....	2292, 2300
		Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]....	2294
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2295, 2299
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	2296
		Angelika Beer [PIRATEN].....	2297
		Flemming Meyer [SSW].....	2298
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	2264		
Bericht der Landesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl			
Zweiter Landeskinderschutzbericht - Teil 1 Schwerpunkt Frühe Hilfen -	2264		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/711			
		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	2265
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	2266
		Dr. Gitta Trauernicht [SPD].....	2267
		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2268
		Anita Klahn [FDP].....	2269
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2270
		Flemming Meyer [SSW].....	2272
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2273		
Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern	2273		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/626			
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	2273

Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/732 und Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....

2301

* * * *

Gemeinsame Beratung

a) Zukunft des Messestandorts Husum.....

2301

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/802

b) Rolle des Westküstenbeirats bei der Entwicklung eines Westküstenkonzepts.....

2301

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/837

Reinhard Meyer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie..... 2302, 2320

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 2303

Jens-Christian Magnussen [CDU]. 2305

Olaf Schulze [SPD]..... 2307

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 2309

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 2310

Flemming Meyer [SSW]..... 2311

Astrid Damerow [CDU]..... 2312

Klaus Jensen [CDU]..... 2313

Lars Harms [SSW]..... 2314

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 2315

Martin Habersaat [SPD]..... 2315

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 2316

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 2317

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/837 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Ablehnung des Antrags
Drucksache 18/802.....

2321

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anke Erdmann! Wir schließen uns alle den Geburtstagsglückwünschen für den heutigen Tag an und wünschen dir mit uns viel Freude im Verlauf des heutigen Tages und alles Gute. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Sitzung und teile Ihnen zunächst mit, dass folgende Abgeordnete krankgemeldet wurden: Frau Barbara Ostmeier, Herr Thomas Rother sowie Frau Dr. Marret Bohn. - Wir wünschen allen dreien von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Kolleginnen Regina Poersch sowie Frau Ministerin Anke Spoorendonk.

Nun bitte ich Sie, mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Viöl zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Ich gebe Ihnen die Verständigungen zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern zum weiteren Sitzungsverlauf bekannt: Erstens. Der Tagesordnungspunkt 30, Sicherheit für alle Bürger - Kein Rückzug der Polizei aus der Fläche!, wird abgesetzt. Zweitens. Tagesordnungspunkt 26, Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, soll ohne Aussprache behandelt und am Freitag aufgerufen werden. Es ist vorgesehen, über den Antrag in der Sache mit der Maßgabe der Berichterstattung gegenüber dem Ausschuss abzustimmen.

Wir wollen nun mit unserer Arbeit beginnen. Ich rufe daher Tagesordnungspunkt 19 auf:

Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/747 \(neu\)](#)

Aktionsplan „Integration“ konsequent umsetzen!

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/833](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich nun die Aussprache und erteile der Kollegin Serpil Midyatli von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Serpil Midyatli [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Oftmals, wenn wir über Integrationspolitik in diesem Hohen Hause reden, geht unser Blick nach Berlin. Nicht aber mit diesem Antrag von SPD, Grünen, SSW und den PIRATEN. Hier können und werden wir uns daran messen lassen, wie ernst wir es mit einer modernen und vielfältigen **Integrationspolitik** meinen.

Ein wichtiger Schritt, den wir selbst gehen können, ist die interkulturelle **Öffnung unserer Verwaltungen**. Ich bin fest davon überzeugt, dass es dieser Landesregierung gelingen wird, Konzepte weiterzuentwickeln, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung oder Beschäftigung erfolgreich anzuwerben.

Wir wollen nicht nur über Integration reden oder Gipfel abhalten, um hinterher festzustellen: Piep, Piep, Piep, wir haben uns alle lieb. - Nein, für uns sind Vielfältigkeit und Diversität keine Modebegriffe, wir wollen sie mit Leben füllen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Konkret könnte ich mir vorstellen, dass bereits in der Schule um **Auszubildende mit Migrationshintergrund** geworben wird. Denn viele wissen gar nicht um die Möglichkeiten, die das Land bietet, da sie selbst auch keine oder nur wenige Vorbilder haben. Wenn man denn schon in der Schule ist, sollte man den jungen Menschen auch mitteilen, dass es nicht zwingend der deutschen Staatsbürgerschaft bedarf, um in den Landesdienst einzutreten; das wissen nicht alle. Wir reden auch nicht von Extrawürsten für Menschen mit Migrationshintergrund. Entgegen aller Defizitbeschreibung gibt es gut qualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit diesem Antrag wollen wir eine **gleichberechtigte Teilhabe** für geeignete Bewerberinnen und Bewerber erreichen. Es gibt viele verschiedene Gründe, warum es erst gar nicht zu einer Bewerbung kommt, vielleicht auch, weil der Name zu ausländisch klingt. Daher ist es ebenso wichtig, das Personal auf die Öffnung vorzubereiten, zum Beispiel mit interkulturellen Kompetenz-Trainings.

(Serpil Midyatli)

Die große Hoffnung ist natürlich, dass sich die Kommunen daran orientieren und sich auch interkulturell weiter öffnen. Hier meine ich ausdrücklich nicht die Ausländerbehörden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Internationale Konzerne haben längst erkannt, dass **interkulturelle Belegschaften** für erfolgreiche und innovative Unternehmensführung stehen, weil Menschen mit verschiedenster Herkunft mit vielfältigen Potenzialen eine Bereicherung für die Konzerne sind. Hinzu kommt, dass der Fachkräftemangel uns dazu zwingt, uns zu öffnen - das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Verwaltung.

Ja, wir sind ein Einwanderungsland. Nach Jahrzehnten haben es nun fast alle begriffen. Schade nur, dass es so lange gedauert hat. Denn mittlerweile sind wir gar kein Einwanderungsland mehr. Ich muss Ihnen bedauerlicherweise mitteilen, dass wir ein **Auswanderungsland** sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben wir auch schon lange!)

- Das ist leider immer noch nicht in den Köpfen angekommen, lieber Heiner. Dieses gilt auch für die gut qualifizierten und ausgebildeten Menschen mit Migrationshintergrund. Diese verlassen das Land. Oft hat es damit zu tun, dass ihre Leistungen nicht anerkannt werden und mit der fehlenden Willkommenskultur. Mit fehlender Anerkennung meine ich in diesem Falle ausdrücklich nicht die im Ausland erworbenen Abschlüsse. Nein, es geht um die Menschen, die hier geboren sind und ausgebildet wurden. Oftmals arbeiten sie unter ihrer eigentlichen Qualifikation. Das frustriert. Hier müssen wir Vorurteilen mit Öffnung begegnen, um Ausgrenzung zu verhindern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich bitte Sie, diesen Antrag in der Sache abzustimmen, da es sich um einen Auftrag an die Landesregierung handelt. Dem Antrag der CDU-Fraktion stimmen wir selbstverständlich zu. Es ist immer gut, wenn unser Integrationsminister Breitner über die laufenden Bemühungen der Regierung informiert.

Und wenn ich noch etwas ganz Persönliches hinzufügen darf: Auch dieses Parlament kann mehr Interkulturalität vertragen, vielleicht bei der nächsten Landtagswahl.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der CDU erteile ich der Abgeordneten Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an dieser Stelle schon häufig über Integration gesprochen und haben häufig auch schon darüber gesprochen, was der Bund beziehungsweise das Land tun kann.

Wir sind in vielen Dingen einer Meinung, wir ziehen durchaus an einem Strang in der Erkenntnis, dass **Migranten** besser in die **Gesellschaft** integriert werden müssen. Wir sind uns auch einig darin, dass wir sagen, es müssen mehr Migranten im **öffentlichen Dienst** beschäftigt sein. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in unserer Verwaltung widerspiegeln. Wir wissen auch, dass Politik dazu die Rahmenbedingungen setzen muss und dass wir hier ständig einen Beitrag zu leisten haben.

Die letzte Landesregierung hat im Jahr 2011 mit dem **Aktionsplan Integration** in Schleswig-Holstein dazu ein wichtigen und richtigen Schritt getan, um in allen Bereichen die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stärker zu fördern. Im Übrigen auch in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Ich verweise hier auf das Handlungsfeld 4 des Aktionsplanes, der genau das Ziel hat, Migranten stärker im öffentlichen Dienst zu fördern und mehr Migranten in den öffentlichen Dienst einzustellen.

Dieser Aktionsplan enthält ganz klare Zielvorgaben, und nicht nur das. Er beschreibt nicht nur Ziele, sondern er bietet auch einen Handlungspfad, wie diese Ziele zu erreichen sind. Diese Ziele sind wiederum durch ganz konkrete Projekte unterlegt, die diese Landesregierung - wir können das der Presse immer wieder entnehmen - durchaus umsetzt.

Das heißt, den Hintergrund Ihres Antrags - wir haben uns vorhin noch kurz darüber unterhalten - teilen wir durchaus und halten ihn auch für richtig. Allerdings sind wir der Ansicht, dass Sie hier den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt tun. Bevor wir uns also über weitere Maßnahmen unterhalten und weitere Maßnahmen und Forderungen beschließen, möchten wir von dieser Landesregierung gern hören, wie der Integrationsplan umgesetzt wird. Es ist jetzt etwas mehr als ein Jahr vergangen,

(Astrid Damerow)

seitdem die letzte Landesregierung diesen Aktionsplan beschlossen hat. Ich bin sehr gespannt auf den **Bericht der Landesregierung** im Ausschuss, um zu erfahren, was in diesem Jahr konkret passiert ist, um die Ziele zu erreichen.

Ich denke, danach können wir uns sehr wohl über die eine oder andere Maßnahme unterhalten, die wir vielleicht noch einbringen wollen. Vielleicht werden wir auch nachsteuern müssen. Allerdings möchten wir zunächst einmal - ich denke, das ist auch logisch - den Bericht der Landesregierung haben, wie Sie diesen Aktionsplan und auch die Umsetzung bewertet.

Gern möchte ich auch einen Bericht darüber haben, wie das begleitende **Beratergremium** diesen Aktionsplan bewertet. Ich habe dem Protokoll des Innen- und Rechtsausschusses Anfang letzten Jahres entnommen, dass dieser Beraterausschuss bereits getagt hat. Doch seitdem haben wir davon nichts mehr gehört.

Deshalb unser Änderungsantrag, in dem wir verlangen, dass die Landesregierung zunächst einmal im Innen- und Rechtsausschuss berichtet, was bisher erreicht worden ist. Danach können wir uns im Ausschuss oder hier im Landtag weiter darüber unterhalten, was wir noch tun müssen.

Wie gesagt, im Ziel sind wir uns einig; den Weg dorthin möchten wir gern in einer anderen Reihenfolge beschreiten, die wir für wesentlich zielführender halten. Infolgedessen werden wir auch für unseren Antrag Abstimmung in der Sache beantragen. Ich bitte hier um Zustimmung für unseren Änderungsantrag. Wir werden den Antrag der anderen Fraktionen ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen den abstrakten Begriff „Willkommenskultur“ mit Leben füllen und fangen damit unmittelbar in unserer Verwaltung an. Ja, es ist richtig, es ist schon viel auf dem Weg. Trotzdem glauben wir, dass es immer wieder wichtig ist, neue Anstöße zu geben, das Thema weiter in der Debatte zu halten und der Regierung insofern unsere ausdrückliche

Unterstützung mit auf den Weg beziehungsweise weitere Anstöße zu geben. Unsere **Verwaltung** und unsere Landesbediensteten sind das Aushängeschild dieses Landes. Deshalb macht es Sinn, hier mit einer gelebten **Willkommenskultur** anzusetzen.

Meine Kollegin Frau Midyatli hat schon deutlich gemacht, dass wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung brauchen. Doch ich denke, es gibt noch einen anderen Aspekt. Jeder hat vielleicht eine litauische Großmutter. Ich meine jedoch tatsächlich die Menschen, die in einer **deutschen Kultur** aufgewachsen sind. Auch diese Menschen brauchen ausreichende interkulturelle Kompetenz. Das heißt, egal, ob in der Justiz, in den Ministerien, bei der Polizei, draußen auf der Straße oder im Kontakt mit den Bürgern - für den öffentlichen Dienst muss gelten: Wir leben, was wir sagen, und wir heißen die Menschen hier willkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN)

Da ist es auch nicht ausreichend, wenn ein Polizist an der Grenze ein paar Brocken Dänisch lernt, um einen Jugendlichen, der eine pfandfreie Dose geklaut hat, zu erwischen. Es geht um mehr. Es geht nicht nur darum, die sprachlichen Barrieren abzubauen und Mehrsprachigkeit als positives Einstellungskriterium zu nutzen - da ist in den letzten Jahren schon viel geschehen -, sondern es geht auch darum, **kulturelle Verständigungsschwierigkeiten** abzubauen, und die sind häufig viel subtiler.

Ich habe jüngst über eine Untersuchung im Bereich der Justiz gelesen. Dort werden Menschen mit Migrationshintergrund vernommen, und es kommt trotz Dolmetscher immer wieder zu **Kommunikationsschwierigkeiten**. Denn ein Mensch aus Pellworm erzählt eine Geschichte anders als ein Sizilianer. Das ist gut auch gut so.

(Serpil Midyatli [SPD]: Insel ist Insel!)

- Insel ist Insel. Man muss darüber wissen, um das Gegenüber zu verstehen.

Das heißt nicht, dass wir wollen, dass alte Klischees und irgendwelche paternalistischen Stereotype gelernt werden. Dann bekämen wir die Gebrauchsanweisung für den Chinesen oder die Türkin oder den Isländer. Es geht vielmehr darum, den Menschen mit seinem **kulturellen Hintergrund** zu verstehen und mit ihm in eine gute Kommunikation zu kommen.

Zunächst noch ein Punkt. Es geht nicht darum, dass wir jetzt alle ein Multikulti-Gemisch werden und

(Eka von Kalben)

jeder von uns seine eigenen vielleicht norddeutschen Gewohnheiten ablegt und beginnt, wie ein Sizilianer mit Händen und Füßen zu reden - das könnte ich auch gar nicht; vielleicht doch -, sondern es geht darum

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das mit den Füßen würde ich jetzt gern sehen!)

- im Ernst -, dass auch wir unsere eigene Kultur pflegen müssen. Deswegen ist es gut, dass wir in dieser Koalition auf norddeutsche Minderheiten Rücksicht nehmen, weil es wichtig ist, Herr Harms, dass wir unsere eigenen Wurzeln pflegen und unsere eigene Kultur selbstbewusst tragen. Nur dann können wir in einen guten Austausch mit anderen Kulturen gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN)

Ein letzter Punkt. Ich war jüngst zu einer Einwanderungszeremonie eingeladen, bei der die Deutschlandhymne sowie das Schleswig-Holstein-Lied gesungen wurden. Die Zugereisten konnten das Lied genauso wenig singen wie die anwesenden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Vielleicht ist das ein Part, bei dem man nachschauen müsste - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann würden die in den USA nicht eingebürgert!)

- Ich bin froh, dass ich hier lebe und nicht in den USA. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau von Kalben! Ich kann - Anke Spoorendonk ist leider nicht da - eine Geschichte erzählen. Als wir auf einer Delegationsreise des Ältestenrates in China waren, wurden wir, nachdem die Chinesen uns als Aufmerksamkeit mit einem Lied beglückt hatten, aufgefordert, selbst ein Lied zu singen. Keinem von uns fiel irgendetwas ein, was er textlich sicher beherrschte, außer das Schleswig-Holstein-Lied. Dann haben wir das gesungen und erklärt, das sängen in Schleswig-Holstein alle. Die Chinesen waren ganz begeistert, wahrscheinlich weil sie es gar nicht verstanden haben.

(Beifall FDP - Vereinzelter Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte vorweg sagen: Wir stimmen dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen und der PIRATEN in Punkt eins und dem Änderungsantrag der Union zu. Wir würden das gern differenzieren, weil wir glauben, dass wir auf der Grundlage des bereits laufenden **Aktionsplans**, den die Vorgängerregierung auf den Weg gebracht hat, zunächst einmal den **Ist-Stand** abprüfen müssen, bevor wir uns der Frage nähern, was wir als Konsequenz daraus ableiten.

Ich habe den Antrag der regierungstragenden Fraktionen und der PIRATEN nicht so verstanden, dass mit dem Begriff der **Beschäftigungsquote** gemeint ist, dass wir nun Quoten für die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einführen, sondern dass nur der Anteil in etwa abgebildet werden soll - darüber werden wir diskutieren -, weil ich es für grundlegend falsch halten würde, auch in diesem Bereich Quotenregelungen einzuführen. Das würde das Problem nicht bewältigen.

Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass für den **öffentlichen Dienst** die Bestenauslese gelten muss. Wir müssen uns die Frage stellen, warum **Menschen mit Migrationshintergrund**, die hier geboren sind, immer noch unabhängig von der Größe der Population, aus der sie kommen, Schwierigkeiten haben, sich für den öffentlichen Dienst zu bewerben. Ich glaube, das hat viel mit der Sprachbarriere zu tun, mit der Angst - -

(Serpil Midyatli [SPD] schüttelt den Kopf)

- Moment, Frau Midyatli, Sie können ja den Kopf schütteln. Ich glaube das schon, weil ich genauso wie Sie mit verschiedenen Menschen - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben gerade gesagt, die, die hier geboren sind! Da können Sie nicht von Sprachbarrieren reden!)

- Ja, aber auch bei denen, die hier geboren sind. Ich kann mit Ihnen gern einen Gang durch Kiel machen. Dann werden Sie feststellen, dass es auch bei denen, die hier geboren sind, Sprachbarrieren gibt.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Vielleicht differenziert er ja gar nicht. Es ist relativ egal, ob sie aus deutschen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund kommen. Wenn sie in bestimmten Vierteln aufwachsen, dann ist der Sprachschatz schlicht und ergreifend unterentwickelt. Das kann man feststellen. Deshalb bemühen wir uns auch in den Schulen und in der früh-

(Wolfgang Kubicki)

kindlichen Bildung, dem entgegenzuwirken. Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen in einem Raum bewegen können, ist die **Sprachkompetenz**.

Wenn Sie heute Chinesen und Inder, die wir anwerben wollen, fragen, warum sich so wenige nach Deutschland bewerben, dann lautet die schlichte Antwort: weil hier kein Englisch gesprochen wird. So einfach ist die Antwort. Der Grund ist, dass sie den Sprachraum nicht beherrschen und Schwierigkeiten haben, sich in diesem Sprachraum zurechtzufinden.

Ich erinnere an die Debatte, Frau Midyatli, die wir auch in diesem Hause geführt haben, als es um die Frage ging, ob wir Pflegekräfte aus Spanien anwerben können. Es gab acht

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zwölf!)

oder zwölf Pflegekräfte, die in Ostholstein gerne ihren Beruf ausüben würden. Da wurde ihnen mitgeteilt, sie müssten eine Sprachkompetenz besitzen, die oberhalb des Niveaus bei der Einbürgerung in Deutschland liegen müsse. Herr Kollege Baasch, das zeigt nur, dass wir in diesem Bereich noch einen erheblichen Nachholbedarf haben. Deshalb plädiere ich dafür, zunächst den **Bericht** abzuwarten und danach festzustellen, welche **Handlungsanleitungen** wir daraus ableiten.

Eines ist klar: Wir können angesichts der demografischen Entwicklung und angesichts der Lage, in der wir uns befinden, auf niemanden verzichten, der bereit ist, sich künftig im öffentlichen Dienst zu engagieren.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dudda, ich nehme an, Sie haben sich auch einmal von Frau Haupt-Koopmann die Zahlen der Entwicklung in den einzelnen Kreisen zeigen lassen. Es ist erschreckend, dass sie ab 2015 nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in vielen Bereichen richtig Schwierigkeiten haben werden, junge Menschen, überhaupt Menschen, die arbeitsfähig sind, dazu zu bewegen, am Arbeitsprozess teilzunehmen.

Noch einmal: Lassen Sie uns zunächst den Bericht abwarten - möglichst schnell - und dann daraus Handlungsanleitungen ableiten, statt vorher mit wohlfeilen Äußerungen an den Markt der Meinungen zu kommen, von denen wir gar nicht wissen, ob sie das Problem, vor dem wir stehen, wirklich lösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Piratenfraktion erteile ich Frau Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Zeit, in der uns immer noch weit verbreitete Vorurteile gegenüber Zuwanderern, nach wie vor Rassismus in unserer Gesellschaft vor eine große Herausforderung stellen. Der Staat selbst muss sich auch einem Wandel unterziehen. **Migrantinnen und Migranten** sind nicht unsere geduldeten Gäste, sondern neue Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft und damit Teil unseres Lebens.

(Beifall PIRATEN)

Nach wie vor ist der **Staatsapparat** recht fest in der Hand der sogenannten Alteingesessenen und sträubt sich dagegen, mit der modernen Zeit zu gehen. Das wollen wir ändern. Deutschland verändert sich, Schleswig-Holstein verändert sich, und das ist gut so. Wir haben diesen Antrag mitunterzeichnet, weil Schleswig-Holstein ein Stück vorangeht und Signale setzt, die wir dringend brauchen.

Unser gemeinsamer Antrag versucht an dieser Stelle, Nägel mit Köpfen zu machen und konsequente Maßnahmen einzuführen, um auch die öffentliche Verwaltung die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln zu lassen.

Ich möchte zunächst zu einer sprachlichen Unterscheidung kommen, weil ich glaube, dass diese sensible Debatte sehr differenziert geführt werden muss. Wir sehen einen Unterschied zwischen einer Politik, deren Ziel im Abschöpfen von Potenzialen der vielfältigen Gesellschaft auf der einen Seite und einer staatlichen Politik auf der anderen Seite besteht, die den Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Rechte gewährleisten will. Für uns ist das ein gravierender Unterschied.

Der vorliegende Antrag mit seinem Fokus auf Potenzialen möchten wir als **Stärkung der Bürgerrechte** für alle verstanden wissen, die hier mit uns leben wollen und die hier mit uns leben.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte das noch einmal erläutern. Es kann uns nicht nur darum gehen, das in der Gesellschaft angelegte vielfältige Humankapital für die öffentliche Verwaltung einfach nur zu nutzen, sondern wir wollen, dass eine Migrantin die Chance hat, mit uns gemeinsam unseren Staat zu verwalten, mit aufzu-

(Angelika Beer)

bauen, dass sie gleichberechtigt ist. Chance ist nicht gleichzusetzen mit Recht. Das ist ein Unterschied.

Ich weise darauf hin, dass ein Teil des Antrags - das ist die Begründung, die werden wir hier nicht mit beschließen - aus dem Verweis auf die Charta der Vielfalt besteht. Das klingt sehr gut, das ist auch gut. Gleichwohl möchte ich betonen, dass die **Charta der Vielfalt** für eine ordnungspolitische Strategie steht und nicht gleichermaßen bedeutet, dass sich Chancen nur verändern; Chancen werden vielmehr Stück für Stück weiterentwickelt. Bürgerrechte werden weiterentwickelt, aber nicht manifestiert. Wir möchten perspektivisch nach vorne gehen.

Für uns ist es ganz entscheidend - das ist das Signal, das seit über einem Jahr aus Schleswig-Holstein gesendet wird -, dass wir die Kultur des Gegeneinanders in unserem Land beenden wollen und hin zu einer Kultur des Miteinanders kommen. Ich finde, dass dieser Antrag gerade heute am richtigen Platz ist. Wer zum Beispiel die Islamkonferenz und den Integrationsgipfel letzte Woche im Bundeskanzleramt verfolgt hat, der konnte verfolgen - es war erstaunlich -, dass die Türkische Gemeinde Deutschland selber einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, mit dem sie genau auf diesen Punkt eingeht und eine **Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Leben** fordert.

Die Türkische Gemeinde spricht bewusst nicht von Teilhabechancen, sondern von **Teilhaberechten**. Und diesen Weg wollen wir perspektivisch gehen. Dazu möchte ich auch Kenan Kolat zitieren, der die Frage, warum Migrantinnen und Migranten heute noch nicht Bestandteil unserer modernen Verwaltung sind, so beantwortet hat. Er hat gesagt: Die Ursache dafür ist der weit verbreitete Rassismus in den Strukturen des öffentlichen Dienstes.

Ich glaube, Kenan Kolat würde es begrüßen, wenn wir diesen Antrag heute einstimmig verabschieden würden.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich am Ende darauf hinweisen, dass wir weitergehen müssen. Unsere Mitmenschen, unsere Migrantinnen und Migranten werden langsam ungeduldig. Ich verstehe das. Ich habe selbst vor einiger Zeit mit Otto Schily verhandelt und kostbare Jahre verloren, weil wir uns im Bereich des Zuwanderungsgesetzes nicht einigen konnten. Das ist lange her.

Ich möchte, dass wir die Signale auch im Hinblick auf einen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden Schleswig-Holstein konsequent weitergehen. Ich freue mich, darüber im Ausschuss zu beraten. Wir werden sowohl dem Antrag der CDU zustimmen, aber natürlich auch dem eigenen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Garg, der während Ihrer Rede schon darum gebeten hatte?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. - Ich wollte Sie fragen, ob Sie es ernst gemeint haben, dass im schleswig-holsteinischen öffentlichen Dienst Rassismus weit verbreitet ist?

- Nein, überhaupt nicht. Sie wissen: Wir haben hier im Konjunktiv den Begriff „anonyme Bewerbungen“. Das ist übrigens eine Praxis, die meine Fraktion seit einem Jahr mit Erfolg durchführt, so kann ich - glaube ich - sagen. Das ist nicht automatisch eine Unterstellung von Rassismus, sondern wir müssen Strukturen öffnen. Deshalb beinhaltet dieser Antrag der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN die interkulturelle Kompetenz. Ich mache das einmal ganz einfach, und das hat nichts mit Rassismus zu tun. Das, was wir unseren Bundeswehrsoldaten beibringen, bevor sie in den Auslandseinsatz gehen, möchte ich auch bei uns in den Strukturen als Selbstverständlichkeit wissen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein Einwanderungsland, und als solches muss sich Deutschland darauf einstellen, dass auch die Verwaltung dieser Tatsache Rechnung tragen muss. Wenn ich von der Verwaltung spreche, dann meine ich nicht nur diejenigen, die im Kontakt mit dem Bürger bei der Antragstellung oder bei der Anmeldung helfen, sondern ich meine auch diejenigen, die sich um Wirtschaftsförderung oder EU-Anträge kümmern.

(Lars Harms)

Alle diese **öffentlich Beschäftigten** sollten nach Möglichkeit Kompetenzen haben, die sie dazu befähigen ihr Gegenüber zu verstehen; sei es den Antragsteller vor Ort oder den Kooperationspartner im Ausland. Deshalb ist es wichtig, die Kompetenzen der Menschen mit ausländischen Wurzeln, die bei uns leben, zu nutzen.

Seit einiger Zeit hat die Bundesrepublik Deutschland wieder einen Wanderungsüberschuss zu ihren Gunsten. In den vergangenen beiden Jahren sind jeweils rund 300.000 Menschen mehr zugewandert als ausgewandert. Darunter sind die meisten Menschen mit ausländischem Pass. Es gibt weniger Rückwanderer mit deutschem Pass. Es scheint, dass die demografischen Berechnungen, die in den nächsten Jahren von einem Bevölkerungsschwund ausgehen, nicht in vollem Umfang recht behalten werden. Im Gegenteil: Wir haben viele - gerade junge - Zuwanderer aus den Krisenländern Südeuropas und aus Osteuropa. Diese jungen Menschen kommen zu uns, um sich dauerhaft eine Zukunft aufzubauen, und wir brauchen diese Menschen, um unsere Sozialsysteme überhaupt in der bisherigen Form aufrechterhalten zu können.

Noch vor wenigen Jahren galt das Hauptaugenmerk in der **Verwaltungswissenschaft** der Schaffung klarer Kompetenzen, transparenter Strukturen und der schnellen Erledigung. Inzwischen wissen wir um die immense Bedeutung des **menschlichen Faktors**, also derjenigen Menschen, die diese Strukturen mit Leben erfüllen. Sie sind es, die die Attraktivität des Standortes Deutschland erhöhen. Es hat lange gedauert, bis sich diese Erkenntnis durchsetzte. Jetzt ist es an der Zeit, aus dieser Erfahrung heraus die entsprechenden Entscheidungen zu fällen, und die sind eindeutig personeller Natur. Darum fordern wir: Mehr Neu-Schleswig-Holsteiner in die Verwaltung!

Wir wollen diejenigen, die bereits mit **Migrationshintergrund** in der **Verwaltung** arbeiten, nicht überfordern. Wir wollen ihnen eben nicht alles aufbürden, was sich im Zusammenhang mit Bürgeranfragen und Bürgerangelegenheiten von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern mit Migrationshintergrund ergibt. Es ist aber wichtig, die Zahl der Verwaltungsangestellten mit Migrationshintergrund so schnell wie möglich deutlich zu erhöhen. Dass das nicht von heute auf morgen erledigt ist, wissen wir natürlich. Gerade darum sollten wir aber keine Zeit verlieren und geeignete Bewerber gezielt ansprechen.

Darüber hinaus wollen wir dort, wo es die Verwaltung mit vielen Kunden mit Migrationshintergrund

zu tun hat, flankierende Maßnahmen umsetzen. Dazu gehören beispielsweise zweisprachige Meldebögen und andere Formulare auf Deutsch und Türkisch oder auf Deutsch und Spanisch. Das ist ein einmaliger Aufwand, aber der Ertrag ist immens und nachhaltig.

Zu diesen Forderungen kommt noch eine entscheidende Maßnahme, nämlich die **Sensibilisierung** der derzeit schon **Beschäftigten**. Da ist bereits einiges überlegt worden. Nun sollen diesen Theorien auch Taten folgen. In der Verwaltung haben wir massenhaft mit Beschäftigten zu tun, die kaum interkulturelle Kompetenzen haben. Das führt dazu, dass andere Sichtweisen oder auch Sprachen nicht wahrgenommen werden und auch nicht wahrgenommen werden können. Aus diesem Grund gibt es das anonymisierte Bewerbungsverfahren. Das ist sicherlich ein gangbarer Weg, um den Anteil der Beschäftigten und auch der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Verwaltung unseres Landes zu erhöhen.

(Beifall SSW, vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Der SSW hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass durch die **Anonymisierung** Chancengleichheit umgesetzt wird. Mit der Anonymisierung wird verhindert, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln gleich herausgefiltert werden, und sie bekommen die Chance, sich im Bewerbungsgespräch zu bewähren und durchzusetzen.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Um es aber klarzustellen: Es geht in dem Antrag nicht darum, dass Peter Petersen Türkisch lernt, um seiner Kundschaft in Anfänger-Türkisch das Meldewesen erklären zu können. Es geht darum, dass Peter Petersen lernt, wie die Bürgerinnen und Bürger, mit denen er täglich zu tun hat, eigentlich ticken. Es geht um die **interkulturelle Schulung**, die im besten Fall dazu führt, die eigenen Scheuklappen zu erkennen. So gibt es in der Türkei beispielsweise eine strikte zentralistische Verwaltung. Viele Türiinnen und Türken kommen also gar nicht auf die Idee, dass die hiesige Verwaltung anders funktionieren könnte. Ein klärendes Wort vorweg, und schon geht das Folgende leichter.

Ich würde mich freuen, wenn wir baldmöglichst konkrete Ergebnisse hätten. Dabei sehe ich vor allem die Landesverwaltung in der Pflicht. Sie muss - wie schon beim Gender Mainstreaming - auch in Sachen Integration mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, welchen Gewinn Beschäftigte mit Migrationshintergrund für die gesamte Verwaltung be-

(Lars Harms)

deuten. Wenn sich dieses Denken durchsetzt, dass dies ein Gewinn für unsere Gesellschaft ist, dann sind wir fit für die Chancen und Herausforderungen, die ein Einwanderungsland mit sich bringt.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich die Kollegin Frau Astrid Damerow gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Frau Kolling Beer, Ihre Formulierung hinsichtlich eines möglichen **Rassismus** im **öffentlichen Dienst** und auch der eine oder andere Redebeitrag haben mich dazu veranlasst, mich noch einmal zu Wort zu melden. Hier wird ein bisschen der Eindruck erweckt, als sei bisher in Schleswig-Holstein im Bereich der Migranten im öffentlichen Dienst noch nichts passiert.

Ich weiß nicht, ob Sie den **Aktionsplan Integration** überhaupt gelesen haben. Ich verweise auf die Seiten 28 ff. Dort können Sie die Handlungsfelder, die Sie eben angemahnt haben, der Reihe nach nachlesen: Interesse am öffentlichen Dienst wecken, Werbung in der Behörde für eine Tätigkeit oder Ausbildung im öffentlichen Dienst, Förderung der Berufsorientierung, Information und Unterstützung der Auswahl und Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund, direkte Ansprache von Migrantinnen und Migranten, Sensibilisierung der Beschäftigten für interkulturelle Vielfalt und so weiter. All dies ist mit ganz konkreten Projekten unterlegt, zum Beispiel durch Trainings und Seminare im Justizvollzug, interkulturelle Trainings und Seminare der Landespolizei.

Ich gehe fest davon aus, dass die neue Landesregierung im vergangenen Jahr all diese Projekte mit Inbrunst weitergeführt hat. Ich bin deshalb sehr gespannt auf den Bericht im Ausschuss. Aus genau diesem Grund wollen wir den Bericht. Es ist nicht so, dass all dies neu erfunden wird. Die spannende Frage wird sein: Wie viele von den damals beschlossenen Maßnahmen sind umgesetzt worden, und welche Schlussfolgerungen zieht man daraus?

Ich finde es nicht in Ordnung, hier den Eindruck zu erwecken, als sei in der Vergangenheit nichts passiert und als müssten wir erst jetzt alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst durch den Landtag ermahnen, etwas toleranter und offener zu werden. Unse-

re Verwaltung arbeitet bereits an diesem Thema. All dies ist sicherlich noch nicht so weit, wie wir uns das alle wünschen, aber hier wurde schon sehr viel unternommen. Wie gesagt, ich bin gespannt auf den Bericht der Landesregierung. - Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich Frau Kollegin Angelika Beer gemeldet. Sie hat nun das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, ich bin sehr enttäuscht von dem letzten Beitrag, der mit dem Aufzählen dessen, was in der Vergangenheit beschlossen wurde und in der Zukunft unter der neuen Regierung fortgeführt wird, eingeleitet wurde. In der Form, wie Sie das eben heruntergelesen haben, klang das eher so, als wäre Ihnen jeder einzelne Bestandteil zu viel. Ich sage: Das ist nicht zu viel, wir wollen weitergehen.

Wir wissen sehr wohl, was bisher hier getan worden ist. Liebe Astrid Damerow, ich kann aus voller Überzeugung sagen: Wir haben hier in den letzten Monaten eine **politische Kultur** verändert, die in weiten Teilen, nicht nur in Deutschland, sondern auch für andere Länder, vorbildlich ist. Daraus ergeben sich Verpflichtungen. Man kann Menschen nicht nur politische Signale geben und zum Handeln sagen: Jetzt ist noch nicht die Zeit. Man muss das, was man verspricht, auch umsetzen und weitergehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Nein, im Moment nicht, weil es wirklich ärgerlich ist. Ich habe erstens vorhin Kenan Kolat mit einer Äußerung zitiert. Das sollten wir als Zeichen ernst nehmen. Zweitens - das dürfte auch den Kolleginnen und Kollegen hier bekannt sein -: Es gibt unterschiedlichste Studien, zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung oder anderer Einrichtungen, die jährlich erscheinen, die zu dem Ergebnis gekommen sind - auch jüngst in der letzten Analyse -, dass wir einen **latenten Rassismus** in der Mitte unserer **Gesellschaft** haben

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

und dass leider immer mehr Menschen für diesen latenten Rassismus anfällig sind. Das ist keine Beleidigung einer Behörde oder irgendetwas anderes, das ist eine politische Herausforderung für Demokraten, und der stellen wir uns.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tobias von Pein [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Kollegin Serpil Midyatli von der SPD-Fraktion.

Serpil Midyatli [SPD]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Genau wie meine Kollegin Astrid Damerow haben auch mich die Wortbeiträge veranlasst, noch einmal nach vorne zu kommen. Ich finde es sehr schade, wie hier Themen miteinander vermischt werden, auch von Ihnen, Kollegin Beer. Es geht hier nicht um den Asylkompromiss, es geht nicht um die Einwanderungen im Pflegebereich. Ich habe ausdrücklich davon gesprochen, dass es Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und hier ausgebildet wurden, genauso schwer mit ihren Bewerbungen haben und sie genauso abgelehnt werden wie andere Menschen. Das hat damit zu tun, dass sie einen **ausländisch klingenden Namen** haben.

Ich kann Ihnen Dutzende Beweise nennen. Ich selbst wurde hier in diesem Haus von einer hoch angesehenen Persönlichkeit dieses Land auch schon einmal als Putzfrau herangerufen. Die hat sich hinterher tausendmal dafür entschuldigt. Alleine mein Auftreten im Flur hat sie dazu veranlasst, mir den Auftrag zu geben, die Fenster zu öffnen. Einer Freundin von mir ist Folgendes passiert: Sie ist Anwältin und war den ersten Tag bei Gericht. Sie kommt nach vorne, und der Richter fragt: Wo ist denn hier die Gegenseite? - Dann steht meine Freundin auf und sagt: Hier! - Darauf sagt der Richter: Oh, Entschuldigung, ich dachte, Sie seien die Putzfrau!

Ich kann Ihnen Dutzende Beispiele nennen, zum Beispiel von einem Chefarzt aus einem Krankenhaus in Neumünster. Ich kann Ihnen Tausende von Beispielen nennen, wie Menschen allein schon aufgrund ihrer **äußeren Erscheinung** behandelt werden. Ich kann Ihnen Dutzende Beispiele nennen. Das machen die Menschen nicht mit Absicht. Ich unterstelle das niemandem. Ich sage, dass sie das

nicht mit Absicht machen. Es sind einfach diese Bilder, die sie in den Köpfen haben. Immer wenn wir über Integration reden und in der Tagesschau ein Bild gezeigt wird, ist das ein Bild einer Frau mit Kopftuch - immer! Das ist immer so. Es sind bestimmte Bilder in unseren Köpfen. Geben Sie es zu! Ich selbst habe auch diese Bilder. Wenn hier jemand hereinkommt und sein Hemd bis unten hin aufgeknöpft hat, dazu noch eine Goldkette und dunkle lange Haare, dann habe ich doch auch ein Bild im Kopf. Das ist doch so.

(Heiterkeit)

Dann denke ich doch auch: Da kommt gerade ein Macho. Aber es kann ein total lieber Kerl sein, ein Sozialpädagoge oder sonst etwas.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich unterstelle es niemandem. Ich sage nicht, dass man es mit Absicht macht, aber jeder hat seine Bilder im Kopf, wie er sich die andere Seite denkt.

Darum geht es hier: Menschen **interkulturelle Kompetenz** zu geben, damit diese Bilder vielleicht ein wenig verschwimmen. Ich würde dazu raten: Vielleicht sollten wir in diesem Landtag auch einmal ein interkulturelles Kompetenztraining machen, um einmal festzustellen, welche Bilder jeder im Kopf hat.

Kollege Kubicki, ich verwehre mich dagegen, dass Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind, kein Deutsch sprechen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat er doch gar nicht gesagt! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen hier nicht Ihre Bilder aufbauen!)

Ich verwehre mich dagegen. Sie haben von **Sprachbarrieren** gesprochen und gesagt, die könnten vielleicht kein richtiges Deutsch und würden deswegen nicht eingestellt. Die Kinder sprechen die Sprache ihrer Milieus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das habe ich gesagt!)

Wenn in diesen Stadtteilen die deutschen Kinder ein schlechtes Deutsch sprechen, dann lernen diese Kinder auch dieses Deutsch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das habe ich gesagt! Wie wäre es mit Zuhören? Kommunikation besteht auch aus Zuhören!)

- Aber es ist nicht so, dass sie kein Deutsch sprechen. Sie haben gesagt: aufgrund ihrer Sprach-

(Serpil Midyatli)

kenntnisse. Ich habe auch ausdrücklich gesagt: nach ihrer Qualifikation Bewerberinnen und Bewerber auszusuchen. Es stimmt mittlerweile nicht, dass die Migrantinnen und Migranten hier keine Qualifikation erworben hätten. Dennoch: Schauen Sie in die Statistiken. Diese Menschen werden in der Regel nicht gemäß ihrer Qualifikation eingestellt, sondern arbeiten unterhalb ihrer Qualifikation. Das müssen wir uns auch einmal eingestehen!

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, danke schön. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zuhören kann auch einmal bilden!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Midyatli, nichts anderes hat Wolfgang Kubicki gesagt. Sie haben so wunderschön von Bildern gesprochen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, so weit ist es gekommen.

(Heiterkeit)

Ich werde jetzt weder mein Hemd aufknöpfen - -

(Zurufe: Oh! - Christopher Vogt [FDP]: Schade!)

- Nein, Herr Stegner lässt die Hosen runter, wie wir gestern erfahren haben.

(Vereinzelter Beifall)

Ich will nur davor warnen, dass wir genau das tun, wovor Sie eigentlich auch gewarnt haben, nämlich mit bestimmten Bildern herangehen. Wir würden uns wundern, wie viele Menschen Migrationshintergrund haben, von denen wir das mitnichten, auch mit den noch so klischeehaftesten Bildern, die viele von uns haben, jemals vermuten würden. Deswegen ist - da bin ich vollkommen der Auffassung meines Fraktionsvorsitzenden - die **Vermittlung von Sprachkompetenz** ein ganz zentraler Schlüssel. Es ist entscheidend, wo Kinder aufwachsen, und zwar unabhängig davon, ob sie Migrationshintergrund haben oder nicht, und unabhängig davon, was wir unter Migrationshintergrund verstehen.

Ich bin übrigens der Auffassung: Wer in dritter Generation hier geboren ist, bei dem fällt es mir schwer, noch von Migrationshintergrund zu sprechen. Meine Urgroßmutter kommt aus Ungarn. Ich weiß nicht, ob ich ein Mensch mit Migrationshintergrund bin.

(Anita Klahn [FDP]: Na klar!)

- Mag ja sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das erklärt dein Temperament! - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit)

- Ich weiß nicht, wer mich auf meine südwestdeutsche Herkunft angesprochen hat. Ich glaube aber behaupten zu können, dass ich mich dem sprachlichen Milieu durchaus angepasst habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Das glaubst auch nur du!)

Ich habe mich gemeldet, weil ich sagen möchte, was alle hier im Haus wollen und was wir im Übrigen - ob wir es wollen oder nicht - brauchen werden: Wir sind auf diese Menschen angewiesen.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir sind darauf angewiesen, das Potenzial, das hier schon ist, zu nutzen und diesen Menschen zu ermöglichen, dass sie im **öffentlichen Dienst**, aber im Übrigen auch auf anderen Arbeitsmärkten eine **Chance** haben. Das gilt auch für Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen sollen. Das sind zwei Paar Schuhe. Das weiß ich. Das eine - nämlich Menschen aus dem Ausland hierher zu bewegen - mag schwerer sein als das andere. Sie haben das am Anfang gesagt: Wir sind ein Auswanderungsland geworden. Das ist richtig. Auch dafür gibt es unter anderem eine Begründung - nicht eine alleinige -, dass in der Tat in Deutschland die Sprachbarriere durch die deutsche Sprache für viele Menschen, die aus Indien, China oder sonstigen BRICS-Staaten kommen, unglaublich viel höher ist als in vielen englischsprachigen Staaten. Die Menschen gehen dorthin, weil es für sie wesentlich einfacher ist, weil sie in vielen Ländern Englisch quasi schon als zweite Muttersprache vermittelt bekommen haben.

Frau Kollegin Beer, ich würde doch vor dem Hintergrund appellieren, hier nicht mit Unterstellungen zu arbeiten. Die Kollegin Damerow hat nichts anderes getan, als darauf hinzuweisen, dass es auch schon vor dem Einzug der PIRATEN auch zwischen anderen Fraktionen dieses Hauses eine Ver-

(Dr. Heiner Garg)

ständigung auf eine moderne, weltoffene Migrationspolitik gab, die auch dazu dienen sollte, Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu begeistern, Barrieren abzubauen. Nichts anderes hat die Kollegin Damerow Ihnen hier vorgetragen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 13 % der Menschen in unserem Land haben einen Migrationshintergrund, 5 % der Menschen in unserem Land sind Ausländerinnen und Ausländer. Unbestritten ist: Es ist uns nicht einmal annähernd gelungen, in gleichen Anteilen Menschen mit diesen Hintergründen in unserer öffentlichen Verwaltung - völlig egal, ob es die Kommunalverwaltung, die Landesverwaltung oder die Bundesverwaltung ist - zu Teilen zu machen, gar nicht so sehr zu integrieren, sondern dafür Sorge zu tragen, dass sie uns stärken, dass sie uns unterstützen, dass sie ihre zusätzlichen Fähigkeiten einbringen. Denn wir können den Begriff Migrationshintergrund vielleicht auch etwas moderner übersetzen mit: Sie haben einen **internationalen Hintergrund**, sie haben einen sprachlich vielfältigeren Hintergrund. Genau das brauchen wir in dieser Zeit.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das ist uns nicht gelungen. Wir können es nicht genau beziffern, weil wir mangels entsprechender Daten in den Personalakten auf allen Ebenen - Kommunen, Länder und Bund - nicht wissen, wer einen Migrationshintergrund hat. Wir haben aber alle ein Gefühl, wenn wir in unsere Verwaltungen schauen, dass das nicht 13 % oder in unseren Städten 18 oder 19 % sind - auf allen Ebenen erkennbar nicht.

Dies war einer der Gründe dafür, dass sich im **Nationalen Aktionsplan Integration**, der nach dem fünften Integrationsgipfel bei der Bundeskanzlerin im letzten Jahr vorgestellt wurde, alle Länder, der Bund und fast alle Kommunen auf den Weg gemacht haben, einen solchen Nationalen Aktionsplan umzusetzen, der als ein der Schwerpunktmodule überall in Deutschland enthält, daran zu arbeiten, dass es uns gelingt, Menschen mit internationalem Hintergrund stärker in unsere Verwaltungen zu

bringen. Das ist hier von allen Vorrednern zu Recht angesprochen worden. Dies ist wahrscheinlich sogar eine Überlebensaufgabe für die **Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung**. Deswegen müssen wir uns daran machen, und deswegen werden sich alle Verwaltungen daran messen lassen müssen, ob uns das gelingt. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir das in der Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungen erleben.

Wenn wir heute fragen, was eigentlich der Grund dafür ist, dass es so schwer ist, dann steht - das hat Frau Beer zitiert, das hat letzte Woche Montag auf dem letzten Integrationsgipfel der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland wiederholt - der Vorwurf des **strukturellen Rassismus** in unseren öffentlichen Verwaltungen im Raum. Dieser Vorwurf muss zurückgewiesen werden. Wir haben keinen strukturellen Rassismus. Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass wir partiellen Rassismus haben. Solche Beispiele, wie sie genannt wurden, gibt es in unserem Alltag; das wissen wir alle. Aber die Behauptung, wir hätten rassistische Verwaltungen, weise ich auch für unsere Landesverwaltung kategorisch zurück.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Als Mehrheitsgesellschaft, die in der Verwaltung überwiegt, müssen wir gegenüber den Menschen, die noch nicht in unserer Verwaltung sind, deutlich machen, dass wir sie dort haben möchten, dass wir nach ihnen suchen und dass wir wirklich um sie werben. Das ist uns erkennbar noch nicht gelungen.

Wenn man mit Menschen aus türkischen, arabischen oder russischen Gemeinden spricht, spürt man, dass dort noch nicht angekommen ist, dass es tatsächlich eine reale Chance gibt, in eine Verwaltung zu gehen. Es wird im Kopf noch die Schere gedacht: Dieser Ort ist nicht der Ort, an dem wir sein sollten. Es gibt signifikant weniger Bewerbungen aus diesem Teil der Gesellschaft. Wir müssen uns von beiden Seiten aufeinander zubewegen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Breyer, bitte.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke schön. - Herr Ministerpräsident, wenn eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem Ergebnis kommt, dass bei rund 25 % der deutschen Bevölkerung ausländerfeindliche Einstellungen vorzufinden sind, teilen Sie dann meine Einschätzung, dass dieser Anteil in der Verwaltung nicht bei 0 % liegt, sondern dass wir auch da ein Problem haben?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Das teile ich, aber struktureller Rassismus ist etwas völlig anderes. Das bedeutet, dass es eine Strukturgrundlage in der Organisation unserer Verwaltung gibt, dass wir Menschen draußen halten wollen. Das weise ich zurück.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dass wir in unserer Gesellschaft solche Menschen haben, ist evident. Da haben wir wohl auch keinen Dissens.

Der Nationale Aktionsplan Integration, der verdienstvollerweise in ganz Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein im letzten Jahr auf den Weg gebracht worden ist, setzt die richtigen Impulse. Wir wollen und werden sie umsetzen. Der zentrale Ansatzpunkt ist: Wir kommen wir an den **Nachwuchs** heran? Wir bilden 600 junge Menschen im Jahr aus. Dazu kommen 800 Lehrerreferendarinnen und Lehrerreferendare. An diese Menschen müssen wir im Vorfeld so heran, dass die **öffentliche Verwaltung** - völlig egal, was ihr familiärer oder historischer Hintergrund ist - für sie attraktiv ist.

Das heißt, wir müssen in den Schulen aktiver werden. Wir werden in die Schulen gehen, und wir werden - das muss für alle öffentliche Verwaltungen gelten - deutlich machen, was der Arbeitgeber öffentliche Verwaltung zu bieten hat, völlig unabhängig davon, wo die Eltern herkommen. Wo wir werben, wo wir auftreten, müssen wir noch viel stärker als bisher mehrsprachig auftreten. Wir müssen dort auch deutlich machen, dass internationale Erfahrungen, dass Sprachkompetenzen genau das sind, was wir wollen. Es geht nicht darum, dass Peter Petersen Türkisch kann. Wenn Aydan Özgüc danebensitzt, reicht es völlig aus, wenn sie in der Lage ist, mehrsprachig mit Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren, die noch nicht die Sprachkompetenz haben, wie wir sie uns in unserer Gesellschaft wünschen. Dass ist das, was uns fehlt.

Ja, natürlich haben wir **Sprachbarrieren**, wo wir auf junge Leute treffen, milieuhängige Sprachbarrieren. Das brauchen wir gar nicht infrage zu stellen. Diese Sprachbarrieren gilt es rechtzeitig abzubauen.

Wo wir erleben, dass junge Menschen in eine Verwaltungsausbildung kommen könnten, aber noch Sprachbarrieren haben, auch wenn sie aus der Schule kommen, muss es Teil der Unterstützung von öffentlicher Verwaltung sein, die Sprachbarrieren in der weitergehenden Ausbildung abzubauen. Auch das ist etwas, was in den Industrie- und Handelskammern nicht anders gesehen wird als bei uns und auch nicht anders gesehen werden kann.

Wir haben das Thema **interkulturelle Ausbildung**. Wir sind dabei, was in den Bausteinen des Aktionsplans enthalten ist, in die Lehrpläne in Altenholz einzubauen. Wir haben die ersten Ausbildungsgänge bei Polizei, Steuer, allgemeiner Verwaltung mit entsprechenden Modulen versehen. In der Polizei sind sie bereits verpflichtend übernommen worden. Das muss weiterentwickelt werden. Das ist ein erster, kleiner Schritt, aber das ist ein guter Schritt. Auch da gilt: Das klappt umso besser, je mehr junge Polizistinnen oder Steuerinspektoren mit internationalem Hintergrund sich bereits in den Ausbildungskursen befinden. Sowohl der Lehrstoff als auch die Klasse als auch die Ausbilder sollten das widerspiegeln.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die **Charta der Vielfalt** gibt uns viele Anhaltspunkte. Sie ist übrigens viel mehr als nur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie spricht davon, dass wir Nationalität, ethnische Herkunft, aber auch Religion, Weltanschauung, Behinderung, Geschlecht oder Alter nicht zum Gegenstand unserer Beurteilung machen sollen. Davon, dass dies für uns alle nach dem, was wir in unserer Verfassung zum Minderheitenschutz beschlossen haben, verpflichtend ist, gehe ich aus, und das trägt mich stark.

(Vereinzelter Beifall)

Dies wollen und werden wir, weil wir alle miteinander erkannt haben - und diese Regierung ganz besonders -, dass Vielfalt eine Stärke und keine Schwäche ist, zum Leitbild unseres Handels machen. Wo immer wir das in Berichten dokumentieren, wir tun das gern und werden das freudig tun. Allerdings ist die Aufgabe, vor der wir stehen, groß, nicht nur in Schleswig-Holstein, in ganz Deutschland. Es ist völlig richtig - zuletzt von Herrn Garg - gesagt worden: Wir müssen diese

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Aufgabe erledigen, sonst werden wir substantiell schwächer werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich habe noch eine Frage. Ich habe den Kollegen Kubicki vorhin so verstanden, dass Sie Nummer 1 des Antrags der regierungstragenden Fraktionen und der PIRATEN unterstützen würden, sich gleichwohl auch für den CDU-Antrag ausgesprochen haben. Die Anträge sind ja sehr ähnlich, es geht nur um die Frage des Zeitpunkts der Vorlage eines Berichts. Ich habe aber auch andere so verstanden, dass sie den CDU-Antrag nicht ablehnen wollen. Deswegen mein Vorschlag, den Ursprungsantrag nummernweise

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur Nummer 1!)

- oder nur Nummer 1 extra und den Rest gemeinsam abzustimmen. Dann hätten Sie Gelegenheit, differenziert abzustimmen. Ich frage die CDU, ob sie bei ihrem Antrag bleibt und Nummer 1 möglicherweise zustimmt.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich bitte darum, über die Anträge als selbstständige Anträge abzustimmen. Wir werden Nummer 1 des Koalitionsantrags wie die FDP zustimmen, möchten aber auch mit unserem Antrag ein positives Signal geben, weil unser Antrag inhaltlich weiter geht, was die Berichterstattung durch die Landesregierung angeht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gut. - Dann erklären wir beide Anträge für selbstständig und stimmen zunächst über den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/747 (neu), ab. Wer Nummer 1 dieses Antrags zustimmen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diese Nummer einstimmig angenommen.

Wer dem Rest dieses Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mit-

glieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer diesen Rest ablehnt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von CDU und FDP.

Dann lasse ich über den Antrag der Kollegen der CDU abstimmen; das ist der Änderungsantrag in der Drucksache 18/833, der für selbstständig erklärt wurde. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs - GRfW

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/827

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Abgeordneten Olaf Schulze von der SPD-Fraktion das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Nach unserem Tariftreuegesetz, das im August in Kraft tritt, und dem Mindestlohngesetz, das zurzeit in den Ausschüssen beraten wird, bringen die Koalitionsfraktionen nun ein Gesetz zur **Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs** auf den Weg. Es ist der dritte Teil eines Pakets, das dafür Sorge tragen soll, dass gute Arbeit in Schleswig-Holstein unter guten Bedingungen für gute Löhne stattfindet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Register erfasst Firmen, die sich als vertragsuntreu erwiesen haben, und soll verhindern, dass diese weiterhin öffentliche Aufträge erhalten.

Meine Damen und Herren, wir wollen die **Korruption** effektiv bekämpfen. Dies erfordert eine transparente Auflistung jener Unternehmen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten. Mittelfristig wollen wir ein **bundesweites Korruptionsregister** ein-

(Olaf Schulze)

führen und den Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern gesetzlich verankern.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Korruption und Bestechlichkeit müssen in ganz Deutschland scharf geahndet werden. Das Register zum Schutz fairen Wettbewerbs ist ein erster Schritt.

Sicherlich ist Ihnen aufgefallen, dass der Gesetzentwurf weitgehend mit einem anderen Entwurf übereinstimmt, der zeitgleich in Hamburg im Gesetzgebungsverfahren ist. Mit dem gemeinsamen Vorgehen stärken wir die norddeutsche Kooperation.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Wunsch und unsere Erwartung ist, dass die Landesregierung von der gesetzlichen Ermächtigung in § 10 Abs. 2 Gebrauch macht und ein **Verwaltungsabkommen** mit der Freien und Hansestadt **Hamburg** schließt, das die Zusammenarbeit beider Länder regelt. Darüber hinaus möchten wir weitere Länder von der Notwendigkeit eines effektiven Schutzes vor Korruption überzeugen. Zur Zusammenarbeit für fairen Wettbewerb und gegen Korruption laden wir weitere Bundesländer daher recht herzlich ein.

Meine Damen und Herren, in dem Register zum Schutz fairen Wettbewerbs werden Personen und Unternehmen erfasst, denen Korruption und ähnliche Verfehlungen anzulasten sind, die für ein geordnetes Wirtschaftsleben relevant sind. Wir wollen ausschließen, dass schwarze Schafe Aufträge der öffentlichen Hand erhalten, und mit unserem Register auch ein präventives Signal setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Ziel ist es, die Korruption effektiv zu bekämpfen. Dies erfordert eine transparente Auflistung jener Unternehmen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten. Unternehmen, die korrupt oder anderweitig rechtswidrig handeln, dürfen nicht belohnt werden; stattdessen sollen sie konsequent von der **Vergabe öffentlicher Aufträge** ausgeschlossen werden. Das Register dient damit ausdrücklich auch dem Schutz ehrlicher Unternehmen; denn diese - davon sind wir überzeugt - bilden die weit überwiegende Mehrheit in unserem Land.

Korruption und andere **wettbewerbswidrige Verhaltensweisen** verursachen in der Regel auch gesteigerte Kosten bei den öffentlichen Auftragge-

bern; sie schädigen so die öffentlichen Haushalte. Korruption zerstört das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in Politik und Verwaltung - zu Recht. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat dafür Sorge trägt, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Daher besteht ein öffentliches Interesse daran, dass öffentliche Aufträge, die aus Steuergeldern bezahlt werden, nur an ehrliche Unternehmen vergeben werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Schulze, habe ich Sie so verstanden, dass - nach dem, was Sie vorgelegt haben und was hier beschlossen werden soll - auch die HSH Nordbank in dem Korruptionsregister erfasst werden müsste? Deren Vorstand ist in Hamburg wegen falscher Angaben in der Bilanz angeklagt. Dürfte dann nach Ihrer Vorstellung die HSH Nordbank keine öffentlichen Aufträge mehr entgegennehmen beziehungsweise von der öffentlichen Hand nicht mehr mit Mitteln versorgt werden?

Olaf Schulze [SPD]:

Wenn die HSH Nordbank Auftragnehmer des Landes Schleswig-Holstein ist und korrupt gehandelt haben sollte, dann wird sicherlich auch die HSH Nordbank dazugehören.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gut!)

Das Gleiche gilt für Verstöße gegen Mindestarbeitsbedingungen und Tariftreuebestimmungen. Mit dem Register zum Schutz fairen Wettbewerbs schaffen wir ein Instrument, um **vertragsuntreue Unternehmen** identifizieren und künftig, gewichtet nach der Schwere des Verstoßes, von öffentlichen Aufträgen ausschließen zu können. Öffentliche Auftraggeber erhalten die Möglichkeit, sich im

(Olaf Schulze)

Vergabeverfahren gezielt über mögliche schwere Verfehlungen der Unternehmen zu informieren.

Ich möchte eines deutlich anmerken: Wir planen nicht einen Pranger oder eine „schwarze Liste“, die öffentlich ausgelegt wird, sondern die öffentlichen Auftraggeber sollen eine Liste einsehen können, um festzustellen, welche Unternehmen von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen sind.

Herr Kubicki, im Ausschuss wird es noch Gelegenheit geben, sich mit den Regelungen des Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs zu befassen. Deshalb beantragen wir auch Ausschussüberweisung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Volker Dornquast das Wort.

Volker Dornquast [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle, die wir hier sitzen, haben sicherlich großes Interesse an einer effektiven **Korruptionsbekämpfung und -prävention**; denn Korruption schadet dem fairen Wettbewerb, unserer gesamten Gesellschaft und auch der Wirtschaft.

Die Bekämpfung muss jedoch mit Mitteln geschehen, die sinnvoll sind und die tatsächlich Wirkung erzielen. Der Gesetzentwurf, den die Koalition hier vorlegt, ist diesbezüglich völlig ungeeignet. Er bedeutet die Rückkehr zum mittelalterlichen Pranger in neuem Gewand.

(Beifall CDU und FDP)

Sie bekämpfen damit nicht die Korruption, sondern Sie zeigen Ihr generelles **Misstrauen gegen den Mittelstand**. Sie schaffen im Land und den Kommunen erheblich **mehr Bürokratie**, und das ist der schlimmere Teil.

(Beifall CDU und FDP)

Die Einführung eines Antikorruptionsregisters ist nicht geeignet, die kriminellen Machenschaften von schwarzen Schafen unter den Unternehmen zu reduzieren. Aber darum geht es Ihnen auch gar nicht; denn Sie brauchen Flankenschutz für Ihr inakzeptables und lückenhaftes Tariftrügesgesetz. Das sieht man an den vielen weiteren im Gesetz genannten Tatbeständen, die weit außerhalb der Kriminalität liegen und zum Beispiel Verstöße gegen das Tariftrügesgesetz darstellen. Wir haben in rechtsstaatli-

cher Hinsicht ein erhebliches Problem damit, **Abgaben von Falscherklärungen im Sinne des Tariftrügesgesetzes** in dieser Form mit **möglichen Straftaten** gleichzustellen. Ist bei Straftätern richtigerweise eine rechtskräftige Verurteilung erforderlich, so reicht es bei den anderen Tatbeständen, dass „kein vernünftiger Zweifel“ am Vorliegen einer „schweren Verfehlung“ besteht. Was ist aber, wenn sich der Zweifel später als berechtigt erweist, also eine schwere Verfehlung sich nicht bestätigt? Dazu schweigt das Gesetz.

Eine **Widerspruchsmöglichkeit** wird im Gesetz ebenfalls nicht genannt; deshalb bleibt auch offen, wer gegebenenfalls darüber zu entscheiden hat. Sie vorverurteilen, schädigen, beschuldigen beziehungsweise bestrafen Ihre Vertragspartner, und das ohne ausreichende Rechtsgrundlage. Das machen wir nicht mit!

(Beifall CDU und FDP)

Dieses Vorgehen verletzt jegliche **Rechtsstaatsgrundsätze**, insbesondere da in bestimmten Fällen ein solcher Ausschluss von Vergaben sogar zur Existenzvernichtung führen kann. Ich bin auf die Ausschussberatungen gespannt, frage mich aber jetzt schon, ob dieses Gesetz wieder ein politischer Preis ist, den die Bürger, den der Mittelstand für die Verwirklichung Ihrer ideologischen Zielvorstellungen zu zahlen haben.

(Widerspruch SPD)

Gespannt bin ich auch, wie im Ausschuss die Erfahrungen, die in anderen Bundesländern gesammelt worden sind, dargestellt werden. Von Ihnen, Herr Minister Meyer, erwarte ich, dass Sie Ihre Hand heben und diesem Treiben nach mehr Bürokratie endlich Einhalt gebieten - zum Wohle Schleswig-Holsteins und seiner Gesellschaft. Ihr Gesetz trifft bestimmte Berufsgruppen negativ und ist nicht geeignet, das Ziel der Korruptionsbekämpfung voranzubringen. Es ist erneut handwerklich schlecht gemacht - wie so viele Gesetze in den letzten Monaten vorher.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetz zur Errichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs bekämpfen wir verschiedene **Tatbestände wettbewerbswidrigen Verhaltens**. Ich nenne sie noch einmal: Korruption, Schwarzarbeit, Bestechung,

(Christopher Vogt [FDP]: Kriegswaffenrecht!)

Betrug, Urkundenfälschung, Steuerhinterziehung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür haben wir ein Strafrecht! - Christopher Vogt [FDP]: Haben wir kein Strafrecht mehr?)

Der Bericht Bundeslagebild Korruption des BKA zeichnet folgendes Bild: 2011 gab es bundesweit knapp 17.000 Korruptionsstraftaten. Dies ist der höchste Wert seit 1995. Im Jahr davor hatten wir 15.748 Straftaten. In Schleswig-Holstein waren es 2011 602 Korruptionsstraftaten, davor im Jahr 2010 320. Das ist eine steigende Tendenz.

(Christopher Vogt [FDP]: Hoffentlich keine bei der Kirche!)

Im Durchschnitt der Jahre 2010/2011 wurden circa 60 % der angezeigten **Korruptionsstraftaten** im Wirtschaftsbereich begangen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was logisch ist!)

Über 46 % dienten zur Erlangung von Aufträgen. Der durch Korruption verursachte Schaden wird bundesweit für das Jahr 2011 auf 276 Millionen € geschätzt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Bundesminister für Finanzen geht von einem jährlichen **volkswirtschaftlichen Schaden** der sogenannten **Schattenwirtschaft** von circa 15 % des BIP aus. Das entspricht für die Bundesrepublik Deutschland 345 Milliarden €. Die Definition der Schattenwirtschaft im engen Sinne umfasst neben Schwarzarbeit auch Steuerhinterziehung. Allein durch Schwarzarbeit entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden von 70 Milliarden €. Ich gebe zu, es gibt keine offiziellen Statistiken. Da gibt es eine hohe Dunkelziffer. Die tatsächliche Zahl wird noch bei Weitem höher liegen als das, was wir jetzt schon statistisch erfassen können.

Durch die Bekämpfung wettbewerbswidrigen Verhaltens haben diejenigen Unternehmen Vorteile, die sich fair und gesetzeskonform verhalten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Tietze, würden Sie mir freundlicherweise zugestehen, dass zwischen der Anzahl der angezeigten Taten und Ermittlungen und der Anzahl der ausgerichteten, damit festgestellten Straftaten ein erheblicher Unterschied besteht - das kann ich aus eigener beruflicher Erfahrung sagen, weil ich in diesem Bereich verteidige - und dass die Tatsache, dass es durch erhöhte Anzeigeverfahren zu mehr Verfahren kommt, kein Hinweis darauf ist, dass es tatsächlich zu mehr Korruption gekommen ist?

- Herr Kubicki, ich gebe zu, dass es einen Unterschied zwischen der Zahl der Anzeigen und der ausgerichteten Verfahren gibt. Aber auch die Zahl der ausgerichteten Verfahren steigt in Deutschland an. Das ist auch ein Tatbestand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Das können wir ja noch einmal klären. Ich werde die Statistik nachlesen.

Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung erhöht volkswirtschaftlich gesehen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dass eine Rechtsstaatspartei so etwas macht! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist keine Rechtsstaatspartei!)

- Entschuldigung, das können wir gleich klären.

Wir haben mit dem gemeinsam mit Hamburg erarbeiteten Gesetzesvorschlag, der hier vorliegt, die Aussage, dass wir bei dieser Ausgestaltung hoffen, dass sich andere Bundesländer anschließen. Ich finde es wichtig, dass in dieser Frage **norddeutsche Kooperation** sehr gut funktioniert. Denn das wird man nur in der Kooperation lösen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beate Raudies [SPD])

Ich darf darauf hinweisen: Wir alle beklagen Politikverdrossenheit. Gerade das Aufdecken von Korruptionsskandalen mit Beteiligung der öffentlichen Hand führt genau zu dieser Politikverdrossenheit.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb müssen wir klar und deutlich sagen: Aufklärung ist für uns wichtig. Meine Fraktion stellt - das will ich ganz deutlich sagen, Herr Kubicki - keine Unternehmen unter Generalverdacht.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein?)

Das ist schlichter Blödsinn, wenn sie das behaupten. Aber die Zahlen zeigen, dass Korruption und wettbewerbswidriges Verhalten in Deutschland Tatsache sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Wenn einer Mist baut, müssen die anderen darunter leiden!)

Es darf doch nicht sein, dass der ehrliche Unternehmer der Dumme ist. Das werden wir mit diesem Gesetz verhindern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Fairer Wettbewerb und gute Arbeit sind ein Qualitätsmerkmal. Dafür streiten wir politisch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Tietze, wie wollen Sie denn mit Firmen umgehen, bei denen ein doloser Geschäftsführer -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was?

- ein doloser Geschäftsführer, also ein krimineller Geschäftsführer, ohne Kenntnis des Inhabers, ohne Kenntnis der Mitarbeiter schlicht und ergreifend einen Bediensteten im öffentlichen Dienst zu bestechen versucht und die Gesellschafter, nachdem sie es erfahren haben, ihn rauschmeißen, weil er sich kriminell verhalten hat? Wollen Sie dieses Unternehmen ins Register aufnehmen und

dafür Sorge tragen, dass mehrere hundert Arbeitsplätze vernichtet werden? Ist das Ihre Idee?

- Das wird in der Anhörung zu prüfen sein. Sie haben eben versucht, die Auswirkungen des **Fehlverhaltens** eines **Geschäftsführers** - Herr Nonnenmacher ist hier ja angeklagt - auf das ganze Unternehmen HSH Nordbank zu erfragen. Wir werden das im Anhörungsverfahren prüfen. Deshalb werden wir dieser Frage im Anhörungsverfahren verstärkt nachgehen. Dafür ist ein Anhörungsverfahren da.

(Christopher Vogt [FDP]: Man sollte nicht nur Murks vorlegen!)

Ich habe deutlich gemacht: Wir wollen keinen Generalverdacht und keine Generalverurteilung, sondern wir wollen die Spreu vom Weizen trennen. Es kann nicht sein, dass Unternehmen, die nachhaltig auf Korruption und Schwarzarbeit setzen, weitermachen können wie bisher. Das ist ein hoher volkswirtschaftlicher Schaden. Das werden wir in Schleswig-Holstein beenden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das werden Sie beenden?)

Es ist auch eine Schutzfunktion, die wir hier ausfüllen. Wir wollen Unternehmen vor Billigkonkurrenz, vor Lohndumping und vor unfairem Wettbewerb schützen. Das ist der Zielgedanke dieses Gesetzes.

Durch den befristeten Eintrag in das Register - wir haben Bagatellgrenzen von 25.000 € beziehungsweise 50.000 € bei Bauleistungen eingeführt - ist dieser Gesetzentwurf im Übrigen im Gesamtpaket mit dem Tariftreuegesetz und dem Landesmindestlohngesetz ausgewogen. In dem Beratungsverfahren dieser beiden Gesetze haben wir bewiesen, dass wir nicht einen Gesetzentwurf eingebracht haben und, wie Sie behaupten, ideologisch dabei geblieben sind. Nein, wir sind auf die Argumente eingegangen. Das werden wir jetzt auch beim Korruptionsgesetz machen, wohl wissend, dass wir dieses Gesetz in einem Staatsvertrag mit einem anderen Bundesland verhandeln müssen.

(Johannes Callsen [CDU]: Welche Argumente haben Sie denn aufgenommen, Herr Tietze? Nicht ein einziges Argument!)

Wir geben ganz klar zu Protokoll: Wir werden uns in der **Anhörung** mit den von Ihnen vorgetragenen **Kritikpunkten** beschäftigen. Das ist für uns eine klare Sache.

(Dr. Andreas Tietze)

Wie sind mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und des fairen Wettbewerbs angetreten. Wir haben in dem Dreiklang der drei vorgelegten Gesetzesvorhaben unser politisches Versprechen gehalten. Deshalb werden wir in Schleswig-Holstein in Zukunft bessere und gute Arbeit haben, als wir das in der Vergangenheit hatten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident, der zurzeit offenbar leider andere Termine wahrnehmen muss, hat uns gestern Morgen erklärt, dass die Landesregierung die Bürokratie für Unternehmen in unserem Land, gemessen in Zeit und Geld, bis 2020 halbieren möchte. Das finde ich total klasse. Ich muss nur leider feststellen, dass die Koalitionsfraktionen offenbar das genaue Gegenteil im Kopf haben und hier den nächsten Gesetzentwurf vorlegen, der nicht nur inhaltlich totaler Murks ist, sondern auch vom Gedanken her vollkommen falsch ist und eigentlich das Gegenteil dessen ist, was uns der Ministerpräsident hier ständig ankündigt.

(Beifall FDP und CDU)

Einmal ganz abgesehen davon, dass uns der Ministerpräsident gar nicht erklärt hat, wie das von der Landesregierung angepackt werden soll, bin ich der Überzeugung: Die Landesregierung kann das gar nicht umsetzen. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass wahrscheinlich gar nichts passieren wird. Wir haben schon in der Mittelstandsoffensive in den letzten Jahren den **Unternehmen Bürokratieabbau** angeboten und gefragt: Wo können wir von Landesseite Bürokratie für euch abbauen? Es war relativ wenig, was wir machen konnten. Das wenige haben wir getan. Insofern viel Erfolg! Wahrscheinlich will er Ihre Gesetze wieder abbauen. Das wäre das Einzige, was er wirklich machen könnte.

Meine Damen und Herren, Sie haben uns das Vergabegesetz-Folgegesetz vorgelegt. Sie haben sich im Vergabegesetz schon auf dieses Gesetz bezogen, das es noch gar nicht gab. Infolgedessen ist es konsequent, dass es jetzt endlich vorgelegt wird.

Wenn man Ihnen und insbesondere dem Kollegen Tietze zuhört, könnte man als unbeteiligter Dritter das Gefühl bekommen, **Wirtschaftskriminalität und Korruption** sind mit die größten **Probleme der Wirtschaftspolitik** in unserem Land, dass Deutschland unheimlich schlecht dasteht. Ich habe mir einmal den Korruptionsindex von Transparency International anschaut - ich wusste ja ungefähr, was von Ihnen kommt. Herr Kollege, den haben Sie sich bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs sicherlich auch einmal angeschaut. Dort steht Deutschland auf Platz 13 von 176 untersuchten Ländern. Ich will Korruption gar nicht verharmlosen, aber ich will es in ein Verhältnis rücken. Dahinter stehen Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan.

Vor uns stehen - Herr Kollege Andresen, Sie als Halbskandinavier wissen das sicherlich - die skandinavischen Länder. Wenn man dort anschließen möchte, kann man das wollen, muss man auch gucken, was die Skandinavier machen. Die gläsernen Unternehmen und die gläsernen Bürger, die es in Skandinavien gibt, die dazu geführt haben, dass die Skandinavier so gut dastehen, möchte meine Fraktion - ehrlich gesagt - nicht haben. Insofern haben wir andere Vorstellungen als Sie. - Ich lasse die Zwischenfrage gerne zu.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. Aus Ihrer Schlussfolgerung entnehme ich, dass Sie sich nicht an den skandinavischen Ländern orientieren und nicht von Platz 13 auf einen höher gelegenen Platz gehen wollen,

- Das habe ich nicht gesagt!

dass Sie aber bereit sind, einen volkswirtschaftlichen Schaden durch Korruption in Kauf zu nehmen und die nachhaltige Überschuldung der öffentlichen Haushalte hinnehmen, weil Ihnen Steuereinnahmen entgehen und Sie ein Schlupfloch für Unternehmen lassen wollen, weil Sie - habe ich das richtig verstanden - dort die Wirtschaft in Gefahr sehen?

- Herr Kollege Dr. Tietze, ich kenne Sie ja, daher weiß ich, dass Sie selber nicht glauben, was Sie da gerade erzählt haben.

(Beifall FDP und CDU)

Insofern muss ich ganz ehrlich sagen: Wenn Sie **Korruption** wirklich **bekämpfen** wollen, ist dies ein schlechter Scherz, den Sie gemacht haben.

(Christopher Vogt)

Wenn Sie Korruption in diesem Land bekämpfen wollen, dann demotivieren Sie nicht die Staatsanwaltschaften, demotivieren Sie nicht die Richter, und demotivieren Sie nicht die Polizisten in unserem Land.

(Beifall FDP)

Das wäre viel hilfreicher als dieser Murks, den Sie uns hier vorlegen. Ihre Unterstellung weise ich natürlich zurück. Wenn Sie mir zugehört hätten - Sie haben ja gar nicht mehr zugehört, als ich die nächsten Sätze gesagt hatte -, dann hätten Sie vielleicht auch verstanden, was ich gesagt habe, Herr Kollege.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Tietze?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, neben aller Polemik jetzt wirklich ernsthaft: Würden Sie mir dann bitte Ihre Vorstellungen erläutern, wie Sie dann die Korruption abbauen wollen beziehungsweise wie Sie die Korruption verhindern wollen? Vielleicht höre ich das ja noch in Ihrer Rede. Schlagen Sie da doch bitte einmal ein paar konkrete Maßnahmen vor!

Christopher Vogt [FDP]:

Auch hier haben Sie mir gerade offenbar nicht zugehört. Ich habe zum Beispiel vorgeschlagen, die Motivation der Staatsanwaltschaften und die Ausstattung der Staatsanwaltschaften zu verbessern.

(Beifall FDP)

Wie wäre es zum Beispiel damit? Worüber haben wir gestern eigentlich hier debattiert, Herr Kollege? Glauben Sie, dass das nichts miteinander zu tun hat?

(Beifall FDP)

Ich bin einigermaßen erstaunt. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dornquast hat es ausgeführt: Ihr offenbar tief sitzendes Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und den Unternehmen in unserem Land hat Ihnen auch hier wieder die Feder geführt. Dieses grundsätzliche Misstrauen, Herr Kollege Dr. Tietze, gegenüber den Unternehmen ist nicht nur nicht gerechtfertigt, sondern leider auch sehr, sehr schädlich.

Die Zwischenfrage von der Kollegin Lange lasse ich zu. Sie weiß nämlich, wovon sie spricht, hoffe ich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Frau Lange.

Simone Lange [SPD]: Würden Sie mir recht geben, dass es hier darum geht, Taten zu verhindern und nicht Taten aufzuklären, und dass die Motivation von Polizeibeamtinnen und -beamten und von Staatsanwaltschaft wenig damit zu tun hat, ob Straftaten überhaupt erst begangen werden?

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Kollegin, diese schwarze Liste, dieser Pranger verhindert keine Straftat.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte einige konkrete Punkte herausgreifen, Herr Dr. Tietze, weil Sie quasi eine **Falscherklärung beim Vergabegesetz** auf eine Stufe stellen mit der **Bildung einer terroristischen Vereinigung** mit Verstößen gegen das Kriegswaffenrecht.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Tietze, ich möchte Sie dafür sensibilisieren, was das bei den Unternehmen auslöst, wenn diese so etwas lesen und solche Gesetze über sich ergehen lassen müssen.

Herr Dr. Tietze, wenn Sie ernsthaft über dieses Gesetz debattieren möchten, weise ich Sie darauf hin, dass eine **Vergabesperre**, die durch eine Eintragung erfolgen könnte, **weitreichende wirtschaftliche Folgen** für die betroffenen Unternehmen haben kann. Diesen soll gemäß § 6 Abs. 5 lediglich die Gelegenheit zu einer Stellungnahme eingeräumt werden. Weitere rechtsstaatliche Mittel wie Akteneinsicht, Rechtsmittel sowie weitere Möglichkeiten wie eine gerichtliche Überprüfung sind gar nicht vorgesehen. Die Möglichkeiten, die einem Beschuldigten in einem Strafverfahren gewährt werden, bekommt ein Unternehmer bei einer Falscherklärung nicht eingeräumt. Das, Herr Dr. Tietze, kann nun wirklich nicht angehen.

Ich finde es sehr schade, dass Ihr innen- und rechtspolitischer Sprecher nicht da ist, weil ich gar nicht

(Christopher Vogt)

verstehen kann, wie die Grünen so etwas mittragen können.

Ihr Gesetzentwurf sieht dann sogar vor, dass der **Grundsatz der Unschuldsvermutung** aufgehoben werden soll. Denn in dem Register sollen nicht nur rechtskräftige Urteile eingetragen werden. Bei Straftatbeständen nach § 2 Abs. 2 soll schon die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens eingetragen werden. Das ist aus meiner Sicht komplett rechtswidrig! Das hat mit Rechtsstaatlichkeit, Herr Dr. Tietze, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist **Kriminalisierung von Unternehmen**, was Sie hier betreiben. Ich verstehe nicht, wie Sie persönlich und Ihre Fraktion überhaupt einen solchen Gesetzentwurf unterschreiben konnten.

Es gibt weitere juristische Punkte, die ich Ihnen hier um die Ohren hauen könnte. Aber zusammenfassend lässt sich sagen, dass niemand dieses Gesetz braucht, da es niemandem hilft und es wieder neue Bürokratie schafft und rechtsstaatlich einfach untragbar ist. Es schürt weiteres Misstrauen und ist rechtlich nicht tragbar.

Wir haben bei dem Tariftreue- und Vergabegesetz bereits angekündigt, dass wir derzeit eine **Normenkontrollklage** prüfen. Sollten Sie dieses Gesetz auch beschließen, werden wir dies einbeziehen.

Meine Damen und Herren, ich bin wirklich sehr für **fairen Wettbewerb**. Aber das erreicht man nicht, indem man das in die Überschrift eines katastrophalen Gesetzes schreibt,

(Beifall FDP und CDU)

sondern indem man optimale **Rahmenbedingungen** schafft. Das haben Sie leider bei diesem Gesetzentwurf verfehlt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, bitte ich Sie mit mir gemeinsam, die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch keine Frage, dass **Bestechung und Vorteilnahme** das volkswirtschaftliche Wohlstandsniveau unseres ganzen Landes mindern und jedes Jahr zu hohen materiellen und immateriellen Schäden führen, die letztlich dann bei öffentlichen Vergaben vom Steuerzahler oder von den Verbrauchern aufgebracht werden müssen.

Deswegen ist der Grundansatz auch richtig, von Vergaben Unternehmen auszuschließen, von denen zu befürchten ist, dass es dort zu solchen irregulären Verstößen gegen die Grundsätze des fairen Wettbewerbs kommt. Da verstehe ich auch die Empörung auf der Seite des Hauses nicht wirklich, denn schon heute ist es so, dass **unzuverlässige Unternehmen** von den **Vergaben** auszuschließen sind.

Im Übrigen haben auch schwarz-gelb regierte Länder wie Hessen oder Bayern ähnliche Informationsstellen, die solche Tatbestände führen und miteinander austauschen.

Wichtig ist, dass ein solches **Register rechtsstaatlichen Kriterien** genügt und dass auf den **Datenschutz** geachtet wird. Das werden wir auch in weiteren Verfahren tun.

Wichtig ist auch, dass jedes Unternehmen eine **Chance auf Selbstreinigung** bekommt. Denn nur so setzt man einen Anreiz für die Unternehmen, gegen Korruption einschreiten zu können. Dieser Tatbestand der Selbstreinigung ist im Übrigen schon im Gesetzentwurf angesprochen worden, aber teilweise nur als Kannbestimmung vorgesehen. Man kann Einträge löschen, wenn sich Sachverhalte ändern. Dieser Punkt ist noch einmal aufzugreifen und klar zu regeln, um zu verdeutlichen, dass es bei diesem Register nicht um eine Doppelbestrafung von Unternehmen oder Geschäftsführern geht, die sich strafbar gemacht haben, sondern darum, eine reguläre Auftragsabwicklung sicherzustellen.

Deswegen kann allein der **Verstoß in der Vergangenheit** nicht ausreichen, um einen Ausschluss zu begründen, sondern nur, wenn zu befürchten ist, dass es in Zukunft bei dem bestehenden Vergabeverfahren wieder zu einem Verstoß kommt.

Und weil es nicht um eine **Doppelbestrafung** geht, Herr Kubicki, hat die **Unschuldsvermutung** in diesem Kontext eigentlich nichts zu suchen. Denn diese gilt nur im Strafrecht. Hier handelt es sich nicht um eine Bestrafung, sondern um eine Maßnahme

(Dr. Patrick Breyer)

zur Sicherung der ordnungsgemäßen Auftragsvergabe.

Im Übrigen, was Rechtsmittel angeht, müssen diese nicht ausdrücklich im Gesetz geregelt werden, sondern der Verwaltungsrechtsschutz gilt immer, auch wenn im Gesetz nichts ausdrücklich erklärt ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Der Abgeordnete Breyer gestattet eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Vogt.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, Sie haben gesagt, dass es nur eine Unschuldsvermutung ist, die im Strafrecht zwar notwendig ist, doch bei dieser Sache keine Anwendung findet. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es durch Fehler zu einer Eintragung kommen kann, was zu massiven wirtschaftlichen Folgen führen kann, nicht nur für das Unternehmen, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sodass diese darunter leiden müssen, wenn beispielsweise ein Beamter dort einen Fehler macht?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich stimme Ihnen zu, dass es genauso wie bei sonstigen staatlichen Maßnahmen immer auch zu Fehlern und zu Fehlentscheidungen kommt. Wir müssen das im Kopf behalten und genau prüfen, ob der Nutzen dieser Maßnahme deutlich den Schaden, den wir durch Fehlentscheidungen im Einzelfall anrichten können, überwiegt.

Worauf wir auch noch einmal achten sollten, ist meines Erachtens die Frage, ob nicht auch **private Auftraggeber** die Möglichkeit haben sollten, sich aus diesem Register zu informieren, wenn sie Unternehmen von Geschäftsbeziehungen ausschließen wollen. Ich denke, darüber sollten wir auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren nachdenken.

Ich muss aber auch sagen, dass die **Rhetorik des fairen Wettbewerbs** seitens dieser Koalition doch denkbar fehl am Platze ist, weil Sie selbst mit dem Tarifreue- und Vergabegesetz eine Regelung gestrichen haben, dass unterlegene Bieter von Bauaufträgen vor der Vergabe zu informieren sind, sie somit gegen Korruption vorgehen können. Diese Regelung zu streichen, ist das genaue Gegenteil von Korruptionsbekämpfung.

Wir brauchen eine Veröffentlichung aller Verträge mit der öffentlichen Hand, auch um Wettbewerbern zu ermöglichen, Auffälligkeiten zu erkennen. Wo

keine Transparenz herrscht, kommt es leicht dazu, dass zum Beispiel eine ganze Stadt wie Glückstadt von einer Bahnverbindung abgehängt wird, weil niemandem aufgefallen ist, dass in der Vergabe eine Exklusivitätsklausel vorgesehen war.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was wir brauchen, sind Maßnahmen, um gegen das große **Dunkelfeld** im Bereich der **Korruption** vorzugehen. Wir haben ein geschätztes Dunkelfeld von etwa 95 %. Deswegen brauchen wir in der Tat einen Schutz von Whistleblowern und auch ein anonymes Hinweisgebersystem, wie es das zum Beispiel in unserem Nachbarland Niedersachsen schon längst gibt. Dort sind schon über 1.000 Meldungen über dieses System eingegangen; über 1.000 Meldungen konnten weiterverfolgt werden; über 400 mündeten in gerichtliche Verfahren. Wir brauchen ein solches anonymes **Hinweisgebersystem** endlich auch für Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir bereits! Wir haben sogar einen Korruptionsbeauftragten!)

- Die Grundsätze des Korruptionsbeauftragten besagen, dass sich die Personen ihm gegenüber identifizieren müssen, dass anonyme Hinweise nicht möglich sind.

Drittens. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland die **Bestechung** ausgerechnet **von Abgeordneten** noch immer nicht strafbar ist.

Die UN-Konvention gegen Korruption hat Deutschland seit inzwischen zehn Jahren nicht umgesetzt, und zwar egal in welcher Regierungskonstellation von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP oder CDU. Da befinden wir uns in Gesellschaft mit Staaten wie Syrien, dem Sudan, Saudi-Arabien oder Nordkorea. Wir PIRATEN sagen ganz klar: Abgeordnete dürfen nicht käuflich sein. Wir werden dafür kämpfen, dass diesem Versagen der Politik in diesem Punkt endlich ein Ende gesetzt wird. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich dem Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit der Verabschiedung des Tarifreuegesetzes haben wir in Schleswig-Holstein

(Flemming Meyer)

einen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit geschaffen, weil künftig nur die Unternehmen die Zuschläge für öffentliche Aufträge erhalten dürfen, die nachweislich entsprechende Tariflöhne zahlen. Für uns als SSW ist es wichtig, dass Tariflöhne eingehalten und Sozialabgaben und Steuern gezahlt werden.

(Beifall SSW)

Oder andersherum: Unternehmen, die diese Kriterien einhalten, sollen auch die Chance haben, den Zuschlag für öffentliche Ausschreibungen zu bekommen.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies sorgt für fairen Wettbewerb und sichert die Existenz der hiesigen Unternehmen.

(Beifall SSW)

In diesem Kontext ist nun auch der vorliegende Gesetzentwurf zu sehen. Die Einrichtung eines **Registers zum Schutze des fairen Wettbewerbs** trägt zu fairem Wettbewerb bei. Damit schaffen wir ein Instrument, das uns zuverlässige Unternehmen identifiziert, damit diese nicht von öffentlichen Aufgaben profitieren.

Unternehmen, die gegen Tariftreuebestimmungen oder Mindestlohnvorgaben verstoßen oder anders wettbewerbswidrig am Markt agieren, fügen den redlichen Unternehmen einen wirtschaftlichen Schaden zu. Sie belasten die öffentlichen Haushalte mit zusätzlichen Kosten und schüren das Misstrauen der Bevölkerung in die Verwaltung. Dies gilt es zu unterbinden.

(Beifall SSW - Vereinzelt Beifall SPD)

Wir wollen die zuverlässigen und gesetzestreu Unternehmen stärken. Es sind diese Unternehmen, die die Chance haben sollen, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Mit dem Register bekommt der öffentliche Auftraggeber die Möglichkeit, die **Zuverlässigkeit eines Anbieters** zu überprüfen. Damit kann gezielt untersucht werden, ob ein Anbieter „sauber“ ist oder ob ihm Verfehlungen nachgewiesen wurden. Damit kann Unternehmen, die gegen Vorgaben und Bestimmungen verstoßen, zumindest für eine bestimmte Dauer der Zugang zu öffentlichen Aufträgen verwehrt werden. Wir stärken damit nicht nur die Position der öffentlichen Auftraggeber gegenüber korrupten Unternehmen, sondern wir sorgen darüber hinaus auch für einen fairen Wettbewerb im Sinne der zuverlässigen Unternehmen.

(Beifall SSW)

Es wäre natürlich wünschenswert gewesen, wenn wir eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise in Form eines **bundesweit geführten Registers** hinkriegen hätten. Dies ist derzeit politisch nicht realisierbar. Aus diesem Grund streben wir zumindest ein gemeinsames Register mit Hamburg an.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Hierbei ist es aus Sicht des SSW nicht ausgeschlossen, dass auch andere Länder sich einem solchen Register anschließen.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass niemand befürchten muss, auf Verdacht im Register eingetragen zu werden. Nur wem korruptionsrelevante oder andere Rechtsverstöße im Geschäftsverkehr nachgewiesen wurden, wird in dem Register geführt. Die sehr harsche Kritik des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein am Gesetzentwurf geht meines Erachtens am Thema vorbei.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand wird kriminalisiert, und niemandem wird unterstellt, sich mittels krimineller Energie öffentliche Aufträge zu ergattern. Dies ist schlicht eine falsche Darstellung. Hier wird auch niemand an den Pranger gestellt. Vielmehr geht es darum, die zuverlässigen Unternehmen zu stärken, indem unzuverlässige Unternehmen ausgeschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstelle, dass die meisten meiner Vorredner das, was sie gesagt haben, nicht nur wirklich ernst meinen, sondern auch daran glauben, dass es uns dem Ziel näherbringen kann, im Wettbewerb diejenigen, die sich wettbewerbswidrig verhalten, gegenüber denjenigen, die sich wettbewerbskonform verhalten, aus dem Markt zu verdrängen. Aber die spannende Frage ist, ob Sie mit dem Register, das Sie nun auflegen wollen, dieses Ziel erreichen können. Ich behaupte: nein.

Wenn Sie das Ziel erreichen wollen, Korruption stärker zu bekämpfen als bisher - das geschieht

(Wolfgang Kubicki)

vielfältig -, dann müssen Sie schlicht und ergreifend mehr Personal bei der Polizei und bei der Staatsanwaltschaft organisieren und die betreffenden Beamtinnen und Beamten im Hinblick darauf, was korruptive Verhaltensweisen eigentlich sein können, besser ausbilden, wie also zwischen den Beteiligten eine nicht mehr notwendige, aber immerhin doch vorhandene Unrechtsvereinbarung darüber geschlossen werden kann, dass die eine Leistung mit einer anderen wettbewerbswidrigen Leistung der öffentlichen Hand vergolten wird. Das können Sie nicht mit einem **Register** tun.

Das Problem dieses Registers und, Herr Kollege Tietze, das Problem der skandinavischen Staaten ist: Wenn wir die **datenschutzrechtlichen Regelungen** von Skandinavien bei uns übernehmen, kommt Herr Weichert und sagt uns: Ihr seid wohl nicht mehr ganz dicht. Denn die Transparenz, die die dort verlangen, ist bei uns momentan rechtlich gar nicht möglich. Ich bin mir auch sicher, dass wir im Endeffekt gar nicht wollen, dass vollkommene Transparenz hergestellt wird. Denn in vielen anderen Bereichen dagegen weigern wir uns, dieses zu tun.

Prangerwirkung. Allein die Mitteilung darüber, man sei in ein Korruptionsregister aufgenommen, hat bereits eine Prangerwirkung, egal wo und wie auch immer. Denn damit kann man, weil man keine falschen Behauptungen in den Markt der Meinungen bringt, bei anderen Beteiligten den Eindruck erwecken, der Eingetragene sei korruptiv, selbst wenn es noch gar nicht festgestellt worden ist.

Herr Kollege Breyer, wenn die **Einleitung eines Ermittlungsverfahrens** ausreicht, kann ich Ihnen aus der praktischen Wirklichkeit sagen, was passiert. Dann gibt es **anonyme Anzeigen von Mitbewerbern**. Sie wissen, dass der Anfangsverdacht für ein Ermittlungsverfahren relativ geringwertige Anforderungen stellt. Das heißt, es müssen Tatsachen vorliegen oder benannt werden, die die Annahme begründen können, dass eine Straftat begangen worden sein kann.

Jeder Staatsanwalt - das wissen Sie aufgrund Ihrer juristischen Ausbildung auch - ist völlig problemlos in der Lage, jeden Anfangsverdacht zu begründen, wenn er nur Informationen hat, und sei es nur den Namen des Unternehmens, den Namen des Geschäftsführers oder die ladungsfähige Anschrift. Jeder Staatsanwalt! Wenn das ausreichen sollte, in die Korruptionsliste eingetragen und dann ausgeschlossen zu werden, dann: Gute Nacht, Deutschland, gute Nacht, Schleswig-Holstein, und gute Nacht, Wettbewerb.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sofort. - Ich sage Ihnen, Herr Kollege Dr. Tietze, dass sich genau diejenigen, die mit kriminellen Methoden arbeiten, dieser Methoden bedienen werden, um im Wettbewerb gegenüber anderen einen Vorteil zu erlangen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Kubicki, können Sie mir sagen, an welcher Stelle dieses Gesetzentwurfs vorgesehen ist, dass die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens für eine Eintragung genügen soll? Ich finde es hier nicht.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das werde ich gleich tun. Dazu muss ich an meinen Platz gehen; das kann ich von hier aus nicht machen. Das werde ich Ihnen gegenüber gleich tun. Jedenfalls ist das auch bei den Redebeiträgen hier dokumentiert worden, und wir haben das entsprechend identifiziert. Wir werden es gleich nachholen.

In besonderer Weise berührt mich die Tatsache, dass Sie glauben, damit wirklich ein Problem lösen zu können. Sie sagen, wir bekämpfen damit Korruption. Sie bekämpfen damit keine **Korruption**. Korruption bekämpfen Sie durch Verfolgung. Wenn Frau Lange sich hier hinstellt und sagt, das habe präventive Wirkung, dann sage ich: Präventive Wirkung, und zwar **generalpräventive Wirkung**, hat eine schnelle Verfolgung und eine schnelle Ausurteilung von Straftaten. Es ist der Sinn des Strafrechts, nicht nur individuell abzuurteilen, sondern generalpräventiv zu wirken. Nur dann, wenn Menschen feststellen können, dass ihre Verhaltensweisen gerichtlich sanktioniert werden, erreichen wir, dass sie sich ordentlich verhalten, und nicht dadurch, dass wir solche Anträge beschließen wie die, die Sie auf den Weg gebracht haben.

(Beifall FDP)

Ich warne davor, den Rechtsstaat auf diese Art und Weise auszuhöhlen. Wir wehren uns zu Recht da-

(Wolfgang Kubicki)

gegen - das sage ich ausdrücklich -, dass wir ladungsfähige Anschriften von verurteilten Kinderchändern preisgeben, weil wir genau wissen, dass eine Integration in die Gesellschaft sonst unmöglich wird. Wir wehren uns dagegen.

(Beifall PIRATEN)

Hier machen Sie im geschäftlichen Bereich das genaue Gegenteil und fragen sich nicht einmal, welche Auswirkungen es auf Hunderte von Beschäftigten eines Unternehmens hat, wenn nur der Geschäftsführer kriminell geworden ist. Diese Fragestellung -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

ich komme zum letzten Satz - müssen wir beantworten, bevor Sie ein solches Gesetz auf den Weg bringen. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kubicki, ich verwahre mich dagegen, dass Sie uns hier vorwerfen, wir würden einen **Generalangriff auf den Rechtsstaat** starten, indem wir ein **Korruptionsregister** einführen. Das ist eine Überhöhung der Thematik, die nicht angemessen ist und die ich an dieser Stelle für meine Fraktion scharf zurückweise.

Ich habe mich auch noch einmal gemeldet, weil es oftmals die Sprache, die Wortwahl ist, die in einer solchen Debatte gehört wird. Herr Kollege Vogt bringt diesen Gesetzentwurf in die Richtung, dass wir Unternehmer mit terroristischen Vereinigungen vergleichen würden, die sich nicht an Gesetze halten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Herr Kollege, so habe ich das verstanden, wir können es im Protokoll noch einmal nachlesen. Das heißt, Sie sind tatsächlich nicht mehr Herr Ihrer eigenen Worte, wenn Sie sich hier hinstellen und meinen, Sie müssten die Wirtschaft verteidigen und kübelweise den Schmutz über Abgeordnete aus-

schütten, die versucht haben, sachlich zu argumentieren.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe in meiner Rede sachlich argumentiert. Ich habe keine polemischen Spitzen oder sonstigen Dinge verwendet. Ich verwahre mich an dieser Stelle, Herr Kollege Vogt, dass Sie mich in diese Nähe bringen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Tietze, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie, als ich es angesprochen habe, mir gar nicht mehr zugehört haben, sondern sich auf den Weg zum Mikrofon gemacht haben und nach links und rechts etwas gesagt haben? Insofern möchte ich, damit wir den gleichen Kenntnisstand haben, noch einmal darauf hinweisen, dass ich Folgendes gesagt habe: Wir haben die Straftaten aufgezählt. Es werden eine Falschaussage bei einer Bewerbung, die Gründung einer terroristischen Vereinigung und Verstöße gegen das Kriegswaffenrecht nebeneinandergestellt.

Da habe ich darauf hingewiesen, was das bei den Unternehmen auslöst, wenn das alles nacheinander aufgezählt wird - es gab auch schon Pressemitteilungen in diese Richtung -, wenn das alles auf eine Stufe gestellt wird. Ich habe auf die Wirkung bei den Unternehmen hingewiesen und gesagt, dass Sie dort Misstrauen schüren. Nur darauf habe ich hingewiesen. Ich habe Ihnen nicht das vorgeworfen, was Sie gerade behauptet haben.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank für die Richtigstellung. Ich habe das in einem anderen Zusammenhang wahrgenommen. Deshalb gibt es ja auch die Möglichkeit, dass sich Kollegen zum Mikrofon begeben und das richtigstellen.

Uns geht es darum, dass wir mit Blick auf das Korruptionsregister noch einmal herausstellen, dass die Wirtschaft durch eine destruktive Art der Verletzung des allgemeinen Interesses nur zur Erlangung des eigenen Vorteils - so definiere ich Korruption - weltweit so großen Schaden hervorruft, dass wir endlich anfangen müssen, darüber nachzudenken,

(Dr. Andreas Tietze)

wie wir eine Transformation der Wirtschaft hinbekommen, sodass wir mit guten Geschäften und mit guter Arbeit auch in Zukunft gute Wirtschaft betreiben.

Die **destruktive Art der Wirtschaft** wird die Volkswirtschaften an den Rand des Ruins bringen. Sie hat dafür gesorgt, wovor wir alle 2008 standen, dass nämlich Finanzmärkte, dass Banken zusammengebrochen sind: Destruktivität, Zockermentalitäten, nur den eigenen Vorteil sehen, das Durchsetzen gegen alle andere Interessen, das ist eine Wirtschaft, die wir ablehnen.

Deshalb ist das, was wir hier vorlegen, der Versuch, die **Rahmenbedingungen** für eine gute **Entwicklung in der Wirtschaft** zu entwickeln. Das hat es immer wieder gegeben. Dass wir nach dem Krieg die soziale Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard hier eingeführt haben, hat zum Grund, dass man erkannt hat, dass man in der Wirtschaft Rahmenbedingungen setzen muss, damit die Wirtschaft gelingt. Die Ökonomie hat auch etwas damit zu tun, dass man Verantwortung für das Ganze übernimmt und das Ganze mit im Blick haben muss.

Das heißt auch, dass man gegensteuern muss, wenn eine Wirtschaft aus dem Ruder läuft. Wenn Arbeitsplätze vernichtet werden und ehrliche Unternehmer in ihrem Handeln behindert werden, dann haben wir eine moralische Verpflichtung, als politische Parteien zu handeln.

Ich verwahre mich, dass Sie uns, weil wir das in diesem Dreiklang endlich in Schleswig-Holstein machen, hier als rechtsstaatlich verlogene Partei darstellen. Uns geht es darum, in der Wirtschaft für gute Arbeit und gute Unternehmen zu sorgen. Das ist für uns gute Wirtschaftspolitik, und dafür stehen wir in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuzuf Christoffer Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, das Ganze im Blick habend, weise ich darauf hin, dass Sie zum Ende kommen müssen.

Ich erteile für einen weiteren Dreiminutenbeitrag dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es gerne noch einmal für das gesamte Haus sagen, insbesondere mit Blick auf die Vorwürfe, die

Sie zwischen den Zeilen hier im Raume stehen lassen. Niemand in diesem Haus - ich komme auf den Satz zurück, Frau Kollegin von Kalben - unterstützt **Korruption**.

(Beifall CDU und FDP)

Sie erwecken in Ihren Redebeiträgen manchmal einen anderen Eindruck. Wir alle sind für **fairen Wettbewerb**. Es gibt dafür die notwendigen Regeln in unserem rechtsstaatlichen System.

Wenn Sie die gestrige Pressemitteilung des Baugeververbandes, Herr Kollege Tietze, aufmerksam gelesen hätten, dann hätten Sie gesehen, dass auch die Verbände, die betroffenen Unternehmen Ihr Korruptionsregistergesetz gar nicht wollen, weil sie auf fairen Wettbewerb setzen, weil sie auch sagen, dass es die notwendigen Regelungen schon gibt. Es gibt das Bundes- und das Gewerbezentralregister und vieles mehr.

Und das **Gewerbe**, das von Ihnen so geschützt werden soll, will Ihre Hilfe gar nicht - im Gegenteil. Sie betrachten es als Belastung, als Bedrohung, als Kriminalisierung. Das ist der eigentliche Vorwurf an Ihre rot-grün-blaue Politik.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Kollege Dr. Tietze, Sie haben gesagt, Sie wollten unsere Kritikpunkte aufnehmen. Es geht mir nicht darum, ob Sie die Kritikpunkte der Opposition aufnehmen. Das werden Sie im Zweifel eh nicht tun. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrer Ankündigung, dann nehmen Sie die **Kritikpunkte** der betroffenen Verbände, der betroffenen Wirtschaft auf. Daran werden wir Sie messen.

In der Tat sind es am Ende **rechtsstaatliche Probleme**, die Sie mit diesem Gesetzentwurf verursachen. Sie können doch nicht, wie Sie es hier festgelegt haben, das Verhalten einzelner Personen innerhalb eines Unternehmens in leitender Funktion oder, wie es heißt, die „einen besonderen Auftrag haben, die der Korruption beschuldigt werden“, auf ein gesamtes Unternehmen mit aller Betroffenheit, was die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens, was die Arbeitsplätze von vielen Menschen angeht, zurechnen. Das ist hoch problematisch und drückt ein tiefes Misstrauen gegenüber der Wirtschaft aus.

Wenn Sie in § 3 Abs. 3 festschreiben, dass die Eintragung in das Register bereits während der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens erfolgen kann, wenn angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel am Vorliegen einer besonderen Verfehlung entsteht, dann heißt das: Sie nehmen eine **Sanktion** vorweg, bevor die Justiz ab-

(Johannes Callsen)

schließlich über den Tatbestand bewertet und entschieden hat, und übertragen diese Sanktion nicht der Justiz, sondern der **Verwaltung**, dem Ministerium von Herrn Meyer, das dann eine Eintragung nach eigenem Gutdünken auf dieser Basis vornehmen kann. Das ist rechtsstaatlich hoch problematisch.

(Beifall CDU)

Politisch kann ich nur sagen: Nehmen Sie die Kritikpunkte ernst! Nehmen Sie das Gesetz vom Tisch! Sie legen mit diesem Gesetz, aber auch mit den anderen, die Sie als großen Erfolg Ihrer Koalition feiern, neuen Mehltau auf den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und werden kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Überzogen haben heute manche. Sie hätten aber die Gelegenheit gehabt, noch weiter zu reden, ohne dass es auf Ihre Redezeit angerechnet worden wäre, wenn Sie der Frau Kollegin Lange Gelegenheit zu einer Zwischenfrage gegeben hätten. Das war die Frage. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Jetzt hat der Kollege Olaf Schulze von der SPD-Fraktion das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** ist in Gefahr, wenn ich Sie eben so richtig verstanden habe. Wenn Sie einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen in Bayern, Baden-Württemberg und in Hessen fragen würden, die 2004, 2010, 2005

(Beifall SPD)

solche Register eingeführt haben,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau so?)

dann werden die Ihnen etwas anderes erzählen. In **Bayern**, in **Hessen** und in **Baden-Württemberg** ist es Usus, dass man als Verwaltung und als öffentlicher Auftraggeber vorher nachschauen kann, welche Unternehmen in diesem Register vertreten sind. Herr Tietze hat es schon gesagt, es ist ab einer bestimmten Summe sogar vorgeschrieben, dass man nachsehen muss. Sie nennen das **Register** einen **Pranger**. In Schleswig-Holstein ist es der Pranger; ich weiß nicht, wie Sie das in Bayern nennen. Dort regieren Sie beide zusammen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir können die andere Politik ja übernehmen!)

Wenn Sie das in Bayern auch rückgängig machen, dann ist das in Ordnung. In Bayern werden diese Firmen gar nicht erst genommen. Das ist genau das, was wir auch hier wollen. Es ist auch nicht so, dass alle **Unternehmen** oder alle Unternehmer unter einem **Generalverdacht** stehen und dass man von vornherein sagt, sie seien korrupt oder verstießen gegen Gesetze, im Gegenteil. In Schleswig-Holstein sind die meisten Unternehmen, und ich hoffe, es sind alle Unternehmen, nicht davon betroffen. Sie müssen vor den Unternehmen geschützt werden, die diese Maßnahmen nicht einhalten. Daher wird dieses Register sehr wenige Einträge haben. Deshalb ist es nicht richtig, wenn Sie behaupten, dies würde in Schleswig-Holstein vieles verhindern oder die Unternehmen in Schleswig-Holstein behindern.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Reinhard Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, die Landesregierung möchte ein gemeinsames **Register zum Schutz fairen Wettbewerbs**, und zwar gemeinsam mit Hamburg. Das hat Ministerpräsident Albig erklärt, und das hat der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt **Hamburg** erklärt. Das hat einen ganz wichtigen Grund: Wir wollen fairen Wettbewerb, aber wir wollen auch Wettbewerb über Qualität.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der vorliegende Entwurf schafft hierfür eine gute gesetzliche Grundlage. Das **Register** soll die **Vergabestellen im Land** bei der **Zuverlässigkeitsprüfung** von Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten sollen, unterstützen. Die Entscheidung über den Ausschluss von Unternehmen bleibt bei der Vergabestelle, es sei denn, es ist eine Vergabesperre ausgesprochen. Ganz wichtig ist: Das Register wird nicht öffentlich zugänglich sein. Ich sage dies, weil hier viele ein anderes Bild an die Wand gemalt haben. Es wird also kein Pranger aufgestellt oder eine schwarze Liste an die Tür angeschlagen. Öff-

(Minister Reinhard Meyer)

fentliche Auftraggeber sollen nur gezielt abfragen können, ob ein Unternehmen, das für den Zuschlag vorgesehen ist, im Wettbewerb gegen straf- und ordnungsrechtliche Bestimmungen verstoßen hat.

Jetzt kann man noch auf § 2 Abs. 3 eingehen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal klarstellen: Dieser Vorschlag kam aus Hamburg. Dort steht: kein vernünftiger Zweifel bei laufenden Verfahren. Diesen vernünftigen Zweifel stellt die korruptionsregisterführende Stelle her, das ist das Wirtschaftsministerium. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Meine Meinung ist dazu, dass man dann, wenn jemand nicht bestandskräftig verurteilt ist, weiter Zweifel haben muss. Ich glaube, dies wird man im Ausschuss vernünftig miteinander regeln können.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das ist nicht der Hauptpunkt. Man wird dies entsprechend glätten. Es geht um einen gemeinsamen Gesetzentwurf mit Hamburg.

Meine Damen und Herren, worum geht es? - Ich glaube, wir müssen deutlich machen, dass es um einen Wettbewerbsvorteil beziehungsweise um einen Abbau von Wettbewerbsnachteilen für gesetzestreue Unternehmen geht, die unter anderem bei öffentlichen Aufträgen das Tariftreuegesetz einhalten und die geforderten Mindestlöhne zahlen. Dies geschieht gegenüber den wenigen schwarzen Schafen, die es natürlich auch gibt. Es soll den **redlichen Unternehmer** und die redliche Unternehmerin vor den Unredlichen schützen. Damit ist das eine wichtige Säule für den **fairen Wettbewerb**. Es ist auch ein klares politisches Ziel. Das versteht die ehrbare Kauffrau, und das versteht der ehrbare Kaufmann. Meine Damen und Herren, wer Regeln nicht einhält, der bekommt in Schleswig-Holstein und in Hamburg keinen öffentlichen Auftrag.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie geht es weiter? - Wenn der hiesige Landtag und die Hamburger Bürgerschaft jeweils eigene Gesetze hierzu beschließen, werden wir auf dieser Grundlage ein gemeinsames Register mit **Hamburg** betreiben. Dazu wird es noch ein entsprechendes **Verwaltungsabkommen** zur Regelung der Einzelheiten der Zusammenarbeit geben. Erste Vorarbeiten für ein solches Verwaltungsabkommen gibt es, weil wir bei der technischen Durchführung der Registerführung mit Dataport erste Gespräche geführt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann wird das ja nichts!)

- Herr Kubicki, darüber muss man in der Tat nachdenken.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wahrscheinlich haben Sie deshalb Dataport genommen!)

- Dazu haben vielleicht alle, die in den letzten Jahren regiert haben, beigetragen. Insofern können wir hier keine politische Debatte daraus machen. Es müssen sich alle an die eigene Nase fassen.

Ich wollte sagen: Wir werden das Register im Wirtschaftsministerium ohne zusätzliche Stelle führen. Ich sage das, weil immer von der überbordenden Bürokratie die Rede ist. Das ist auch an dieser Stelle eine klare Zusicherung.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Wenn wir, Schleswig-Holstein und Hamburg, das Zeichen setzen, dann ist dies auch ein Zeichen für weitere Länder, mitzuziehen. Der Gesetzentwurf ist so angelegt, dass **weitere Länder** zu einem solchen **Register** beitreten können. Das finde ich ganz wichtig. Ich hoffe auf die Beteiligung weiterer Länder, insbesondere aus Norddeutschland. Wir müssen festhalten: Leider ist die Bundesregierung noch nicht bereit. Von der Bundeskanzlerin weiß man nicht, welche Standpunkte sie vor der Bundestagswahl noch einnehmen wird. Man ist weder bereit, einen flächendeckenden Mindestlohn noch ein bundesweites Register einzuführen. Wir hingegen wollen den Schutz des fairen Wettbewerbs auf eine möglichst breite Ebene stellen, und wir fangen bei uns im Norden damit an. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/827 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 51 auf:

**Bericht der Landesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl
Zweiter Landeskinderschutzbericht - Teil 1
Schwerpunkt Frühe Hilfen -**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/711

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, Ihnen heute - drei Jahre nach der ersten Berichterstattung - den **Zweiten Landeskinderschutzbericht** präsentieren zu können. Wir gehen verfahrensmäßig etwas anders vor, indem wir jetzt einen ersten Teilbericht mit dem **Schwerpunkt Frühe Hilfen** vorgelegt haben. Es besteht angesichts der Initiativen im Zusammenhang mit dem Bundeskinderschutzgesetz vom letzten Jahr ein ganz aktueller Bedarf an substantiierten Informationen in diesem Bereich.

Daneben enthält der Bericht aus aktuellem Anlass bereits einen Abschnitt zu der Frage der **Angemessenheit ambulanter Hilfen bei Kindeswohlgefährdung**. Mit dieser doch sehr komplexen Materie wird sich mein Haus im Anschluss an diesen Bericht beschäftigen und ganz vertieft einen weiteren Bericht vorlegen. Dabei werden auch die Erkenntnisse, die wir jetzt schon durch die schriftlichen Anhörungen im Sozialausschuss bekommen haben, einfließen.

Nun aber zum Hauptthema des jetzt vorliegenden Berichts: Das Bundeskinderschutzgesetz ist seit dem Jahr 2012 in Kraft. Es hat neue Anforderungen geschaffen, die Land und Kommunen praktisch umzusetzen haben. Das betrifft insbesondere die Bundesinitiativen Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Gelegenheit nutzen, allen im Land und vor allem in den Kommunen zu danken, die diese anspruchsvolle Aufgabe innerhalb kürzester Zeit angepackt und umgesetzt haben.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und FDP)

Dabei folgen wir der bewährten **schleswig-holsteinischen Kinderschutzstrategie**, die maßgeblich auf frühzeitige und niederschwellige Hilfen für Kinder und Familien setzt. Wir haben mit dem Landesprogramm „Schutzengel für Schleswig-Holstein“ eine langjährige Praxis Früher Hilfen im Land. Wir haben den Schwerpunkt frühzeitig mit den §§ 7 und 8 im Landeskinderschutzgesetz verankert. Wir haben damit eine sehr etablierte und verbindliche Grundlage für die Entwicklung und die Weiterentwicklung dieses Handlungsfeldes. Dadurch konnten die Kommunen in Schleswig-Holstein - anders als in anderen Teilen der Republik -

bei der Umsetzung der Bundesinitiativen Frühe Hilfen und Familienhebammen die gewachsenen Strukturen nutzen, bereits praktische Erfahrungen einbringen und vor allem an die bestehenden Aktivitäten im Land anknüpfen.

Der Bericht bestätigt: Land und Kommunen in Schleswig-Holstein sind in Sachen Frühe Hilfen gut aufgestellt. Im Einzelnen will ich dazu einige Punkte aufzählen: Erstens. In den **Kreisen und kreisfreien Städten** arbeiten gut funktionierende **Netzwerke**, die je nach Bedarf sehr unterschiedlich ausdifferenziert sein können. Es geht um Sozialraum und um an die Zielgruppen angepasste Angebote und Kooperationsformen.

Zweitens. Auch die **Kooperation über Berufsgrenzen hinweg** hat sich deutlich verbessert. Die Netzwerkarbeit im Bereich der Frühen Hilfen führt zu deutlich verbesserter Kommunikation und gegenseitiger Kenntnis von Institutionen, von Aufgaben und von Zugangswegen.

Drittens. Schon im Ersten Landeskinderschutzbericht wurde angemahnt, dass die **Einbindung des Gesundheitsbereiches** beziehungsweise die Kooperation von Jugend- und Gesundheitshilfe besser werden muss. Da gibt es sehr gute Entwicklungen, aber da gibt es auch durchaus noch Nachbesserungsbedarf. Das soll nämlich flächendeckend passieren. Mein Haus unterstützt an dieser Stelle durch interdisziplinäre Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote.

Viertens. Überall im Land leisten **Familienhebammen** oder auch andere Akteurinnen und Akteure - aber meistens sind es Akteurinnen - aus vergleichbaren Gesundheitsberufen sehr wertvolle Arbeit bei angehenden und sehr jungen Eltern. Dabei sieht allerdings die überwiegende Zahl der Kreise und kreisfreien Städte quantitativen Ausbaubedarf.

Fünftens. Fast flächendeckend sind **Ehrenamtliche** im Bereich der Frühen Hilfen tätig. Dabei sind die Familienpaten oder auch wellcome als Handlungsfelder der Frühen Hilfen die am häufigsten genannten Formen.

Bundesinitiative und Landesprogramm sollen sich zu einem gemeinsam abgestimmten Rahmen der Frühen Hilfen ergänzen. Daher sind eine neue Ausrichtung des Landesprogramms und eine neue Förderrichtlinie erarbeitet worden. Der Fokus liegt auf der Erreichung von Zielgruppen und einer Verbreitung des Angebots Früher Hilfen in die Fläche. Dazu soll - das macht deutlich, welchen Stellenwert der Bereich des Kinderschutzes hier im Land hat - die Zuwendung des Landes in Höhe von 30.000 €

(Ministerin Kristin Alheit)

für die Kreise und kreisfreien Städte auch weiterhin ausgebracht werden. So weit die zentralen Aussagen im ersten Teil unseres Kinderschutzberichtes!

Im zweiten Teil wird es um weitere Aspekte gehen, die die Fachkreise derzeit bewegen, so zum Beispiel das Thema der Qualitätsentwicklung im Kinderschutz. Dabei werden wir auch wieder eine externe Expertenkommission einberufen.

Für mich bestätigen die Eindrücke von dem Erstellungsprozess und auch jetzt von dem vorliegenden Bericht im Ergebnis, dass es eine sehr kluge Entscheidung war, dass das Kinderschutzgesetz von Anfang an eine Berichtspflicht vorgesehen hat. Denn nachhaltiger Kinderschutz muss Entwicklungen und Handlungsbedarfe immer wieder in den Blick nehmen. Kinderschutz darf nie bequem werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist dabei auf einem guten Weg und damit politisch und bundesweit Vorbild. Das Wohl der Kinder in unserem Land ist der Maßstab, an dem sich die Landesregierung messen lassen muss. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag zur Worterteilung: zunächst die CDU-Fraktion als stärkste Fraktion, da dem Bericht kein Landtagsbeschluss zugrunde liegt, und dann die Fraktionen nach Stärke. Damit hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann für die CDU-Fraktion das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihren Bericht, den Zweiten Landeskinderschutzbericht, Teil I - Frühe Hilfen. Die wichtigste Aufgabe einer Gesellschaft ist, die Zukunft zu sichern. In diesem Fall und zu diesem Thema möchte ich von der **Zukunft unserer Kinder** sprechen. Wir als Volksvertretung haben die Verpflichtung, hierzu **Rahmenbedingungen** und **Voraussetzungen** zu schaffen, damit Kinder und Jugendliche in angemessenem Umfang gut und gewaltfrei aufwachsen können. Zum großen Glück geschieht das in den allermeisten Fällen. Die meisten Eltern sorgen gut für das körperliche, geistige und seelische Wohl ihrer Kinder. Traurig für

uns alle ist, dass es immer wieder Vorfälle gibt, die uns alle erschüttern und zusammenzucken lassen und uns nach besseren und geeigneteren Lösungen und Schutzmöglichkeiten suchen lassen, um einer weiteren Kindeswohlgefährdung vorzubeugen oder ihr entgegenzuwirken. Unser Landeskinderschutzgesetz ist beispielhaft in der Bundesrepublik, und es hat auch mit den Impuls ausgelöst, dass es seit nunmehr eineinhalb Jahren ein Bundeskinderschutzgesetz gibt.

Neben den unterstützenden Angeboten, die bereits in der Schwangerschaft zugänglich gemacht werden, kümmert man sich in den ersten Lebensjahren beim **Projekt Frühe Hilfen** in Schleswig-Holstein um die Früherkennung von Belastungen und Risiken für das Kindeswohl und dadurch um die frühzeitige Unterstützung der Eltern in den ersten wichtigen Lebensjahren des Kindes.

Durch das Inkrafttreten des **Bundeskinderschutzgesetzes** gab und gibt es wichtige Impulse für die **Weiterentwicklung der Frühen Hilfen** bei uns. Besonders erwähnen möchte ich hier die Arbeit der Familienhebammen - es wurde eben schon erwähnt - und die damit verbundene spezielle Ausbildung durch den Landeshebammenverband Schleswig-Holstein. Die Arbeit der Familienhebammen konzentriert auf besonders belastete Familien. Sie unterstützen und beraten in Lotsenfunktion für weitergehende Hilfen.

Aktuell haben 69 ausgebildete und praktizierende **Familienhebammen** in Schleswig-Holstein Arbeit. Das ist nach Aussage der Kreise und kreisfreien Städte nicht ausreichend. Hier besteht weiterer Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf.

Eine weitere wichtige Säule im aktiven Kinderschutz ist das seit 1998 bestehende Programm **wellcome**, das ursprünglich von der Familienstätte in Norderstedt entwickelt worden ist. **Wellcome** hat zum Ziel, Familien gleich nach der Geburt durch praxisnahe Hilfestellungen, durch ehrenamtlich Tätige vor Ort im häuslichen Umfeld zu unterstützen und zu entlasten.

Besonders im Mittelpunkt und im Zentrum stehen hier Familien mit Mehrlingsgeburten und natürlich Alleinerziehende gleich nach der Geburt ihrer Kinder. Aktuell haben wir 21 **wellcome**-Standorte im Land, und insgesamt wird das Projekt durch circa 300 ehrenamtlich Tätige zum Wohle unser jungen Familien umgesetzt.

Besonders erwähnenswert sind neben **wellcome** auch die Einsätze der **Familienpaten**, die ebenfalls eine wichtige Rolle in Sachen vorbeugender Kin-

(Katja Rathje-Hoffmann)

derschutz spielen. Sie unterstützen Familien niedrigschwellig in den Erziehungskompetenzen und fördern die aktive Hilfe zur Selbsthilfe für den Fall, dass es zu Überforderungen und Belastungen bei diesen jungen Familien kommen kann. Unser Ziel muss sein, die Kooperationsbereitschaft zwischen den Beteiligten der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der sozialen Dienste in Bezug auf Kinderschutz und die Frühen Hilfen zu verbessern und zu optimieren; die Ministerin erwähnte es gerade.

Die jüngsten Vorfälle bei uns im Kreis Segeberg haben gezeigt, dass es trotz vermeintlich engmaschiger Kontrollen zu massiven und schlimmen Gefährdungen des Kindeswohls kommen kann. Umso mehr brauchen wir eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure zum Wohle unserer Kinder und deren Zukunft. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Gitta Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zügige Vorlage des Landeskinderschutzberichtes in dieser Legislaturperiode zeigt, dass im Sozialministerium wieder mit Herz und fachpolitischer Dynamik an der Verbesserung des Kinderschutzes in unserem Land gearbeitet wird. - Dafür der Sozialministerin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der **Staat** muss sich für das Schicksal von geschlagenen, misshandelten, gedemütigten und vernachlässigten Kindern verantwortlich fühlen. Er muss sein Wächteramt wahrnehmen, und er muss **präventiv wirkende Strukturen** aufbauen.

Der Bedarf ist groß. Das ist belegt durch die Verdoppelung der Inobhutnahmen auf inzwischen fast 2.000 Kinder und junge Menschen hier in Schleswig-Holstein pro Jahr, das ist belegt durch circa 200 Sorgerechtsentzüge pro Jahr, durch steigende Nachfragen an Hilfen bei den Kinderschutzzentren und anderes mehr. Hilfe tut not und - so der vorgelegte Kinderschutzbericht - findet auch im zunehmenden Maße statt. Eltern werden in Kursen der Familienbildung geschult, durch Familienhebammen begleitet, durch Familienpatinnen und mit

wellcome-Projekten entlastet und - wenn nötig - intensiv mit Hilfen zur Erziehung unterstützt.

All diese **Infrastruktur** ist gut und richtig. Mit der politischen Entscheidung in Schleswig-Holstein, ein **Landeskinderschutzgesetz** auf den Weg zu bringen und systematisch Frühe Hilfen auszubauen, wurde - und das zeigt auch dieser vorgelegte Bericht - ein Quantensprung im Kinderschutz erreicht. Darauf sind wir alle zusammen - und zwar fraktionsübergreifend - stolz.

Frühe Hilfen als lokale und regionale Hilfenetzwerke mit koordinierten Angeboten für Familien und ihre Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren sind ein entscheidender Grundstein für eine gesunde und positive Entwicklung. Damit lassen wir Familien mit ihren Rechten und Pflichten nicht allein, sondern übernehmen öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern.

Der Staat investiert, erwartet aber auch ein verantwortliches Miteinander von privatem, staatlichem und gesellschaftlichem Engagement, ohne jedoch die Eltern aus ihrer primären Verantwortung zu entlassen. Kinder - so unsere Überzeugung - haben ein Recht auf Hilfe, und zwar auf frühe Hilfe. Deshalb müssen Angebote leicht zugänglich sein, und sie müssen konzeptionell alle Zielgruppen erreichen.

Dies kann eine besondere **Herausforderung im ländlichen Raum** aufgrund langer Wege und auch mit Blick auf Familien sein, die ihre Tür eher verschlossen halten und keinen Einblick in möglicherweise problematische Lebensumstände ihrer Kinder zulassen. Ich begrüße daher, dass die Landesregierung diese Schwerpunkte in der Neukonzeption des Landesprogramms „Schutzengel“ vorsieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Schleswig-Holstein werden circa 22.000 Babys im Jahr geboren. Die allermeisten dieser Neugeborenen können und werden sich gut entwickeln. Dafür sorgen die Eltern, Verwandte, Bekannte, die Mitarbeiterinnen von Krippen- und Kita-Einrichtungen und ein gutes Umfeld.

Studien und Erfahren zeigen aber, dass bei einem Drittel dieser Säuglinge eine **fördernde Infrastruktur** für Eltern und Kinder wünschenswert und dass bei jedem zehnten Baby ein dichtes Netz an Hilfen zur Entwicklung und Risikominimierung zwingend erforderlich ist. Risiken für die Entwicklung müssen frühzeitig erkannt und eine Gefährdung vermieden werden. Eine fehlende Passung zwischen den elterlichen Möglichkeiten - warum auch immer - und erhöhten kindlichen Fürsorgebe-

(Dr. Gitta Trauernicht)

dingungen kann zu erschütternden Schicksalen führen. Davor verschließen wir die Augen nicht und tun auf Landesebene, was möglich ist.

Der Bericht zeigt: Wir sind in Schleswig-Holstein gut vorangekommen, aber längst noch nicht weit genug. Deshalb sind wir gefordert, den erreichten Stand des Kinderschutzes immer wieder kritisch zu reflektieren. Das sind wir den gefährdeten Kindern schuldig.

Ich begrüße daher, dass die Sozialministerin heute angekündigt hat, für den zweiten Teil des Landeskinderschutzberichts den im Landesgesetz vorgesehenen Beirat einzusetzen. Wir müssen weiter an einem besseren Kinderschutz arbeiten, mit Herz und Verstand und dem nötigen politischen Nachdruck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all dies macht einmal mehr deutlich, dass es besser ist, in Infrastruktur zu investieren, als Betreuungsgeld auszugeben. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Erdmann - wenn ich das jetzt richtig interpretiere.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darüber bin ich genauso verwundert wie Sie. Die Kollegin Marret Bohn ist leider erkrankt, und ich halte ihre Rede in Vertretung. Liebe Marret, gute Besserung - wenn du das jetzt hörst.

(Beifall)

Der Schutz von Kindern ist als Grundrecht in Artikel 6 im **Grundgesetz** verankert. Auch das Land Schleswig-Holstein bekräftigt in Artikel 6 a der **Landesverfassung** den **Schutz von Kindern** als öffentliche Aufgabe. Schutz beinhaltet immer auch Hilfe und Unterstützung. Hilfe ist umso effektiver, je früher sie ansetzt. Wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist, braucht man eigentlich eine ganze Feuerwehrmannschaft, um es wieder herauszubekommen.

Frühe Hilfen sollen die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern frühzeitig und nachhaltig verbessern. Neben alltagspraktischer Unterstützung gehört die Stärkung der Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern dazu. Frühe Hilfen unterstützen ein gesundes Aufwachsen von Kindern, und

das ist uns allen sehr wichtig. Um ein Kind aufzuziehen, braucht man ein ganzes Dorf, und mit Dörfern kennen wir uns in Schleswig-Holstein aus.

2008 trat - vielleicht auch deshalb - bei uns das erste **Landeskinderschutzgesetz** bundesweit in Kraft. Ziele waren eine Stärkung der Frühen Hilfen, eine bessere Vernetzung der Beteiligten vor Ort und niedrigschwellige Angebote für junge Familien. Gestärkt wurden auch bestehende Programme wie das gute Projekt - auch Sie haben schon darauf hingewiesen - wellcome und „Schutzengel“. Hinzu kam die modellhafte Erprobung von Familienhebammen.

Diese Ansatzpunkte waren und sind genau richtig. Der Erste Landeskinderschutzbericht 2010 zeichnete noch ein gemischtes Bild in der Umsetzung, aber aller Anfang ist schwer; das muss ja auch erst einmal anlaufen. Jetzt liegt uns der Zweite Kinderschutzbericht zum Schwerpunktthema Frühe Hilfen vor, und der ist gut.

Eines ist klar: Familie und Gesellschaft verändern sich, und dem müssen wir uns stellen. Großfamilien mit ihren gegenseitigen Unterstützungsstrukturen im Alltag gehören längst der Vergangenheit an. Frühe Hilfen setzen nicht zuletzt auch hier an. Besonders wichtig sind Angebote, die sie an werdende und junge Eltern richten. Da kommt es häufiger einmal zu alltäglichen Stresssituationen, mit denen man vorher vielleicht gar nicht so gerechnet hat und auf die man nicht vorbereitet war. Frühe Hilfen greifen auch bei Familien in Problemlagen.

Es geht darum, Risiken für das Wohl und die Entwicklung der Kinder frühzeitig wahrzunehmen, und es geht darum, dass diese Risiken abgewendet werden. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass das auf tragische Weise nicht für alle Kinder gelingt. Aber auch für diese schlimmen Fälle regeln die Frühen Hilfen dann, dass konkrete Maßnahmen zum Schutz der Kinder ergriffen werden.

Anfang 2012 ist endlich das **Bundeskinderschutzgesetz** in Kraft getreten. Das war mehr als überfällig. Zum Glück haben die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss den Entwurf der Bundesregierung deutlich nachbessern können. Dadurch hat das Bundeskinderschutzgesetz sinnvolle Impulse für den Schutz von Kindern setzen können.

Berufsgeheimnisträger, zum Beispiel **Kinderärzte**, müssen in Verdachtsfällen abgestimmte Verfahrensschritte befolgen, bevor sie ihren Verdacht dem Jugendamt melden. Sie erhalten Hilfe und Beratung im Umgang mit diesen Verdachtsfällen. Das halte ich für einen ganz wichtigen und aktuellen Punkt.

(Anke Erdmann)

Die Sensibilität in der Gesellschaft steigt, aber bei der Frage, wie man sich im konkreten Fall verhalten soll, da braucht man einfach professionelle Beratung.

Auch **Beratungsleistungen** für Kinder, Eltern sowie für diverse weitere Berufsgruppen sind ausgebaut und **Kooperationspflichten** erweitert worden. Die Jugendämter müssen ein Qualitätsmanagement in der Jugendhilfe sicherstellen. Das sind ambitionierte Vorgaben, und wir befinden uns erst am Anfang ihrer Umsetzung. Trotzdem hat Schleswig-Holstein seit 2008 einen kleinen und hausgemachten Vorsprung.

Die Aufgaben des Bundeskinderschutzgesetzes sind zum Glück mit Geldern unterlegt. Das ist wichtig, sonst wäre das Gesetz ein zahnloser Tiger geworden. Die Verteilung orientiert sich am Königsteiner Schlüssel, Schleswig-Holstein erhält rund 1,3 Millionen € pro Jahr für konkrete Maßnahmen und Projekte sowie eine Koordinierungsstelle auf Landesebene. Gerade die Koordinierung scheint in diesem Bereich eine ganz besondere Bedeutung zu haben.

Wir sind in Schleswig-Holstein also auf einem guten Weg. Gehen wir auf diesem Weg wie bisher weiter voran!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte auch ich der Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Zweiten Landeskinderschutzbericht danken. Ich betone, dass auch wir es für sinnvoll halten, dass der Bericht in zwei Teile gegliedert wurde, weil das deutlich macht, dass er sich dieses Mal in erster Linie mit den Strukturen beschäftigt und aufzeigt, was wir an Institutionen benötigen und was wir schon haben. An der Stelle fällt auf, dass die Forderung aufgegriffen wird, dass wir eine Landeskoordinationsstelle brauchen. Sie haben ja - wie ich es dem Bericht entnommen habe - derzeit eine Kraft mit 25 Stunden die Woche, deren Stundenzahl noch aufgestockt werden soll, beziehungsweise es soll eine zweite Kraft dazukommen. Das sind

genau die Signale, die wir brauchen, die wir an die Menschen aussenden müssen.

Ich bin auch besonders froh darüber, dass wir uns bei diesem wichtigen sozialpolitischen Thema fraktionsübergreifend einig sind, dass wir den Eltern, den Familien, den Erziehenden und insbesondere den Kindern unsere Aufmerksamkeit widmen müssen, und das mehr als in der Vergangenheit.

(Vereinzelter Beifall)

Eines möchte ich auch als Mutter deutlich sagen: Ich habe selber erlebt, dass man durch die Geburt eines Kindes nicht automatisch die notwendigen **Erziehungskompetenzen** für alle Situationen des Lebens mitbekommt. Ich hätte mir - das sage ich an dieser Stelle ganz ehrlich, ich sehe die Kollegin Anke Erdmann schmunzeln, die sich da wohl auch wiederfindet - manchmal gewünscht zu wissen, wen ich mal eben anrufen und um Hilfe und Unterstützung bitten kann und ob das alles richtig ist, was ich tue.

Auch die Kollegin Trauernicht hat es ausgeführt: Viele **Familien** haben **Unterstützung**, aber es gibt eben auch die wenigen, die diese nicht haben, und dafür sind wir als Gesellschaft verantwortlich. Ich bin sehr froh, dass es Initiativen und Projekte wie „wellcome“ und „Schutzengel“ in Flensburg gibt. Das sind die richtigen Schritte. Es sind Ehrenamtler, die das auf den Weg gebracht haben. Es ist mein Appell an uns alle, dass wir diese **ehrenamtlichen Strukturen** nicht zerschlagen, wenn wir feststellen, dass wir Hauptamtlichkeit brauchen, wenn wir feststellen, dass wir dort mehr hingucken müssen. Das ist für mich ein ganz wichtiges Moment.

Was wir auch immer wieder hören, ist, dass es nicht nur um **Erziehungskompetenzen** geht, wenn ich Mutter werde, wenn ich Vater werde. Es gibt auch viele **rechtliche Fragen**, die man geklärt haben möchte. Unser Leben ist nicht einfacher geworden. Elternschutzzeiten, Mutterschutzzeiten, Gelder, die es in diesem Zusammenhang gibt, man muss wissen, wo man diese beantragt, man muss wissen, wo man Hilfen bekommt, wenn man nicht mehr über das notwendige Einkommen verfügt, wenn der Haushalt knapp bei Kasse werden könnte. All das kann innerhalb der Strukturen, die verbessert werden, helfend und unterstützend angeboten werden.

Aber nicht nur ältere Frauen, sondern auch Teenager bekommen Kinder. Die Förderung der **Teengermütter** ist mir ein besonderes Anliegen, da gerade sie Hilfe brauchen. Einige kommen aus prekären familiären Lagen und erfahren keinerlei Unterstützung, wenn es um die Frage geht, wie man mit

(Anita Klahn)

seinem Kind umgeht. Dass ein Kind in Situationen geraten kann, die nicht schön sind, haben wir leider erlebt. Ich will aber nicht die Teenagermütter generell unter Verdacht stellen; das betrifft auch andere **Familiengruppen** und zieht sich durch alle Bildungsschichten. Wir können nicht sagen, dass es eine besondere Gruppe sei, die mit Kindern, mit Erziehung ein Problem hat. Auch insoweit sollten wir offen sein und genau hinschauen.

Von daher sind die **lokalen Netzwerke** der richtige Ansatz. Es ist notwendig, ein niedrigschwelliges Angebot zu gewährleisten. Ich muss an dieser Stelle auch erwähnen, dass die Schwangerschaftsberatungsstellen inzwischen - glücklicherweise - in dieses Netzwerk eingebunden sind. Das ist ein wesentlicher Schritt.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir den beteiligten Kommunen, Städten und Kreisen 30.000 € pro Jahr zur Verfügung stellen. Jetzt könnte man gleich wieder sagen, das alles sei zu wenig; ich denke, es ist ein erster, richtiger Schritt. Man kann im Zusammenhang mit dem Geld, das wir vom Bund bekommen, nicht - nicht einmal ansatzweise - von einem „zahnlosen Tiger“ sprechen. Frau Kollegin Erdmann, ich würde mich freuen, wenn Sie nicht versuchen würden, mit solchen Formulierungen Kritik zu üben.

Sie schauen mich schon wieder so fragend an, Frau Erdmann.

(Heiterkeit)

- Anke und ich verstehen uns eigentlich ganz gut.

(Heiterkeit)

Ich muss es an dieser Stelle wiederholen: Sie haben in Ihrem Redebeitrag vom „zahnlosen Tiger“ gesprochen und damit Ihre Kritik am Bundeskinderschutzgesetz zum Ausdruck gebracht. Anschließend sagten Sie jedoch: Na ja, wir haben immerhin 1,3 Millionen € bekommen. Das ist nicht wenig. - Das ist mit einem Beigeschmack verbunden, der bei diesem Thema einfach nicht dazugehört.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Klahn, Frau Abgeordnete Erdmann hat das Bedürfnis, eine Zwischenfrage zu stellen.

Anita Klahn [FDP]:

Ich glaube, sie möchte es mir jetzt erklären.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich möchte eine Zwischenbemerkung machen. Frau Klahn, ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, dass ich die Rede in Vertretung vorgetragen habe - das habe ich auch gesagt -, was immer eine besondere Situation ist. Deswegen kann ich mit Ihnen nicht so intensiv in die inhaltliche Debatte einsteigen. Ich habe den Text vor mir und trage noch einmal die Formulierung vor, die Frau Kollegin Bohn vorgeschlagen hat:

„Die Aufgaben des Bundeskinderschutzgesetzes sind zum Glück mit Geldern unterlegt. Das ist wichtig; sonst wäre das Gesetz ein zahnloser Tiger gewesen.“

„Sonst“! Vielleicht habe ich nicht gut genug vorgelesen. Das ist jedenfalls das Gegenteil dessen, was Sie gerade beschreiben.

- Das war gerade mein Appell. Der kleine Nachsatz hätte an dieser Stelle wegbleiben können, weil er dort nicht hingehört und der Sache nicht dienlich ist. An dieser Stelle bemühen wir uns wirklich alle gemeinsam um eine sachliche, faire Diskussion - im Interesse der Familien, der Erziehenden, der Kinder. Mehr war es nicht, liebe Frau Kollegin.

Meine Damen und Herren, der Bericht stellt zutreffend dar, dass die präventiven Angebote aus dem Spektrum der Frühen Hilfen nicht mehr wie bisher greifen und andere Hilfen zur Erziehung notwendig sind. Ich habe versucht, das, was nicht im Fokus des Berichts steht, mit eigenen Worten kurz darzustellen.

Wir sind froh und glücklich darüber, dass die CDU-FDP-Regierung in Berlin das Bundeskinderschutzgesetz auf den Weg gebracht hat und wir Gelder gefunden haben, um Familienhebammen zu fördern. Ich bin mir sicher, dass das Land Schleswig-Holstein insoweit weiterhin eine Vorreiterrolle spielen wird - zugunsten der Familien und Kinder. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vielen Dank für den guten Bericht. Ich teile die Auffassung, dass es gut ist, das Thema,

(Wolfgang Dudda)

das uns bewegt, in zwei Teilen anzugehen. Schon vor 34 Jahren hat es die Liedermacherin Bettina Wegner in ihrem Lied „Kinder (Sind so kleine Hände)“ so schön wie seitdem niemand mehr auf den Punkt gebracht. Ich weiß nicht, wer es kennt; ich erlaube mir, daraus die letzten zwei Strophen zu zitieren:

„Ist so'n kleines Rückgrat, sieht man fast noch nicht.

Darf man niemals beugen, weil es sonst zerbricht.

Grade, klare Menschen wär'n ein schönes Ziel.

Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zu viel.“

Das Ziel wollen wir erreichen. Wir müssen gerade Menschen erreichen.

Frau Kollegin Trauernicht, Sie haben die furchtbar hohen Zahlen der Inobhutnahmen genannt. Ein Drittel der **Neugeborenen** - wir sprechen von über 7.000 - brauchen dringend **Hilfe**. Die Zahl darf nicht so hoch sein. Eine Gesellschaft, die sich so intensiv kümmern muss, muss sich selbst hinterfragen. Auch wegen des durch die Gesellschaft gehenden Bruchs zwischen Arm und Reich und der damit für einige verbundenen geringeren Teilhabemöglichkeiten muss der Staat einspringen, wenn das Wohl von Kindern und Jugendlichen gefährdet ist.

(Beifall PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund mischt sich der Staat ein; Kollegin Erdmann hat es schon gesagt hat. Ich zitiere **Artikel 6 des Grundgesetzes**:

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

An dieser Stelle wird das **Spannungsfeld** deutlich, in dem wir uns bewegen: Einerseits gilt Artikel 6 unseres Grundgesetzes zunächst uneingeschränkt; andererseits wird die Betätigung von der staatlichen Gemeinschaft, also von uns, eingeschränkt.

Aber wann haben wir als **Gemeinschaft** die Pflicht, tätig zu werden? Wann kommen die Jugendämter auf den Plan und die Netzwerke, die für die Sicherheit und den Schutz der Kleinen und Schwachen in unserer Gesellschaft zuständig sind, wenn die **Eltern** es nicht können, wenn sie mit der großen Aufgabe, Kinder zu erziehen und beschützt aufwachsen zu lassen, nicht fertig werden, wenn die Verantwortung die Möglichkeiten übersteigt?

Wir haben es beim **Kinderschutzfall** in **Bad Segeberg** gesehen: Eher zufällig wurde das Kind aus einer schlimmen Situation gerettet, obwohl die Familie dem Jugendamt bekannt war und seit mehreren Jahren eine Begleitung lief.

Wir haben im Sozialausschuss rasch festgestellt, dass Schuldzuweisungen und die Suche nach Defiziten an dieser Stelle allein nicht zielführend sind. Die Frage, die sich auch das zuständige Jugendamt während der Zeit der Familienbegleitung immer wieder gestellt hat, war die eingangs von mir beschriebene: Wo muss staatlich eingegriffen werden? Wie lange haben die Eltern die Pflicht und das Recht, das Kind allein und unbegleitet zu betreuen? Wann muss der Staat den Eltern das Recht absprechen, für das Kind allein zu sorgen, damit dem Kind nichts Schlimmes geschieht? Wie lange kann, wie lange darf, wie lange muss gewartet werden, bevor der Staat eingreift?

Der nun vorliegende Bericht zeigt sehr deutlich auf, worum es in diesen Fällen geht: um Frühe Hilfen zum Schutz des Kindes, angefangen bei der Schwangerschaft über die die Geburt begleitenden Hebammen bis hin zu koordinierten Unterstützungsangeboten für den Fall, dass familiäre Belastungen und Risiken früh erkannt werden. Bei den **Frühen Hilfen** handelt es sich im Besonderen um Angebote an Eltern von Kindern bis drei Jahren. Wichtig und sinnvoll erscheint das für das Jahr 2013 beschriebene Ziel, Beratung und Zugang zu Unterstützung niedrigschwellig anzubieten, dort nämlich, wo die Familien sich in aller Regel ohnehin bereits einen Zugang geschaffen haben: in Kitas, Familienbildungsstätten, Beratungsstellen und ähnlichen Einrichtungen.

Das alles ist sehr gut und lobenswert. Allerdings stellt der Bericht auch dar, dass das Spektrum der **Angebote** und deren **Vernetzung** regional nicht gleichmäßig ausgebaut sind. Insoweit herrscht - das besagt der Bericht auch - deutlicher Nachholbedarf. Uneinheitlichkeit, mangelnde Vergleichbarkeit und Lücken in der Vernetzung stellen ein Problem dar. Ein Netzwerk ist mit Personal auszustatten; das ist eine weitere Baustelle, um die wir uns kümmern müssen. Es reicht nicht, Personal einzustellen, sondern man muss ihm auch Möglichkeiten für regelmäßige und gezielte Weiterbildung geben.

Der Bericht gibt sich selbst die entscheidenden Fragen auf, die wir im Bereich Früher Hilfen beantworten müssen.

Zum einen müssen wir klären, welche Strukturen und Methoden am besten geeignet sind, um Frühe

(Wolfgang Dudda)

Hilfen zu leisten. Die von Ihnen, Frau Ministerin, genannte Expertenkommission ist ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, damit wir im Rahmen einer Analyse feststellen, wo Defizite sind. Zum anderen müssen wir die Strukturen des Netzwerks noch enger stricken und die Kooperationen weiter optimieren, damit wir den Eltern so helfen können, dass sie ihre Rechte und Pflichten im Rahmen der Kindererziehung wahrnehmen und ihre Kinder ohne staatliches Eingreifen zu geraden, klaren Menschen erziehen können, die wir doch brauchen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich für den Ersten Teil des Berichts bedanken. In einem Punkt sind wir alle uns wohl einig: Kaum eine Aufgabe ist wichtiger als der Schutz von Kindern vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Kein Zweifel: Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, wenn es um den Schutz der Jüngsten in unserer Gesellschaft geht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Mehr noch: Wie in dem Bericht angedeutet, ist ein funktionierendes **Unterstützungs- und Beratungssystem** eine interdisziplinäre Herausforderung für Politik, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und viele weitere Akteure. Ich möchte deshalb für den SSW einen Dank an die vielen in diesem Bereich tätigen Menschen aussprechen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, der Beratungsstellen, und des Gesundheitswesens und ohne das Engagement der Familienhebammen stünden wir mit Sicherheit nicht dort, wo wir heute stehen.

Aus Sicht des SSW ist es selbstverständlich und trotzdem erfreulich, dass beim Thema Kinderschutz in Schleswig-Holstein weitgehend Konsens über alle Parteigrenzen hinweg herrscht. Denn die Tatsache, dass nicht alle Eltern in der Lage oder willens sind, ihren Kindern das zu geben, was sie brauchen, führt ganz einfach zur Verantwortung der Gesell-

schaft für ihre Kinder und die Jugendlichen. Für parteipolitisches Taktieren oder gar Profilieren ist hier überhaupt kein Platz. Es ist schön, dass dies auch von allen so gesehen wird.

Dass der **Bedarf an Beratung, Unterstützung und Hilfe** unverändert groß ist, zeigen nicht nur die immer wiederkehrenden Fälle von mehr oder weniger grober Vernachlässigung oder sogar Misshandlung. Auch die große Nachfrage in den Kinderschutzzentren unseres Landes belegt es eindeutig. Es sind nun einmal nicht alle Eltern ihren erzieherischen Aufgaben gewachsen. Kinderschutz bleibt extrem wichtig. Natürlich tragen Landeskinderschutzgesetz und Kinderrechte in der Verfassung dieser Tatsache Rechnung. Ich denke, dass trotzdem klar gesagt werden muss, dass am Wohl der Kinder und Jugendlichen nicht gespart werden darf. Sie zu schützen ist eine Daueraufgabe. Wir handeln dementsprechend.

Der aktuelle Landeskinderschutzbericht bestätigt in meinen Augen zwar, dass sich Schleswig-Holstein bei diesem Thema nicht verstecken muss. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass es hier unverändert viel zu tun gibt. In erster Linie ist es erfreulich, dass der Bund in angemessener Form zu seiner Verantwortung steht: Was in der 16. Legislaturperiode durch das **Landeskinderschutzgesetz** begonnen wurde, wird mit der geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern konsequent weitergeführt. Wie Sie wissen, stehen mit der „Bundesinitiative Netzwerke Früher Hilfen und Familienhebammen“ in diesem Jahr 30 Millionen € und in den Folgejahren 45 Millionen beziehungsweise 51 Millionen € bundesweit zur Verbesserung des Kinderschutzes zur Verfügung.

Die rot-grün-blaue Koalition meint es ernst mit einem wirklich effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die **Verwaltungsvereinbarung** bietet hierfür erhebliche Spielräume und Chancen. Wir wollen sie entschlossen nutzen und die vorhandenen Angebote des Kinderschutzbundes, der Kinderschutzzentren, des Landesprogramms „Schutzengel“, der Frühen Hilfen und der Familienbildungsstätten deutlich stärken. Wir wollen die Angebote der Kinderschutzzentren und der Netzwerkarbeit in allen Kreisen und kreisfreien Städten verfügbar machen und die Frühen Hilfen ausbauen. Daneben ist es uns wichtig, dass auch Familienhebammen flächendeckend eingesetzt werden, damit sie ihre wertvolle Arbeit überall im Land leisten können.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

(Flemming Meyer)

Diese Schwerpunkte sind wichtig. Denn ein wirklich effektiver Kinderschutz fordert weitergehende Maßnahmen als reine Beratung. Hierfür brauchen wir ganz konkrete Hilfen für Eltern und Kinder und eine systematische Sozialarbeit. Wie Sie sehen, sind wir hier weit über die bloßen Ankündigungen hinaus. Der Blick über die im Bericht dargestellten aktuellen Förderschwerpunkte in den Kommunen zeigt es: Es wird längst an Verbesserungen in diesem Bereich gearbeitet. Diese Arbeit werden wir tatkräftig unterstützen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/626

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur durch einen Hinweis habe ich zufällig erfahren, dass diese Landesregierung bei der **Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen** eine **flächendeckende Videoüberwachung aller Zugwaggons** fordert. Erstmals hat diese Praxis unter der Großen Koalition Einzug erhalten. Dann wurde sie unter der schwarz-gelben Regierung fortgesetzt und soll nun auch von der rot-grün-blauen Regierung fortgeführt werden. Das führt dazu, dass schrittweise alle Fahrgäste in Schleswig-Holsteins Zügen überwacht werden sollen. Das ist für uns völlig inakzeptabel.

Wir Bürger haben auch in der Bahn einen Anspruch darauf, nicht tagtäglich dabei gefilmt zu werden, wie wir unseren Ehepartner verabschieden, wie wir Geschäftsunterlagen bearbeiten oder wenn wir unseren PIN in das Smartphone eingeben. Diese totale

Dauerüberwachung verletzt unser Persönlichkeitsrecht und ist illegal.

(Beifall PIRATEN)

Sie wollen, dass nur noch Menschen, die sich ein eigenes Auto leisten können oder mit dem Dienstwagen zur Arbeit fahren, vor täglicher Überwachung geschützt sein sollen, Herr Minister. Da machen wir PIRATEN nicht mit. Weil der Innenminister genau weiß, dass Videoüberwachung ein bloßes Sicherheitsplacebo ist, hat er uns in der letzten Aussprache versprochen, dass eine **Einzelfallentscheidung** anhand der konkreten Situation vor Ort erfolgen soll. Welche Einzelfallentscheidung führt Sie denn jetzt dazu, den gesamten Bahnverkehr videozuüberwachen? Was soll das denn für ein Kriminalitätsschwerpunkt sein, wenn von 3.800 Gewaltdelikten in Schleswig-Holstein pro Jahr ganze vier in der Bahn begangen werden? Da ist doch vor jeder Kneipe mehr los.

Laut Forsa fühlen sich 94 % der Schleswig-Holsteiner in öffentlichen Verkehrsmitteln sicher. Das ist heute schon so. Sie fordern in erster Linie mehr ansprechbares Personal und nicht mehr Überwachung. Auch ein gemeinsames Positionspapier von Verkehrsverbänden, Verkehrsunternehmen, Polizeigewerkschaften und Fahrgastverbänden fordert nicht etwa mehr **Videoüberwachung**, sondern **lokale Sicherheitspartnerschaften**, eine bessere Personalpräsenz und gesellschaftliche Präventionsprojekte. Was machen Sie, die Kollegen von der SPD? Wenn ein Landesparteitag ansteht, auf dem ein Antrag gegen Videoüberwachung auf der Tagesordnung steht, twittert Herr Dr. Stegner, eine Ausweitung der Videoüberwachung sei überflüssig. Kaum ist der Landesparteitag vorbei und der Antrag abserviert, treiben Sie Ihre Pläne zur Überwachung weiter voran, und alles ist vergessen.

Das bezieht sich nicht nur auf den Zugverkehr. Es geht weiter. Die staatliche Bahngesellschaft AKN überwachte ihre Fahrgäste schon, als sie noch nicht vertraglich dazu verpflichtet war. Die staatlichen Hochschulen in diesem Land überwachen ihre Studentinnen und Studenten mit über 100 Kameras hierzulande.

(Zuruf PIRATEN: Unglaublich!)

150 Polizeifahrzeuge wollen Sie mit Videoüberwachungssystemen ausstatten, die automatisch anspringen sollen, wenn der Wagen anhält. Und bei der Innenministerkonferenz stimmt der Innenminister einem Plan zu, Dutzende weiterer Bahnhöfe in Deutschland unter Videoüberwachung zu stellen. Schließlich war die letzte Horrormeldung: Die

(Dr. Patrick Breyer)

Bahn will mithilfe von Überwachungsdrohnen Fahrgäste überwachen, ob sie Straftaten begehen. Da frage ich mich doch: Bin ich im falschen Film? Ich meine, am 8. Juni jährt sich die Veröffentlichung des Buches „1984“. Das war aber nicht als Regierungsprogramm gedacht, meine Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN)

Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, kann sich nicht mehr unbefangen und mutig für seine Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Durch Ihre **Überwachungspolitik** entsteht doch allmählich eine **unkritische Konsumgesellschaft** von Menschen, die nichts zu verbergen haben und im Namen der Sicherheit ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich fordere Sie deswegen auf: Heben Sie sofort alle vertraglich vereinbarten Überwachungsklauseln mit Bahnunternehmen auf, und sorgen Sie dafür, dass diese Kameras abgebaut werden! Geben Sie endlich eine unabhängige **Untersuchung der Auswirkungen von Videoüberwachungen** in Auftrag, bevor Sie weiter an der Überwachungsschraube drehen! Und folgen Sie nicht der Überwachungslogik der Bundeskanzlerin, die einmal zur Videoüberwachung sagte: „Das sind Dinge, über die darf man nicht diskutieren, die muss man einfach machen!“

Wir PIRATEN kämpfen gegen jede anlasslose, massenhafte, automatisierte und flächendeckende Überwachung der Bürger. Eines sage ich dazu: Einer Regierung, die ihren Bürgern ein pauschales Misstrauen entgegenbringt, sollten wir Bürger selbst nicht vertrauen. - Danke.

(Beifall PIRATEN - Hans-Jörn Arp [CDU]:
Bei Handwerkern ist das anders?)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal mehr haben wir das Thema Videoüberwachung auf der Tagesordnung, und dieses Mal sind es nicht die Bahnhöfe - Herr Breyer ist einen Schritt weiter -, dieses Mal sind es die Züge. Entgegen dem Eindruck, den die Überschrift des Antrages vielleicht zunächst erwecken könnte, geht es nicht um die Frage: Wollen wir eine lückenlose - wie im-

mer man lückenlos definiert - Videoüberwachung in Zügen? Sie fordern ein generelles **Verbot von Videoüberwachung** in künftigen Ausschreibungen.

Wenn sich die PIRATEN auf diese Position festgelegt haben - ich halte es für völlig falsch, aber Sie können das ja machen -, frage ich mich, warum fordern Sie in Ihrem Antrag noch eine **wissenschaftliche Untersuchung**? Aber wie so oft in Anträgen des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der PIRATEN ist es so: In der Begründung wird die letztendliche Weisheit verkündet.

Wenn man aber einen Blick auf die von Ihnen angegebenen Quellen wirft, von anderen Untersuchungen ganz zu schweigen, zeigt sich einmal mehr, dass Sie sich Versatzstücke aus Untersuchungen herausuchen und diese so lange miteinander kombinieren, bis es Ihrem Weltbild oder Ihrem Antrag entspricht. Wir kennen diese Methodik schon aus den verschiedensten Diskussionen, die wir mit Ihnen geführt haben. Ihrem eigenen Anspruch an Transparenz werden Sie nach meiner Auffassung damit nicht gerecht. Sie vertrauen einfach darauf, dass schon keiner so genau nachschauen wird, wenn Sie nur ausreichend vermeintliche Belege anführen.

Kommen wir nun zur Realität: Das **Sicherheitsgefühl der Fahrgäste** wird sehr wohl durch eine **Videoüberwachung** gesteigert. Dies bestätigt unter anderem gerade die von Ihnen genannte Erhebung der Berliner Verkehrsbetriebe. Deshalb hat im Übrigen ja auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Schienenpersonennahverkehr in ihren Empfehlungen für die Anforderungen an Fahrzeuge in Vergabeverfahren festgestellt, dass Videoüberwachung mit Ringspeicher je Fahrzeug heute weitgehend Standard ist. Mögliche Täter lassen sich durch die Kenntnis von Videoüberwachung von Straftaten abhalten. Wichtig ist, dass die Videoüberwachung offen erfolgt und deutlich erkennbar ist.

Die Möglichkeit der **Verfolgung von Straftaten** wird erhöht. Die Berliner Verkehrsbetriebe beispielsweise verzeichnen mit der Zunahme der Videoüberwachung auch eine Zunahme von Anfragen der Polizeibehörden zur Herausgabe von Videomaterial zur Aufklärung von Straftaten.

Fahrgäste erwarten zu Recht ein hohes Maß an **Sicherheit**. Denn nur, wer sich sicher fühlt, benutzt den ÖPNV. Natürlich gehören dazu auch die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Sicherheitspersonal, also der Zugbegleiter, Sicherheitspersonal an Bahnhöfen oder Maßnahmen wie zum Beispiel die kos-

(Dr. Axel Bernstein)

tenlose Beförderung von Polizeibeamten. Ausdrücklich falsch ist es jedoch, hier den Eindruck zu erwecken, als würden durch den Einsatz von Videoüberwachungstechnik Mittel verbraucht, die man alternativ in mehr Sicherheitspersonal investieren könnte. Das Gegenteil ist richtig. Ein Zugführer, der alleine für Sicherheit und Ordnung in einem Regionalzug verantwortlich ist, ist darauf angewiesen, eine Videoüberwachungsanlage in seinem Fahrzeug zu haben.

Ebenso falsch ist doch das Szenario, als würden SMS oder Passwörter von Videoüberwachungen mitgelesen. Nach Auskunft der Bahnunternehmen im Lande sind die Anlagen dazu überhaupt nicht ausgelegt. Sie sollten vielleicht nicht jede Vorabendserie für bare Münze nehmen, in der die Kommissare in ihrem Designerbüro die wundermächtige Software auspacken und aus wenigen grauen Pixeln ein scharfes Portrait eines Verdächtigen herausfiltern.

Lassen Sie mich noch ein, zwei weitere Absonderlichkeiten des PIRATEN-Antrags herausgreifen:

„Unter Videoüberwachung vermeiden Menschen unbefangene, kreative, individuelle Verhaltensweisen, um nicht aufzufallen. Dadurch droht zunehmend eine gleichförmige Gesellschaft zu entstehen.“

Nun stehen wir hier im Plenarsaal ja quasi auch unter Videoüberwachung, und mit Blick auf die bisherige Performance der Piratenfraktion könnte man fast glauben, da ist etwas dran, dass Kreativität und Individualität ein bisschen leiden.

Aber einmal ganz im Ernst: Wir reden hier über den Zugverkehr in Schleswig-Holstein. Jetzt bin ich vielleicht ein wenig fantasielos, aber mir fallen nicht besonders viele kreative oder individuelle Verhaltensweisen ein, die man angemessen in einem Nahverkehrszug an den Tag legen könnte und die durch Videoüberwachung unterdrückt werden. Gut, vielleicht haben da andere mehr Ideen, ich nehme das gern auf meine Kappe, dass ich an der Stelle etwas fantasielos bin. Wenn Sie aber unter **Kreativität und Individualität** die spontane Veränderung der Inneneinrichtung der Züge meinen, sind wir schon der Auffassung, dass man derartige Formen der Kreativität am eigenen Eigentum ausleben sollte.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Abschließend möchte ich die seltene Gelegenheit nutzen und noch einmal ein Lob an Innenminister Breitner aussprechen, der laut Pressebericht vom

Montag oder Dienstag offenbar mit seinem Berliner Kollegen Friedrich einig ist, dass Videoüberwachung an Bahnhöfen - um noch einmal auf das Thema der letzten Beratung zurückzukommen - ein wichtiger Baustein für Sicherheit sein kann und angemessen auch in Kiel offenbar ausgebaut werden darf. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist so ein richtiger PIRATEN-Antrag. Wer Vorbehalte gegen eine **flächendeckende Videoüberwachung in Zügen** hat, muss nicht unbedingt ins Extrem verfallen und jede Möglichkeit der Überwachung für immer und alle Zeiten ausschließen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Videoüberwachung kann dazu beitragen, Straftaten zu verhindern, sie kann auch dazu beitragen, Gefahren frühzeitig zu erkennen, sie kann das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen. Das hängt von den Gegebenheiten, von den konkreten Umständen ab.

Man sollte nicht dem Irrtum verfallen, dass Videoüberwachung allein vor Risiken schützt, ebenso wenig wie dem Irrtum, dass individuelle und gesellschaftliche Freiheit allein davon abhängt, ob der öffentliche Personennahverkehr mit Videoüberwachung ausgestattet ist.

Meine Damen, meine Herren, wir haben im Januar eine sehr ähnliche Diskussion hier im Landtag geführt, als es, ebenfalls auf Antrag der PIRATEN, um die **Videoüberwachung an Bahnhöfen** ging. Das ist, wie ich durchaus verstanden habe, ein ganz anderes Thema. Was sich jedoch ähnelt, ist der Dogmatismus, mit dem dieses diskutiert wird. Genau das halte ich für problematisch.

Innenminister Breitner sagte damals: Will man per Videoüberwachung Straftaten verhindern oder Gefahren rechtzeitig erkennen, muss das Geschehen live von geschultem Personal am Monitor beobachtet werden. Die Kamera liefert nur die Bilder, sie springt weder herunter, greift ein, schlägt Alarm noch benachrichtigt sie die Polizei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

(Kai Vogel)

Man sollte sehr klar auch die Beschränkungen sehen, denen die Überwachung per Video unterliegt. Dennoch überwiegen nach unserer Auffassung die Vorteile.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meiner Auffassung nach verbieten sich pauschale Extrempositionen und ideologische Debatten zu diesem Thema. Videoüberwachung ist zwar kein Allheilmittel zur Kriminalitätsbekämpfung, kann jedoch im Einzelfall im Hinblick auf die konkrete Situation unverzichtbar sein.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer zu?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gerne, ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Vogel, können Sie sich eine pauschalere Extremposition als die Überwachung sämtlicher Wagen flächendeckend vorstellen? Meine zweite Frage ist: Wer schaut bei Videobändern, die in Zügen aufgezeichnet werden, live zu und kann einschreiten, wenn er vielleicht am Steuer sitzt?

Kai Vogel [SPD]:

Das habe ich doch bereits gesagt, dass das nicht der Fall ist, dass das passiert. Es geht auf der einen Seite um das **subjektive Sicherheitsempfinden**, und auf der anderen Seite ist selbst eine flächendeckende Videoüberwachung in den Zügen letztendlich nicht realistisch. Aber die Tatsache, in den Zügen Videoüberwachung zu installieren, führt zu einem deutlich erhöhten Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Das ist uns sehr wichtig, und deshalb wollen wir nicht darauf verzichten.

(Beifall SPD)

Von daher finden wir es wichtig und richtig, dass das Land Schleswig-Holstein die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft LVS beauftragt hat, dieses umzusetzen. Im Rahmen der letzten beiden Vergabeverfahren von Schienenpersonennahverkehrsleistungen in den Bereichen Netz Mitte und Netz Nord wurde eine Ausrüstung der Fahrzeuge mit Video-

überwachung gefordert. Ein Ziel dieser Vorgabe ist, das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu steigern.

„Freiheit verlangt Sicherheit. Wer sich nicht sicher fühlt, wird sich auch nie frei bewegen können.“

Das sagte meine Kollegin Lange am 25. Januar hier im Landtag. Ebenso konstatierte sie:

„Hinschauen statt Wegschauen ist immer noch die beste Prävention.“

Wenn wir das durch geeignete Technologien unterstützen können, sollten wir das positiv begleiten, statt pauschal zu behaupten, Videoüberwachung sei kein geeignetes Mittel, um Straftaten zu verhindern.

Videoüberwachung kann immer nur ein **Teil** eines vernünftigen **Sicherheitskonzepts** sein. Eine Haltung des Hinschauens, wie von meiner Kollegin Simone Lange gefordert, gutes, geschultes Personal an Bord der Züge, eine Ausleuchtung, die Angsträume reduziert, und weitere Maßnahmen können und müssen hinzukommen.

Eine ideologische Diskussion darüber, die sich im Austausch von Extrempositionen ergeht, machen wir nicht mit.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass es die Möglichkeit gibt, in Zügen in Schleswig-Holstein Videoüberwachung einzusetzen. In welchem Umfang, mit welcher Ausgestaltung und unter welchen Rahmenbedingungen dies erfolgen soll, können wir gern im Ausschuss erörtern. Daher beantrage ich Überweisung, federführend in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im öffentlichen Raum muss die Privatsphäre erhalten bleiben. Auch ich möchte nicht ohne Anlass dauerüberwacht werden, wenn ich Zug fahre.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Trotzdem sehen wir uns auch in der Pflicht, Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das ist überhaupt keine Frage. Das muss gegeneinander abgewogen werden.

Aber ich frage mich: Erstens. Kann **Videüberwachung Straftaten verhindern**, oder entsteht dort nicht eine Pseudosicherheit, eine Sicherheit, die nicht wirklich eingehalten wird? Die Leute steigen ein und denken, sie werden sozusagen dauernd beobachtet, doch erst am Ende wird die Auswertung stattfinden.

Zweitens. Wird dadurch die **Aufklärung von Straftaten** unterstützt? Sicherlich. Das ist ein Punkt, den man hier nennen muss.

Drittens. Im Sinne einer Verkehrswende spielt auch die Frage eine Rolle, ob der Einsatz von Videüberwachung die **Attraktivität** senkt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erhöht!)

- Erhöht. Entschuldigung. Ich habe mich versprochen.

Ich habe Verständnis dafür, wenn es Menschen gibt, die sagen, dass sie sich sicherer fühlen. Aber das ist ein subjektives Empfinden.

Um es vorwegzunehmen: Für uns gibt es bei dieser Debatte, die geführt wird, nur die logische Möglichkeit einer **anlassbezogenen Videüberwachung**. Bei dem Netz West, das ausgeschrieben wird, die Strecke Westerland-Hamburg-Altona - ich fahre sie selbst sehr häufig -, würde ich mir gern anschauen, welche Straftaten, welcher Vandalismus auf dieser Strecke tatsächlich passiert sind. Das muss ausgewertet werden, genauso wie wir es in der Landtagstagung im Januar bei Bahnhöfen diskutiert haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Tietze, Sie wissen ja, dass das Netz West in zwei Schritten ausgeschrieben wird, einmal die Wagen und einmal der Betrieb. Ist Ihnen bekannt, dass schon im Zuge der Ausschreibung der Wagen im Moment die Wagen umgebaut werden, um Videüberwa-

chung nachzurüsten, dass also diese Entscheidung schon gefallen ist, und zwar im Sinne einer flächendeckenden?

- Das ist mir bekannt. Das müssen wir im Verkehrsbeirat, der nächste Woche tagt, noch einmal ansprechen. Wichtig an der Stelle ist mir, dass wir bei den Ausschreibungen nicht über eine generelle Videüberwachung diskutieren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir müssen schauen, wie wir das bei der laufenden Ausschreibung heilen können. Ich würde es gern im Ausschuss mit Ihnen diskutieren wollen.

Zum jetzigen Aspekt der **Straftaten**. Bei Taten mit lokalem Hintergrund oder bei spontanen Taten, Alkoholeinfluss und so weiter - Sie haben die Studie benannt - wird die Tat dadurch nicht verhindert. Bei Straftaten wie Vandalismus besteht eine Abschreckungsmöglichkeit. Aber auf unsere Nachfrage berichteten die schleswig-holsteinischen SPNV-Unternehmen, die seit längerer Zeit Videüberwachung anwenden, von einem Rückgang des Vandalismus. Das ist in der Tat der Fall. Jedoch wurde auch hier nur die reine Zahl betrachtet - ohne die Einbeziehung überörtlicher Aspekte wie zum Beispiel sozialdemografische Veränderungen bei den Streckennutzern. Es wurde auch nicht berücksichtigt, inwieweit es sich um Verdrängungseffekte handelt, sprich ob der Vandalismus außerhalb des Überwachungsbereichs ausgeübt wird.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Tietze, stimmen Sie mit mir überein, dass, wenn ein Rückgang der Vandalismuszahlen zeitgleich mit Videüberwachungen vorliegt, der auch auf anderen Ursachen beruhen kann, zum Beispiel der allgemein sinkenden Kriminalität, und man, solange man keine Vergleichsgruppe hat, das heißt einen Wagen, der nicht überwacht wird, nicht sagen kann, ob konkret die Videüberwachung die Ursache für diesen Rückgang ist?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Andreas Tietze)

- Wenn Sie mir gerade zugehört hätten, hätten Sie in meiner Argumentation genau das vernehmen können. Denn genau das habe ich ausgeführt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist: Wir erleben die Videoüberwachung bei Goßereignissen wie Fußballspielen und Ähnliches. Dort sind in der Regel Einsatzkräfte vor Ort, und es besteht die Gewähr, dass dort tatsächlich Sicherheitskräfte da sind, die eingreifen können, was - das habe ich schon ausgeführt - im Zug nicht der Fall ist.

Beim zweiten Aspekt, der Unterstützung zur Aufklärung, sehe ich zumindest die Möglichkeit, dass Videoüberwachung zusammen mit anderen Ermittlungsinstrumenten zur Aufklärung beitragen kann. Hier reden wir dann von einer Videoaufzeichnung, wie sie im ÖPNV, in vielen Bussen, in denen der Vandalismus sehr hoch ist, beispielsweise der Fall ist, wenn nach 24 Stunden das Band gelöscht wird. Das muss man aber auch immer wieder unter der anlassbezogenen Situation sehen.

Bei der Flensburger Verkehrsgesellschaft habe ich mir das im Bus einmal anschauen können. Das hat dazu geführt, dass der Vandalismus in Flensburg in öffentlichen Bussen zurückgegangen ist. Das konnte uns sehr nachhaltig nachgewiesen werden.

Im Sinne der von uns gewünschten Verlagerung von der Straße auf die Schiene spielt der dritte Aspekt, wie gern Kundinnen und Kunden die Bahn nehmen und wie sicher sie sich dabei fühlen, tatsächlich eine große Rolle. Den Erkenntnissen der SPNV-Unternehmen nach fühlen sich übrigens Kundinnen und Kunden nicht durch Videokameras belästigt. Es ist von einer geringen **Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls** auszugehen, aber wie gesagt subjektiv. Bei Anwesenheit von Sicherheitspersonal dürfte es jedoch wesentlich mehr Sicherheit geben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir begrüßen, dass zum Beispiel Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Uniformen kostenlos in Bussen und Bahnen fahren dürfen.

Die Kollegen der PIRATEN fordern in Punkt 4 ihres Antrags die Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie. Sie, Herr Breyer, wissen wie ich, es gibt schon viele Studien zu dem Thema. Wenn man sich etwas näher damit beschäftigt - Sie haben das auch sehr gründlich recherchiert -, sieht man, es gibt auch viele Studien, die entgegen dieser Studie, die Sie erwähnt haben, argumentieren.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ja, aber es gibt immer zwei Positionen. Wenn Sie das dort aufführen, sollten Sie sich auch einmal mit den Studien auseinandersetzen, die zur gegenteiligen Auffassung kommen. Aber wir können das im Ausschuss gern noch vertiefen. Ich freue mich auf diese Diskussion.

Wir wollen, dass hier differenziert wird. Wir brauchen verschiedene Abgrenzungen. In der Tat würden wir uns Ihrem Ansinnen öffnen, ob nicht tatsächlich so etwas wie eine Studie oder eine nähere Betrachtung für Schleswig-Holstein notwendig ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das sollten wir dann aber im Ausschuss offen diskutieren und uns darüber austauschen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Wie gesagt, wir sind für die Ausschussüberweisung. Wir werden sehen, wie dieser Antrag im Ausschuss weiter behandelt wird. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorab mitteilen, dass es in meiner Fraktion zu diesem Thema durchaus differenzierte Auffassungen gibt. Ich werde jetzt meine Meinung und die Mehrheitsmeinung vortragen.

(Heiterkeit PIRATEN)

Doch selbstverständlich haben Frau Klahn und Heiner Garg in dieser Frage eine andere Auffassung, was in einer Frage wie dieser durchaus angebracht ist. Denn ich glaube, dass man das Thema von beiden Seiten beleuchten und zu beiden Positionen gelangen kann.

Innenminister Breitner erklärte in der Plenardebatte am 25. Januar 2013 zum Thema „Videoüberwachung an Bahnhöfen“, die Ausweitung der Videoüberwachung sei „Sicherheitssuggestion“. Eigentlich könnte ich jetzt schon meinen Redebeitrag beenden, denn damit wäre alles gesagt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich tue es aber nicht, weil für die Landesregierung die **Aufrechterhaltung dieser Suggestion von Sicherheit** offenbar ein großes Anliegen ist. Denn in

(Wolfgang Kubicki)

der Drucksache 18/419 ist nachzulesen, dass das Land „eine Ausrüstung der Fahrzeuge mit Videoüberwachung gefordert (hat), insbesondere um das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu steigern“.

Ob sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Zugreisenden tatsächlich durch diese Überwachung erhöht, weiß die Landesregierung übrigens nicht. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Frau Klahn sagt Ja, ich sage Nein. Aber so ist das eben.

(Heiterkeit)

Herr Minister Breitner, ich kann Ihnen da nur zureufen: Nah dran am Menschen ist im Zweifel auch vorbei. Sie unterliegen höchstwahrscheinlich selbst einer Suggestion, wenn Sie mit diesen Mitteln eine Sicherheitssuggestion bewirken wollen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Um es kurz zu machen: Der Antrag der PIRATEN ist richtig. Wir hätten, wenn wir jetzt abgestimmt und es nicht in den Ausschuss gegeben hätten, in der Fraktion betreffend Punkt 1 unterschiedlich abgestimmt. Doch ansonsten ist er richtig.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere richtig ist er vor dem Hintergrund, dass im Jahre 2011 ausweislich der Drucksache 18/419 lediglich vier Menschen Opfer von Gewaltkriminalität in schleswig-holsteinischen Zügen wurden.

Uns ist bewusst, dass jedes **Opfer** von **Gewaltkriminalität** traumatisiert ist und jedes Opfer immer eines zu viel ist, aber man kann hier sicherlich nicht von einer gewaltigen Zahl sprechen. Denn hinzuzufügen zu dieser Zahl wäre noch folgende: Ausweislich der Internetseite des Verkehrsministeriums fahren durchschnittlich 150.000 Menschen in Schleswig-Holstein mit dem Zug, und zwar an jedem Werktag.

Das Jahr 2011 hatte 254 Arbeitstage. Das heißt, die **Wahrscheinlichkeit**, in Schleswig-Holstein Opfer eines **Gewaltdelikt**s in einer Bahn zu werden, lag im Jahr 2011 bei deutlich unter 0,00001 %.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Denn hier sind noch nicht einmal diejenigen Menschen einberechnet, die am Wochenende oder einem Feiertag in einem schleswig-holsteinischen Zug gefahren sind! Mathematisch wahrscheinlicher ist es - das können alle nachvollziehen, die ein paar mathematische Grundkenntnisse haben -, einen

Sechser im Lotto zu haben als Opfer einer Gewalttat in schleswig-holsteinischen Zügen zu werden.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Wer also hier von einem Schwerpunkt der Gewaltkriminalität spricht, der will entweder absichtsvoll Ängste schüren oder lebt in einer utopischen Traumwelt, in der niemals Verbrechen geschehen, vielleicht auch beides zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung kümmert sich mit Verve um ein Problem, dass eigentlich gar keins ist. Ich sage es noch einmal: Jedes Opfer einer Gewalttat ist eines zu viel, ob in der Bahn, auf der Straße oder an jedem anderen Ort. Aber wir sollten uns auch von der Illusion lösen, dass wir mit Videoüberwachung absolute Sicherheit in jeder Situation herstellen können. Großbritannien und die USA belegen das Gegenteil.

(Beifall FDP, vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinzu kommt ein weiterer Punkt: Niemand, nicht einmal die Landesregierung, kann beantworten, welche beziehungsweise wie viele der vier Gewaltdelikte in schleswig-holsteinischen Zügen durch Videoüberwachung überhaupt aufgeklärt werden konnten. Es ist doch sehr gut möglich, dass alle vier Straftaten auch ohne Videoüberwachung in gleicher Weise aufgeklärt wurden oder aufgeklärt worden wären.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insofern gründet die Ausweitung der Videoüberwachung in schleswig-holsteinischen Zügen allein auf der unbelegten Vermutung der Landesregierung, dass sich Menschen hierdurch sicherer fühlen. Es geht nicht darum, ob die Landesregierung einen entscheidenden Beitrag dazu leisten will, die Sicherheit in unserem Land tatsächlich zu erhöhen - das will sie mit dieser Maßnahme offensichtlich nicht.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen gerne darum bitten, sich selbst zu fragen: Hat das Land möglicherweise andere und dringendere Probleme?

Am 25. Januar 2013 hat der Innenminister in diesem Hohen Hause gesagt: Eigentlich müssen wir dafür sorgen, „dass unsere **Polizei** technisch und vor allem personell stets so gut ausgestattet ist, dass sie wirksam von ihren **rechtlichen Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung** Gebrauch machen kann.“ Der Digitalfunk zeigt,

(Wolfgang Kubicki)

welche Schwierigkeiten bestehen, mit den modernen Kommunikationstechniken umzugehen.

Der Vorschlag des Finanzministeriums zu den Stellenabbaupfaden bis 2020 - Umdruck 18/620 - geht allerdings in eine komplett andere Richtung, denn dieser sieht einen deutlichen **Personalabbau** im Verantwortungsbereich des **Innenministeriums** vor. Wir gehen davon aus, dass wir am 18. Juni 2013 dazu mehr erfahren.

Ein letztes Wort: Warum gehen wohl Gewalttaten künftig stärker als bisher zurück? Warum gehen Vandalismus und sonstige Geschichten zurück? Das hat auch etwas mit der demografischen Entwicklung der Bevölkerung zu tun, weil

(Zurufe - Beifall FDP)

- es in der Tat so ist - älter werdende Menschen weniger Straftaten begehen. Man kann die Deliktstypen bei Kriminellen verfolgen: Je älter sie werden, desto weniger sind sie gewalttätig. Vom Raub zum Betrug geht die normale, klassische Form. Je weniger junge Menschen wir haben, die ihren Aggressionen freien Lauf lassen, und je mehr ältere Menschen wir haben, die nicht mehr so schnell laufen können, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass entsprechende Gewalttaten passieren. Das ist ein Erklärungsmodell und nicht die Videoüberwachung, Herr Kollege Tietze, die Sie angesprochen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In **Schleswig-Holsteins Zügen** fährt man gefahrlos und sicher. Mir ist diese Vorbemerkung besonders wichtig, damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten es hier mit Krawallzügen zu tun, in die man sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr hineintrauen kann.

Allerdings schreiben die Länder die **Ausrüstung von Videokameras** vor, weil die Technik inzwischen dem Ausschreibungsstandard entspricht - nachzulesen in den Ausschreibungsunterlagen anderer Bundesländer wie zum Beispiel Brandenburg oder Berlin. Die Videokameras gehören inzwischen selbstverständlich dazu und entsprechen sämtlichen rechtlichen Grundlagen. Aus diesem Grund finden

sie nun Eingang in die Ausschreibung - nicht, meine Damen und Herren, weil Schleswig-Holstein ein gefährliches Pflaster wäre.

Nun mag man einwenden, dass man nicht alles anschaffen sollte, bloß weil andere das haben. Mögen die **Kameras** noch so preiswert sein: Die damit verbundene **Datenflut und die potenzielle Ausspähungsgefahr** sind ein hoher immaterieller Preis.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Diese Debatte angestoßen zu haben, ist sicherlich das Verdienst der Antragsteller. Wir müssen hier im Landtag politisch entscheiden, welchen Weg wir einschlagen wollen - und nicht die Ausschreibungsexperten zum Beispiel in den Ministerien. Dazu liegen bereits einige Entscheidungen vor.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Wir führen die Debatte in Sachen **Videoüberwachung** nicht zum ersten Mal, die letzte war erst im Januar. Wir haben uns inzwischen eine klare Linie erarbeitet - und die ist sicherlich fraktionsübergreifend gültig. Der Landtag lehnt sowohl die Datensammelwut jeglicher Art als auch freie Zugriffsrechte auf Videodaten sowie die dauerhafte Speicherung von Daten ab.

Wir haben hier im Hause den Konsens, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch technisch umgesetzt werden darf.

(Beifall SSW und PIRATEN)

So kommt es, meine Damen und Herren, überhaupt nicht infrage, dass **Eisenbahnunternehmen Bilddateien** aus ihren Zügen dauerhaft speichern. Zur Ehrlichkeit der Debatte gehört allerdings auch, dass wir Tatsachen anerkennen. Dazu gehört, dass Videokameras in Bussen geholfen haben, den Vandalismus merklich zu verringern. Kollege Tietze hat das Beispiel aus Flensburg schon genannt.

Die Täter lassen angesichts einer Kamera den Eding-Stift in der Tasche. Entsprechende Statistiken vom Karlsruher Verkehrsverbund oder der Berliner BVB liegen ebenfalls seit Jahren vor. Der Zusammenhang zwischen dem **Vorhandensein der Videokameras** und dem tatsächlichen **Rückgang von Gewaltverbrechen** konnte allerdings noch nicht konkret belegt werden. Vielmehr dienen die meisten Aufzeichnungen der Aufklärung eines Verbrechens.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann betet immer wieder die Statistik herunter, wonach die Zahl der Straftaten im Münchener Nahverkehr, der nach der tödlichen Prügelattacke auf Dominik

(Lars Harms)

Brunner massiv mit Videotechnik bestückt wurde, in den vergangenen zehn Jahren um fast 30 % gesunken sei. Allerdings muss man wissen, dass die Tatzahlen generell rückläufig waren; also auch dort, wo keine Kameras installiert worden waren. Der Grund liegt darin, dass die bayerische **Polizei** verstärkt im Bereich des Nahverkehrs, in Zügen und auf Bahnhöfen präsent ist.

Ein kausaler Zusammenhang zwischen Videotechnik und Rückgang der Kriminalität ist also nicht klar zu erkennen und meines Wissen in Deutschland noch nicht wissenschaftlich erwiesen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wenn wir also über diese Technik in Verbindung mit schweren Verbrechen reden, dann reden wir eher darüber, dass sich im Nachhinein Verbrechen besser aufklären lassen. Jeder Erfolg, einen brutalen Schläger zu erwischen, spricht erst einmal auch für Kameras - so ehrlich muss man dann aber auch sein.

Die Videotechnik ist kein Allheilmittel. Sie vermittelt bei manchen Fahrgästen ein gutes Gefühl. Aber ein **nachhaltiges Sicherheitsgefühl** bedarf mehrerer Faktoren. Dazu gehören helle Waggon, Präsenz von Servicepersonal und freundliche Bahnhöfe. Die AKN beispielsweise investiert laufend in die durchgehend helle Ausleuchtung der Stationen sowie eine übersichtliche Bahnsteiggestaltung ohne düstere Gefahrenbereiche.

Nur so wird ein Schuh draus, dass sich die Fahrgäste sicher fühlen. Ein Sicherheitskonzept nach dem Motto: „Kamera einbauen und fertig ist die Laube“, ist eben kein Konzept, sondern allenfalls ein Teil davon.

Letztlich können die Eisenbahnunternehmen in ihren Zügen auch ohne Vorgabe der Ausschreibung Videotechnik installieren. Schließlich sind die Züge rechtlich gesehen privates Gelände. Eine Steuerung der Kameras per Joystick, die die Verfolgung einzelner Fahrgäste ermöglicht, oder der verdeckte Einsatz von Kameras ist dagegen auch Privatpersonen, also auch in den Zugwaggons nicht gestattet.

Wenn wir über **Kameras in Zügen** sprechen, dann müssen wir die Einsatzbereiche und die Weiterverarbeitung der Daten, deren Speicherung und Zugriffsrechte genau festlegen. Nach unserer Auffassung muss auch offen darauf hingewiesen werden, dass Kameras installiert sind. Wenn all dies eingehalten wird, dann, so glauben wir, ist der **Eingriff in die Privatsphäre** hinnehmbar. Allerdings sollte

man sich auch nicht unterhalb dieser Schwelle bewegen.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, im Rahmen der letzten beiden Vergabeverfahren von **Schienenpersonennahverkehrsleistungen** für das Netz Mitte und für das Netz Nord hat die LVS eine Ausrüstung der Fahrzeuge mit **Videoüberwachung** vorgeschrieben. Das ist übrigens ein transparentes Verfahren, sodass man nicht den Eindruck haben kann, dass es plötzlich und unerwartet kommt.

Es ist übrigens auch **gängige Praxis** über Schleswig-Holstein hinaus. In vielen Ländern wird es heute so gemacht. Darauf ist schon hingewiesen worden.

Warum machen wir das, meine Damen und Herren? Das hat folgende Gründe: Wir erhöhen das **subjektive Sicherheitsgefühl** der Fahrgäste, wir haben und erzielen eine Abschreckungswirkung und damit eine Verbesserung der realen Sicherheitslage. Das gilt im Übrigen auch für den Vandalismus. Und wir haben, obwohl das der kleinste Teil ist, zum Glück im Nachhinein die Möglichkeit der Aufklärung von begangenen Straftaten, wobei die Videoaufnahmen nach 72 Stunden gelöscht werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen mehr Menschen in den ÖPNV bringen. Wir wollen mehr Menschen mit Zügen und Bussen fahren lassen. Das hat ökologische Gründe, das hat verkehrspolitische Gründe, aber das hat auch Sicherheitsgründe.

Was können wir tun, um dieses Ziel, mehr Menschen in den ÖPNV zu bringen, tatsächlich zu realisieren? Wir brauchen gute Verbindungen, schnelle Verbindungen, häufige Taktungen. Wir brauchen gute Züge, einen guten Service. Dazu gehört auch das Thema Sicherheitsempfinden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Minister, Sie haben eben einige von Ihnen angenommene positive Wirkungen von Videoüberwachung skizziert. Ist es richtig, dass auf meine Nachfrage keine konkreten Zahlen dazu geliefert werden konnten? Würden Sie insofern das Anliegen in unserem Antrag unterstützen, einmal eine Untersuchung in Auftrag zu geben, ob die Aufklärungsrate tatsächlich steigt, ob tatsächlich das Sicherheitsgefühl steigt? Das ist ja durchaus umstritten.

- Zur letzten Frage: Nein, und zu den Zahlen komme ich gleich noch.

Meine Damen und Herren, wenn wir über das Thema **Sicherheit** reden, dann gilt das gleichermaßen für die **Züge** selbst wie für **Bahnhöfe**. Deswegen ist es auch sinnvoll, beide Themen zusammen im Ausschuss zu beraten. Ich weise auch darauf hin: Vor allen Dingen abends, im Dunkeln, wenn Züge weniger gefüllt sind, spielt das Thema subjektive Sicherheit eine große Rolle.

Am wirkungsvollsten ist der **Einsatz von Personal**. Da sind wir uns alle einig. Das ist aber nicht immer möglich und auch nur begrenzt finanzierbar, obwohl - das sage ich ganz deutlich - alle Aufgabenträger in den letzten Jahren die Einsatzquote von Zugbegleitern deutlich erhöht haben.

Es gibt weitere Ansätze wie übersichtliche und einsehbare Bahnhöfe und Fahrzeuge. Es geht nicht nur um Videoüberwachung allein. Wir wollen es **potenziellen Tätern** schwerer machen. Dazu gehört auch die Frage der Beleuchtung an Bahnhöfen, die Überschaubarkeit von Einrichtungen. Dazu gehört im Fahrzeug selber - deswegen transparente Fahrzeuge bei den Neubestellungen - natürlich auch der Sichtkontakt zum Fahrer.

All dies sind Maßnahmen, die ganz wichtig sind, um Sicherheit zu schaffen. Ich sage als Minister ganz deutlich: Videoüberwachung ist sicher kein Allheilmittel, aber sie ist ein Mosaikstein, um die Sicherheit selbst und vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu steigern. Insgesamt brauchen wir eine intensive Diskussion über das Thema Sicherheit. Wir müssen darüber diskutieren, wo wir Überwachung und wo wir Freiräume wollen, damit wir eine **gesellschaftlich akzeptierte**

Balance zwischen **Freiheit** und **Sicherheitsgefühl** finden. Das ist völlig in Ordnung.

Meine Damen und Herren, das ist verantwortungsvoll. Im Übrigen: Es gibt eine aktuelle Forsa-Umfrage, deren die Auftraggeber die Allianz pro Schiene und der Fahrgastverband PRO BAHN sind. Sie ist sehr umfangreich und bezieht sich auf Deutschland. Das Ergebnis lautet: 79 % der Reisenden stimmen der Videoüberwachung in Zügen zu. Das ist eine Zahl, von der wir alle im politischen Wettbewerb träumen. Wir müssen sie im Zusammenhang mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl zur Kenntnis nehmen und danach handeln. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/626 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:12 Uhr bis 15:01 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie hier sind. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/819

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag zur Worterteilung: zunächst BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Mitteilung der Fraktionen in Abstimmung mit der SPD-Fraktion, dann die Fraktionen nach Stärke, anschließend die Landesregierung. Ich sehe, dass das Ihr Einverständnis findet. Ich eröffne die Ausspra-

(Präsident Klaus Schlie)

che. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwa 7.000 Jugendliche haben ihre Berufslaufbahn im vergangenen Jahr in berufsvorbereitenden Maßnahmen begonnen. Sie konnten nicht direkt mit der Ausbildung beginnen. Das ist etwa ein Drittel aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis zur zehnten Klasse. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Jugendlichen, die nach dem Verlassen der Schule verloren gehen. Sie tauchen bei keiner beruflichen Schule und auch nicht beim Arbeitsamt auf. Niemand weiß, wo sie sind.

Das ist nicht im Sinne der Jugendlichen, das ist nicht im Sinne der Arbeitgeber, das ist ein unhaltbarer Zustand - das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir, dass die Einrichtung von Jugendberufsagenturen geprüft wird. Kein Jugendlicher und keine **Jugendliche** darf zukünftig mehr verloren gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Ganz konkret: Warum brauchen wir Jugendberufsagenturen? Ein Jugendlicher aus einer Bedarfsgemeinschaft - also Hartz IV - sucht einen **Ausbildungsplatz**. Er braucht dazu eine Berufsberatung. Wo muss er hingehen? - Nein, nicht zur Agentur für Arbeit, sondern zum Jobcenter. Wo geht die Jugendliche hin, die keine staatliche Unterstützung bekommt? - Sie geht zur Agentur für Arbeit. Und die Jugendlichen, die Jugendhilfe vom Kreis bekommen? - Für sie ist nicht die Agentur für Arbeit zuständig, sondern der Kreis. Woher soll man das denn bitte schön alles wissen? Welcher Jugendliche blickt denn da noch durch? Viele beginnen deshalb ihren Ritt durch die Behörden an der falschen Stelle. Sie werden weiter verwiesen und kommen längst nicht immer dort an, wo sie hingehören. Viele geben vorher auf.

In der **Jugendberufsagentur** stellen wir den Jugendlichen in den Mittelpunkt. Wir bauen ein Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk um ihn herum auf. Alle Zuständigen arbeiten dort rechtskreisübergreifend zusammen. Nicht der Jugendliche muss von einer Stelle zur nächsten laufen, ganz im Gegenteil. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Jugendhilfe und auch Beraterinnen und Berater von den Berufsschulen rücken zusammen. Sie unterstützen die Jugendlichen gemeinsam unter einem Dach. So ma-

chen wir ernst mit dem Satz: Kein Jugendlicher darf verloren gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Eine Voraussetzung, damit es klappt, ist die Übermittlung der Daten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger an die Jugendberufsagentur. Nur dann ist klar, um wen man sich kümmern muss, nur dann ist sichergestellt, dass keiner verloren geht. Das ist sensibel, aber in enger Abstimmung mit den Datenschützern zu machen. In Hamburg klappt es, dann bekommen auch wir es hin.

Hamburg hat 2012 die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen beschlossen. Die ersten JBA arbeiten erfolgreich. Die Zahl der Jugendlichen, die auf dem Weg von der **Schule** in den **Beruf** verloren gehen, ist deutlich gesunken. Es sind erfreulich viele Jugendliche innerhalb kurzer Zeit in **Ausbildung** vermittelt worden. Die Zahl der berufsvorbereitenden Maßnahmen konnte gesenkt werden. Das ist ein großer Erfolg, in erster Linie ein Erfolg für jeden einzelnen Jugendlichen, aber auch bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Warum also das Rad in Schleswig-Holstein neu erfinden? - Es ist klar, dass wir das Hamburger Modell nicht eins zu eins auf Schleswig-Holstein übertragen können. Land ist Land, und Stadt ist Stadt.

(Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir müssen überlegen, wie wir die Strukturen in der Fläche verankern und wo wir die JBA andocken: beim Kreis, bei der BA oder vielleicht beim RBZ? Es sind regional unterschiedliche Modelle denkbar, je nach Situation vor Ort. Das Ziel muss das Gleiche sein, die Umsetzung regional verschieden. Für die Entwicklung des Konzepts müssen wir die Beteiligten ins Boot holen. Es muss gemeinsam mit allen Akteuren erarbeitet werden. Nur dann funktioniert es. Aber wir sind sicher, dass Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium und Sozialministerium gemeinsam mit ihnen ein gutes Konzept hinbekommen.

Die Einrichtung von Jugendberufsagenturen ist ein erster Schritt beim Umbau des Übergangs von der Schule in den Beruf. Nächste Schritte sollen folgen, zum Beispiel die Stärkung der **Berufsvorbereitung** in den Schulen und der Umbau der berufsvorbereitenden Maßnahmen in ein transparentes, qualifizierendes System. So entsteht eine Win-win-Situation: Die Jugendlichen haben einen guten Start in ihre Berufslaufbahn, und das Land und die BA sparen

(Ines Strehlau)

Kosten. Wir investieren in die Bildung unserer Jugendlichen, lassen niemanden zurück und wirken außerdem dem Fachkräftemangel entgegen. So gestalten wir intelligent und nachhaltig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir beantragen Abstimmung in der Sache, damit die Landesregierung mit der Arbeit beginnen kann.
- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder der Wirtschaftsjunioren Kiel und der Seniorenunion aus dem schönen Kreis Herzogtum Lauenburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Sie können im Protokoll nachlesen, dass ich gesagt habe, „aus dem schönen“ und nicht „aus dem schönsten“!

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Aus dem wunderschönen, heißt das eigentlich!)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die in den drei Bezirken des Bundeslandes Hamburg eingerichteten Jugendberufsagenturen haben primär zum Ziel, möglichst jeden jungen Menschen ab der achten Klasse auf seinen Weg in die Berufswelt mitzunehmen. Heranwachsende bis zum 25. Lebensjahr können bei Inanspruchnahme einer **Jugendberufsagentur** davon ausgehen, dass sie Dienstleistungen aus einer Hand und unter einem Dach erhalten. Die Partner in Hamburg sind die Arbeitsagentur Hamburg, das Jobcenter, die Behörde für Schule und Berufsausbildung, die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und die Fachbereiche für Kinder- und Jugendhilfe der Bezirke als kommunale Verwaltungsstellen vor Ort. Sie alle vernetzen sich - das wurde eben schon gesagt - in einem Gebäude.

Mittels einer systematischen Vernetzung der Institutionen werden junge Menschen in einer Art Full-Service von den Beratern begleitet. Dabei handelt

es sich auf der einen Seite um Schüler mit oder ohne Schulabschluss, aber genauso gehören dazu Abiturienten, die vor der Wahl zwischen Studium oder Job stehen. Die Beratung von Studienmöglichkeiten im Ausland muss dazugehören, aber auch die Arbeitsmöglichkeiten über einen begrenzten Zeitraum im Ausland sollten dazugehören. Das haben wir auch mit unseren Partnern in Frankreich, wo wir vor Kurzem gewesen sind, besprochen. Es gehört auch die Planung von Berufswegen oder die Karriereplanung dazu, wie man neudeutsch sagt.

Dieses sind nur Kernbeispiele. Es geht dabei schlichtweg um eine Form von **Coaching von Jugendlichen** in die nächste Lebensphase, eine Phase, die enorm wichtig für vieles ist, was anschließend noch kommen wird.

Meine Damen und Herren, das Ziel, die Quote der Vermittlungen deutlich zu erhöhen, ist das eine. Entscheidend ist aber, dass die zukünftigen Schulabgänger durch die Bündelung der Kompetenzen, die kurzen Wege innerhalb der Verwaltung und durch eine frühe, pro-aktive Ansprache der Berater der Jugendberufsagenturen bei der Suche nach einem möglichst optimalen, auf die Fähigkeiten und beruflichen Neigungen des jungen Menschen abgestimmten Ausbildungsplatz beziehungsweise Ausbildungsweg begleitet werden. Dies muss notfalls bis ins Haus geschehen. Insbesondere durch die systematische Berufsorientierung in den Schulen sollen notwendige Synergien erzeugt werden.

Dabei steht immer im Vordergrund, dass die Jugendberufsagenturen junge Menschen zuverlässig und gezielt in **Ausbildung** und in **Arbeit** vermitteln. Das ist gut für unsere Jugend, es ist aber auch gut für unsere Wirtschaft und damit auch gut für die Zukunft unseres Landes.

(Vereinzelter Beifall)

Denn eines ist klar, und die statistischen Ergebnisse, die sich mit den persönlichen Gesprächen mit mittelständischen Unternehmen decken, machen deutlich: Der **Fachkräftemangel** auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Folgekosten, die Jugendliche verursachen, wenn sie nicht den richtigen Weg finden - das wird im Endeffekt teurer werden für uns, nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die Gesellschaft generell.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir hier Lösungen erarbeiten, die allen helfen.

Meine Damen und Herren, Schule, Arbeitsagentur, Jugend- und Sozialämter, Wirtschaftsförderung und

(Hans Hinrich Neve)

die Wirtschaft selbst haben ein Interesse daran, dass junge Menschen nicht nur neugierig auf den nächsten Lebensabschnitt werden, sondern auch zufrieden und damit häufig auch engagierter und leistungsfähiger ans Werk gehen.

Besonders die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern sowie die Landwirtschaftskammer haben ein umfangreiches Wissen um berufliche Ausbildungswege. Hier gilt es, diese Institutionen rechtskreisübergreifend miteinander zu vernetzen. Es gibt oft rechtliche Hürden, die dies behindern, und solche Hürden sollten wir beseitigen. Man muss wahrscheinlich in verschiedene Gesetze eingreifen. Dies sollten wir bei der Prüfung ebenso mit berücksichtigen.

Ein besonderes Augenmerk muss aber auch der Finanzierung der Modelle gelten. Hamburg und die Arbeitsagentur haben Mittel umgeschichtet. Hamburg ist ein Stadtstaat; das können wir nicht übertragen. Insofern müssen wir hier andere Wege finden. Aber ich bin sicher, das wird bei dem Prüfauftrag auch herauskommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insofern unterstützen wir den Prüfantrag und bitten auch um die Auflistung möglicher **Kosten**. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Im vergangenen Jahr haben über 2.000 junge Menschen in unserem Land die allgemeinbildenden Schulen einschließlich der Förderzentren ohne Abschluss verlassen. Unter den Jugendlichen mit Migrationsgeschichte lag der Anteil bei knapp 10 %, bei denen ohne Migrationsgeschichte immer noch bei 7 %. Junge Männer scheiterten dabei häufiger als junge Frauen.

Aber auch ein mit großer Anstrengung geschaffter **Schulabschluss** ist leider noch immer keine Garantie dafür, nach der Schule einen **Ausbildungsplatz** zu bekommen. Wenn man dann auf die Suche geht, steht man vor einem Labyrinth von Stellen und Einrichtungen, auf deren Beratung und Unterstützung man angewiesen ist, um die nötigen Hilfen zu erhalten. Da gibt es die Arbeitsagentur, das Jobcenter,

das Jugendamt, Sozialamt und so weiter und so fort.

Diese vielen verschiedenen Anlaufstellen anzunehmen und auseinanderzuhalten, ist für viele eine große Herausforderung. Außerdem sind viele von ihnen zusätzlich mit Startschwierigkeiten belastet oder mit sozialen oder gesundheitlichen Problemen, Hindernisse, auf die passgenau reagiert werden muss. Junge Menschen brauchen niedrigschwellige und gebündelte Angebote, aktiven Support und Hilfe. Sie wollen ernst genommen werden, auf Augenhöhe.

Hamburg hat im vergangenen Jahr begonnen, einen ungewöhnlichen, aber sehr mutigen Weg zu gehen. Hier geht es darum, alle beteiligten Einrichtungen an der Schnittstelle zwischen **Schule** und **Beruf** in einer Anlaufstelle zu bündeln. Die Idee ist, jungen Menschen an einem Ort den Support, den sie brauchen, aus verschiedenen Einrichtungen anzubieten.

Unter der neuen Marke „Jugendberufsagentur“ wirken die Stadt Hamburg, die Arbeitsagentur und das Jobcenter zusammen. Alle Ansprechpartner sind hier an einem Ort, in einem Haus, unter einer Adresse zu finden. Dabei wurde keine neue Verwaltungsstruktur aufgebaut, nein, die Partner schließen eine Vereinbarung ab, die die Grundsätze der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit regelt und die jährlich über Ziel- und Leistungsvereinbarungen konkretisiert wird.

Die **Jugendberufsagenturen** in der Freien und Hansestadt **Hamburg** sind zurzeit in drei der sieben Bezirke erreichbar und sollen bald in jedem Bezirk erreichbar sein. Sie sollen junge Menschen beim Weg in die Ausbildung unterstützen und - wenn nötig - sie zum Nachholen von Schulabschlüssen motivieren. Alle schulpflichtigen Jugendlichen werden dabei aktiv angesprochen, bis sie das Abi, Fachabi oder einen Ausbildungsabschluss erworben haben.

Ziel ist, Doppelstrukturen und Förderungslücken im Leistungs- und Beratungsangebot zu verringern und die Verweildauer von jungen Menschen im Bezug von ALG I und ALG II zu verkürzen. Denn nichts ist wertvoller als die Zeit am Anfang des Erwerbslebens junger Menschen. Wir wollen niemanden zurücklassen. Das ist ganz im Sinne des Kurses der neuen Landesregierung von Rot-Grün-Blau. Wir wollen durch kluge staatliche Handlungen soziale Folgekosten oder teure Reparaturkosten vermeiden.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

(Tobias von Pein)

Die Hamburger Jugendberufsagenturen existieren jetzt seit einem knapp Jahr, sodass man eine erste Bilanz ziehen kann. Das Ganze ist schon jetzt ein Erfolgsmodell. Die Vernetzung, der Austausch, die Entwicklung von gemeinsamen Strategien, das alles verhindert, dass Jugendliche durchrutschen oder verloren gehen. Es werden nahezu alle Jugendlichen erreicht. Das ist das, was auch mich so begeistert hat an der Idee. Wir haben die echte Chance, jeden und jede zu erreichen und die Idee, „Niemand wird zurückgelassen“ Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anhaltende Unruhe)

Nun ist es natürlich so, dass man die Strukturen unseres Flächenlandes nicht mit dem Stadtstaat Hamburg vergleichen kann und dass wir mit den Gemeinden und Kreisen bei uns andere Herausforderungen zu meistern haben als die Bezirke in Hamburg. Deshalb bitten wir die Landesregierung mit unserem Prüfauftrag, bis zum Jahresende zu prüfen, wie wir diesen Weg gehen können. Ich danke dem Ministerpräsidenten, dass er bereits gestern in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, diese Idee aufzugreifen und zu sehen, wie wir sie in Schleswig-Holstein umsetzen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wird darum gehen, wie wir dieses Modell der Jugendberufsagenturen auf Schleswig-Holstein, zum Beispiel in einem Modellprojekt vor Ort, übertragen können, an welchen Stellen wir es abwandeln müssen, damit es zu unseren Strukturen passt.

Wie ich eben hören konnte, haben sich auch die Oppositionsparteien bereit erklärt, dem Prüfauftrag zuzustimmen. Das begrüße ich sehr. Hier sollten wir wirklich zusammenarbeiten, und die Skepsis hinsichtlich der Übertragbarkeit auf einzelne Teile können wir vielleicht noch ausräumen.

(Lars Winter [SPD]: Er hat nur die wichtigen gemeint!)

Lassen sie uns gemeinsam prüfen, noch bessere Angebote für junge Menschen in diesem Bereich zu schaffen, ganz im Sinne von „Niemand wird zurückgelassen“. Jugendberufsagenturen können uns dabei helfen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste aus dem wunderschönen Herzogtum, herzlich willkommen in Kiel!

(Zurufe)

- Auch Herr Kollege Peters, herzlich willkommen. Sie waren zwar diesmal nicht gemeint, aber ich freue mich, dass auch Sie bei dieser Debatte anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es tut mir leid, dass ich die Spannung gleich zu Beginn ein bisschen kaputt machen muss, aber auch der Kollege von Pein hat es schon erklärt: Auch meine Fraktion unterstützt den durch die Koalitionsfraktionen formulierten Prüfauftrag an die Landesregierung.

(Beifall)

- Es ist schön, dass wir uns einig sind. Ich freue mich, dass Sie, um die Landesregierung zu beauftragen, einen Antrag stellen, den wir jetzt ausführlich in großer Einigkeit diskutieren, aber das ist doch schön, weil das Thema natürlich wichtig ist.

(Beate Raudies [SPD]: Dann machen Sie es doch kurz!)

- Frau Kollegin, den Gefallen werde ich Ihnen nicht tun; ich werde das jetzt alles runterrattern, was ich hier an Gedanken formuliert habe, Herr Kollege Dr. Tietze, damit auch Sie auf Ihre Kosten kommen.

Meine Damen und Herren, die Hamburger **Jugendberufsagenturen** sind ein interessantes Modell; es ergibt durchaus Sinn, die Einführung auch in Schleswig-Holstein zu prüfen.

Die Phase der beruflichen Orientierung ist eine entscheidende im Leben der Menschen. Sie wird angesichts der vielfältigen Möglichkeiten, die die jungen Menschen heute haben, immer wichtiger. Die wichtigste Frage mit Blick auf den Ausbildungsmarkt lautet nicht mehr - wie noch vor einigen Jahren -, wie wir alle jungen Menschen mit einem **Ausbildungsplatz** versorgen können, sondern wie wir die jungen Menschen am besten beraten und unterstützen können.

Herr Kollege Dr. Tietze, Sie sind - selbst ernannter - Wirtschaftsfachmann. Die Meldungen zum Ausbildungsmarkt, die in der letzten Zeit in den Zeitun-

(Christopher Vogt)

gen zu lesen waren, lauteten: „Betriebe finden zu wenige Auszubildende“, „Auszubildende als Mangelware“ oder „Auszubildende in komfortabler Lage“. Letzteres ist sehr schön, aber die Bundesagentur meldet, dass allein im letzten Jahr über 33.000 **Lehrstellen** nicht mehr besetzt werden konnten. Auch bezogen auf Schleswig-Holstein erklärte die Bundesagentur, dass es mehr Lehrstellen als Bewerber gab. Die Jugendarbeitslosenquote liegt in Deutschland derzeit bei 5,9 %, in Schleswig-Holstein - wenig überraschend - etwas höher.

In Baden-Württemberg und Bayern ist mittlerweile sogar Vollbeschäftigung erreicht; das kann man angesichts einer **Jugendarbeitslosigkeit** von 3 % sagen. So günstig ist die Situation im übrigen Europa leider nicht, dort ist die Jugendarbeitslosigkeit derzeit dramatisch hoch. Daran erkennt man, wie wichtig eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, ein dauerhaft solides Haushalten der öffentlichen Hand und das Setzen vernünftiger Rahmenbedingungen sind. An der aktuellen Situation in Europa wird deutlich: Wenn es mit der Wirtschaft bergab geht, ist die junge Generation am meisten betroffen. Die Lage ist momentan so dramatisch, dass fast eine ganze Generation auf dem Arbeitsmarkt in Europa unter die Räder gerät. Insofern ist das ein wichtiges Thema. Auch wenn die Zahlen bei uns ordentlich sind, gibt es dennoch Handlungsbedarf.

Ein großes Problem stellt die hohe Zahl der Ausbildungs- beziehungsweise Studienabbrecher dar. Die Ursachen sind vielfältig, aber eine wesentliche Ursache - sie ist auch am leichtesten anzugehen - besteht darin, dass die Jugendlichen falsch oder schlecht beraten werden. Die Jugendberufsagenturen können helfen, dem entgegenzuwirken. Die Zahl der Abbrüche muss auf jeden Fall reduziert werden.

Es ist richtig, den Übergang von der **Schule** in das **Berufsleben** zu erleichtern. Die Jugendlichen bedürfen der Unterstützung, wenn es darum geht, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden, damit der Start in das Berufsleben gelingt. Besondere Unterstützung benötigen diejenigen, denen es aus vielfältigen Gründen trotz aller Bemühungen nicht gelingt, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Eine relativ große Zahl junger Menschen hat keinen oder nur einen schlechten Schulabschluss; auch das bereitet nach wie vor Probleme. Rat und Hilfe sind auch dann erforderlich, wenn die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wurde und dann in den Beruf gewechselt wird.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage - alle Vorredner haben sie schon aufgeworfen -, ob und - wenn ja - wie ein solches Modell aus einem Stadtstaat auf ein Flächenland übertragen werden kann. Natürlich ist das in Hamburg etwas einfacher zu organisieren als in Schleswig-Holstein. Die „Kinderkrankheiten“, die ein solches Modell immer mit sich bringt, sollten möglichst nicht nach Schleswig-Holstein übertragen werden.

Gerade mit Blick auf das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt ist es wichtig zu erfahren, wie bestehende Programme oder Programmkomponenten in die Planung der Jugendberufsagenturen einfließen können. Auch die Aufteilung der Finanzierung zwischen Kommunen, Land und Bundesagentur für Arbeit ist detailliert darzustellen. Die zukünftigen ESF-Mittel müssen dabei eine Rolle spielen.

Insofern werden wir diesem Antrag heute zustimmen. Ich gehe davon aus, dass wir im letzten Quartal dieses Jahres einen ausführlichen Bericht bekommen, über den wir im Ausschuss ausführlich beraten werden - Herr Dr. Tietze, auch mit Ihnen immer wieder gern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mehrheitsfraktionen möchten - in Anlehnung an das Projekt in Hamburg - die Einrichtung von Jugendberufsagenturen prüfen lassen, wirtschaftlich und angepasst an Schleswig-Holstein. So weit, so gut. Ziel ist es, dass junge Menschen, die wichtige Unterstützung benötigen, eng verzahnte Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erhalten.

Ich möchte damit beginnen, was ich an der Idee gut finde. Es ist ein guter Ansatz, einen sehr genauen Blick auf die Schnittstelle zwischen **Schule** und **Ausbildung** zu werfen und zu prüfen, was insoweit alles besser, nahtloser, reibungsloser geschehen kann. Die **Jugendberufsagentur** soll die Antwort auf die Herausforderung sein, die berufliche und gesellschaftliche Integration durch Kommune, Arbeitsagenturen und weitere Träger zu optimieren und die jungen Leute besser, individueller und gezielter zu betreuen. Es ist die bildungs- und sozial-

(Sven Krumbeck)

politische Herausforderung überhaupt, dies zu erreichen.

(Beifall PIRATEN)

Die Jugendberufsagentur suggeriert, dass es zurzeit an dieser Beratung fehle. Ist das so in Schleswig-Holstein? Die Antwort auf meine Kleine Anfrage in der Drucksache 18/788 hat ergeben, dass sich eine interministerielle Arbeitsgruppe unter anderem damit beschäftigt, Vorschläge für einen besseren Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit zu erarbeiten. Es ist also nicht so, dass es derzeit gar nichts gebe. Es ist vielmehr so, dass noch nicht alles richtig gut funktioniert.

Wenn wir in die Schulen sehen, stellen wir fest, dass es auch dort viele verbindliche Bausteine gibt, die den Einstieg in die Ausbildung erleichtern sollen. Jugendberufsagenturen hätten also nur dann Sinn, wenn sie erheblich besser arbeiten und eine spürbar bessere Bilanz aufweisen könnten als die Instrumente, derer uns wir zurzeit bedienen und die gegebenenfalls Anspruch darauf haben, weiterentwickelt und optimiert zu werden.

(Beifall PIRATEN)

Vor allem sollte transparenter gearbeitet werden. Ich habe nämlich nicht den Eindruck, dass wir zu wenig Beratung haben. Vielleicht haben wir sogar zu viel davon. Zu viel? Weil so mancher Jugendliche im Beratungsdschungel den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen kann. Sollten die Jugendberufsagenturen hier Transparenz, Übersichtlichkeit und ein sehr niedrigschwelliges Angebot ermöglichen, wäre das ein guter Punkt.

Ich bin gespannt, wie eine ehrliche Erfolgsbilanz der Einrichtungen in Hamburg dazu aussieht. Seien wir ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: So eindeutig bravourös sind die Aussagen dazu nicht, und vor allem sind sie nicht einhellig. Aber ich lasse mich an dieser Stelle gern überzeugen.

(Beifall PIRATEN)

Als Pirat habe ich wirklich Bauchschmerzen, wenn es um das Ziel der rechtsübergreifenden Ausgestaltung geht. Wie dabei der **Datenschutz** sichergestellt werden soll, ist mir hier und heute nicht klar. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich im Zuge des Evaluierungsauftrags gerade an dieser Stelle genau nachfragen und hinsehen werde.

(Beifall PIRATEN)

Ich bin auch skeptisch, was die starke Vernetzung an sich angeht. So sehr ich dafür bin, miteinander zu sprechen und Möglichkeiten zu optimieren, so

sehr bin ich dagegen, eine lückenlose Betreuung zu etablieren, die von jungen Leuten - das kann ich sehr gut nachvollziehen - als lückenlose Verfolgung verstanden werden kann.

(Beifall PIRATEN)

Wer bei Jugendberufsagenturen als Kunde registriert ist, wird über Kreisgrenzen hinaus betreut. Wenn das so ähnlich läuft wie bei den Jobcentern, dann bedeutet das auch: sanktioniert. „Wenn du nicht das machst, was wir dir vorgeschlagen haben ...“ Ja, was dann? Das muss auch ganz klar sein. Ich bin gegen jede Form von Verfolgungswahn an dieser Stelle. Begleitung, **Beratung** ja, ein System von **Sanktionen** nein.

(Beifall PIRATEN)

Ich sage Ihnen, warum ich hier so strikt bin: Die Berufsausbildungsagentur wird nur dann funktionieren, wenn sie auf **Freiwilligkeit** der jungen Leute aufbauen kann. Wir kennen das von den Weiterbildungsverbänden, die oft ausgerechnet von den Agenturen für Arbeit empfohlen werden, weil eben keine Sanktionen zu befürchten sind. Es muss genau die Freiwilligkeit gegeben sein, die für die individuelle Entwicklung unabdingbar ist.

Die Jugendberufsagentur wird auch nur dann funktionieren, wenn wir ausreichend viele Ausbildungsplätze vorhalten können, die den Neigungen, Interessen und Talenten der Jugendlichen entsprechen - auch ein Punkt, der in der Darstellung der Machbarkeit in Schleswig-Holstein Berücksichtigung finden sollte.

Ob das Hamburger Modell überhaupt in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein möglich ist, werden wir sehen. Was das kosten soll, möchte ich auch gern wissen; denn ich tue mich schwer damit, Dinge gut zu finden, von denen ich a) nicht weiß, was sie kosten werden, wer sie bezahlt und zu welchen Lasten sie gehen, und von denen ich b) vor allem nicht weiß, welchen echten Nutzen sie haben und was sie tatsächlich an Positivem für den Menschen bringen.

(Beifall PIRATEN)

Beides kann ich heute noch nicht abschätzen. Darum bin ich gespannt auf die Ergebnisse der - hoffentlich - ehrlichen und wissenschaftlichen Prüfung. Ich habe dem Ministerpräsidenten am Mittwochmorgen gut zugehört. Er schien von den Jugendberufsagenturen schon überzeugt. „Die können helfen“, hat er gesagt. Diese Aussage möchte ich erst stützen, wenn ich die Fakten kenne. - Vielen Dank.

(Sven Krumbeck)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erklärtes sozial- und arbeitsmarktpolitisches Ziel der rot-grün-blauen Koalition ist es, keinen Menschen zurückzulassen. Alle sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, auf ein selbst erzielt Einkommen und auf gute Bildung haben. Leider hatten vor allem junge Menschen in der Vergangenheit nicht alle diese Chance. Die Zahlen der **Schulabbrecher** und der jungen Menschen ohne **Ausbildungsplatz** sind in Schleswig-Holstein noch eindeutig zu hoch. Wir müssen erkennen, dass die gängigen Mittel und Wege nicht immer zum Erfolg führen.

Die Konsequenz daraus dürfte allen klar sein: Wenn wir wirklich allen eine Chance auf Ausbildung und Beruf geben wollen, muss sich etwas ändern.

(Beifall SSW)

SSW, Grüne und SPD wollen deshalb neue Ansätze bei der Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen prüfen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einrichtung von **Jugendberufsagenturen** könnte ein solcher neuer und vielversprechender Weg sein. Für meine Partei muss ich jedenfalls ganz klar sagen: Die überwiegend positiven Erfahrungen der Hamburger mit diesem Modell sollten wir zum Anlass nehmen, die Anwendbarkeit bei uns in Schleswig-Holstein zu prüfen. Ich halte es für besonders lohnend, wenn wir das Ganze so unvoreingenommen wie möglich angehen. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen einer Stadt wie Hamburg und einem Flächenland wie Schleswig-Holstein. Aber die Idee, die Vermittlungsleistungen für Unter-25-Jährige unter einem Dach zusammenzufassen, hat grundsätzlich viel Charme. Und wie gesagt, das Beispiel **Hamburg** zeigt, dass die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Jobcenter und Arbeitsagentur gute Ergebnisse im Sinne der jungen Menschen bringt.

Eins will ich in diesem Zusammenhang deutlich sagen: Uns geht es mit dieser Initiative nicht darum, junge Menschen zu kontrollieren oder zu überwachen und Druck auszuüben. Ganz im Gegenteil: Wir setzen auf Freiwilligkeit und Kooperation. Unser Ziel ist es, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Gang zu verschiedenen Behörden zu ersparen und ihnen passgenaue Angebote zu machen. Sie sollen in den Bereichen Ausbildung, Beschäftigung und schulische Bildung individueller beraten werden. Und uns ist klar, dass eine solche Jugendberufsagentur Menschen anspricht, auf die Zwang und Druck nicht selten kontraproduktiv wirken. Beraten wird also nur, wer das auch wirklich will.

In der aktuellen Situation werden viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene in irgendwelchen Übergangssystemen geparkt. Viele sehen nach einiger Zeit kaum noch Perspektiven für ihre Zukunft. Ich hoffe deshalb, dass wir uns über die Notwendigkeit von effektiveren Instrumenten für die Begleitung von Jugendlichen auf den Weg in Beruf und Ausbildung einigen können. - Und es scheint so, dass wir es können.

Beim Thema Jugendberufsagenturen geht es mit Sicherheit nicht darum, blind von Hamburg zu kopieren. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung nicht nur darum, eine Übertragbarkeit des gesamten Modells, sondern eben auch die Anwendbarkeit einzelner Elemente zu prüfen.

Um ehrlich zu sein, die Vermittlungsquoten und die geringe Zahl der jungen Menschen in Hamburg, die im Übergang Schule-Beruf verloren gehen, beeindrucken mich doch sehr. Trotzdem halte ich es für wichtig, zum Beispiel Fragen in Richtung Datenschutz gründlich nachzugehen und die Situation kleiner Träger zu bedenken, damit sie nicht unter die Räder kommen. Man darf ja nicht vergessen, dass wir vielerorts gut funktionierende Strukturen haben, die auf keinen Fall zerschlagen werden dürfen.

Deshalb sehen wir in Jugendberufsagenturen auch nicht das Allheilmittel. Das soll heißen: Wir werden auch die anderen wichtigen Maßnahmen nicht aus den Augen verlieren. Der SSW würde es zum Beispiel sehr bedauerlich finden, wenn wir zwar die rechtskreisübergreifende Betreuung nach Hamburger Vorbild einführen, aber gleichzeitig auf Produktionsschulen verzichten würden. Wir brauchen vielfältige Möglichkeiten, um junge Menschen in ihrer Lebenswelt abzuholen und optimal fördern zu können.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ich denke, mit unserem Antrag sind wir auf einem guten Weg, Hilfe aus einer Hand für die Zukunft unserer jungen Menschen in Schleswig-Holstein zu schaffen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich an dieser Stelle meinen Dank für die große Einigkeit bei diesem wichtigen Thema aussprechen. Das ist nicht selbstverständlich. Das möchte ich gleich zu Beginn meiner Rede herausstellen.

Kein Kind, keinen Jugendlichen und keinen Erwachsenen zurückzulassen, ist ein Leitgedanke unserer Regierungspolitik. Dafür ist der **Übergang** von **Schule** zu Beruf oder besser zur **Berufsausbildung** eine kritische, eine wichtige Stelle des Weges von Jugendlichen, die wir möglichst einfach gestalten wollen.

Meine Damen und Herren, jedes junge Talent in Schleswig-Holstein wird gebraucht, und wir müssen dafür sorgen. Dafür ist die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit vor Ort mit einer koordinierten **Beratung** und Hilfe unter einem Dach unerlässlich. Das gilt ganz besonders für die jungen Menschen, die aufgrund unterschiedlichster Probleme an die Hand genommen werden müssen. Den Jugendlichen ist es nämlich völlig egal, welchem Rechtskreis sie angehören und welches Sozialgesetzbuch II, III oder VIII die Zuordnung, in der sie gerade sind, begründet. Wir müssen nur sehen, dass bei diesem neudeutsch genannten One-Stop-Government gesetzliche Kompetenzen nicht unterlaufen werden. Jeder macht das, was er am besten kann und wofür er zuständig ist. Der Clou, meine Damen und Herren, ist die Verzahnung all dieser Aktivitäten.

Schleswig-Holstein verfügt aufgrund der Konstruktion des Handlungskonzepts Schule & Arbeitswelt in allen Kreisen und kreisfreien Städten über Gremien, die heute schon die übergeordneten Themen der Übergangsgestaltung in den Blick nehmen. Daran haben sich inzwischen vielfältige Aktivitäten

entwickelt, die bereits in zehn Kreisen und kreisfreien Städten institutionalisiert und abbildbar sind. Ich denke da zum Beispiel an die Bildungsportale in Lübeck und Nordfriesland, das Bildungsbüro in Flensburg, das Praktikumsnetzwerk in Dithmarschen. Im Kreis Segeberg besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur und dem örtlichen Jugendamt. Das Aktionsbündnis der Landeshauptstadt Kiel ist ein weiteres Beispiel dafür, dass in Schleswig-Holstein die Koordinierung des Übergangs von der Schule in den Beruf partnerschaftlich und auf hohem Niveau entwickelt ist.

All diese Vorhaben sind bisher eingebettet in eine Entwicklungspartnerschaft zwischen Land, Bundesagentur für Arbeit und Kommunen. Die rechtskreisübergreifende **Zusammenarbeit** ist Leitgedanke des sogenannten Hamburger Modells. Wir werden prüfen, inwieweit es besser ist, **Jugendberufsagenturen** in Schleswig-Holstein einzurichten. Denn das können wir nur mit den Kommunen und den Jobcentern umsetzen, wir können das nicht alleine als Land bestimmen, wir müssen also überzeugen.

Bisher wurde die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene entwickelt und vereinbart. Wir als Land haben dazu den Rahmen und die politische Flankierung gestellt.

Das Hamburger Modell ist gut und überzeugend. Aber - es wurde schon vielfach gesagt - Schleswig-Holstein ist nicht **Hamburg**, und das Verhältnis zwischen kommunaler und Landesebene ist im Stadtstaat anders zu organisieren als im Flächenland. Einiges vom Hamburger Modell lässt sich gut übertragen, anderes weniger. Vielleicht brauchen wir auch hier klarere und einheitlichere Vorgaben in Richtung Jugendberufsagenturen vom Land an die Kommunen, an die Träger. Wie können wir mehr bündeln, wie können wir mehr systematisieren? All das, meine Damen und Herren, werden wir prüfen. Dazu führen wir bereits intensive Gespräche mit der Bundesagentur, mit anderen Beteiligten.

Lassen Sie uns gemeinsam - ich denke, das ist unser gemeinsames Ziel - den schleswig-holsteinischen Weg einer Jugendberufsagentur gehen und entwickeln. Insofern begrüße ich den Antrag ausdrücklich. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist das somit beschlossen. Damit ist der Antrag Drucksache 18/819 angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Arzneimittelgesetz (AMG)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/732

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile nun für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung wurde gebeten zu erläutern, warum sie den Antrag über den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat abgelehnt hat. Ich habe gedacht, die Erläuterung halte ich einmal kurz hoch.

(Herr Minister Dr. Habeck hält eine Karikatur in die Höhe)

Man sieht, ein Landwirt füttert die Hühner und sagt: Kommt, putt, putt, putt. Das kranke Huhn sagt: Na endlich, ich brauche dringend mein Antibiotikum.

Man kann daraus die folgenden vier Punkte ableiten:

Erstens. Der Landwirt füttert alle Hühner, nicht nur das kranke Huhn, mit dem Antibiotikum.

Zweitens. Es geht um Eier legende **Hühner**, nicht um die Mast.

Drittens. Dieser Landwirt - das kann man dem Bild gut entnehmen - hat keine Datenbank, das heißt, wir wissen nicht genau, was er da verfüttert.

Viertens. Würde man ihm zurufen und sagen: Mein Freund, es geht auch mit etwas weniger, würde er sagen können: Nein, das stimmt nicht. Ich habe es probiert. Es geht nicht.

Genau das sind die vier Gründe dafür, dass wir dem Antrag der Bundesregierung im Bundesrat nicht gefolgt sind.

Ich will grundsätzlich sagen, dass der Einsatz von **Antibiotika** auch im landwirtschaftlichen Bereich wie in der Humanmedizin seinen Sinn und Zweck hat. Wir alle profitieren vermutlich selbst davon, wir alle haben Erfahrungen mit Antibiotika zur Auskurierung von Krankheit. Aber der flächendeckende Einsatz von Antibiotika als grundsätzliche Beigabe hat ein Maß erreicht, das nicht mehr tolerabel ist. Es ist der Sinn der Gesetzgebung, dass wir davon herunterkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In der **Tiermast** - diese Zahlen haben alle Experten nicht erwartet - werden pro Jahr 1.700 t Antibiotika eingesetzt. In der Humanmedizin sind es ungefähr 800 t, also konservativ doppelt so viel in der Tiermast. Es muss ein Minimierungsgebot geben. Es muss eine klare politische Maßgabe geben, davon herunterzukommen.

Erstens. Genau das leistet der Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht. Er konzentriert die Frage von Antibiotikumsinsatz allein auf die Tiermast. Es muss aber für den gesamten Bereich der **Landwirtschaft** gelten.

Zweitens. Er führt keine amtliche bundeseinheitliche und zentrale **Datenbank** ein, also ein Register für alle. Das ist auch deswegen wichtig, damit sich die Kosten nicht noch einmal auf alle Länder auswirken, sondern wir günstiger wegkommen. Eine solche Datenbank würde etwa 22 Millionen € kosten - bei den Problemen, vor denen wir stehen, ein berechtigter Betrag. Wenn allerdings jedes Land das selbst machen müsste, würde es wirklich aberwitzig. Also, eine zentrale Datenbank ist entscheidend.

Drittens. Es muss ein klares Minimierungsgebot geben.

Viertens. Es muss auch die Möglichkeit geben, dass eine Behörde sagt: Die Gründe sind nicht hinreichend; du musst dich anders verhalten.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Alle diese Punkte und noch eine Reihe von weiteren technischen Punkten sind im Bundesrat behandelt worden. Sie sind von der Bundesregierung nicht übernommen worden. Dann ist das übliche Verfahren so, dass man nicht zustimmt, um den Vermittlungsausschuss zu erzwingen. Das passierte am 22. März. Das war der Grund, dass die Landesregierung nicht zugestimmt hat. Hätten wir zugestimmt, hätten wir alle diese Punkte nicht mehr in das Gesetzgebungsverfahren einspeisen können. Ich halte diese Punkte für unbedingt erforderlich, damit wir eine möglichst antibiotikareduzierte Landwirtschaft bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Ich bin nicht sprachlos, jedoch ein wenig enttäuscht, bei einem so wichtigen Thema mit „Putt, putt, putt!“ zu kommen. Bei einem solchen hochsensiblen Thema ist das meiner Meinung nach nicht richtig getroffen. Ich will Ihnen erklären, warum.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Weil die **Hühner** nur „Putt, putt, putt!“ können, heißt das nicht, dass wir im Parlament auch mit „Putt, putt, putt!“ weitermachen.

Allein diese Karikatur dazu zu benutzen, ist genau das, was wir in den Legislaturperioden vorher angezweifelt haben. Gerade im Bereich der Masthühner und Legehennen **Antibiotika** prophylaktisch einzusetzen - das wissen Sie als Minister ganz genau - und so zu missbrauchen, ist nicht der richtige Weg.

Ich bin froh, dass es die Novellierung des 16. Arzneimittelgesetzes auf Bundesebene mit sehr guten Ansätzen gibt. Ich will mit einem Zitat beginnen. Dieses Zitat stammt von Dr. Hans-Joachim Götz. Das ist der Präsident des Bundesverbands praktizierender Tierärzte. Das Zitat lautet:

„Es geht um eine der tiefgreifendsten Gesetzesnovellen mit deutlichen Konsequenzen für die Antibiotikaaanwendung, so wie wir es schon lange gefordert haben.“

Das sagt im Grunde genommen alles aus. Wenn der Bundesverband praktizierender Tierärzte selbst zu-

gibt, dass wir in Zukunft anders damit umgehen müssen, wie wir Antibiotika in der **Tierhaltung** verwenden, dann ist das bezeichnend.

Ich will Ihnen hier in aller Kürze erläutern, warum wir von diesem Gesetzentwurf begeistert sind. Wir werden zukünftig über eine Datenbank - das haben Sie meiner Meinung nach nicht richtig geschildert - bundesweit, wenn Sie zustimmen würden, die Möglichkeit haben, nicht nur die Tierbestände zu melden, sondern auch zu melden, in welcher Form für diese Tierbestände Antibiotika eingesetzt werden. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn Sie wissen, dass ein Tierbestand in irgendeiner Form von einem Mittelwert einzusetzender Antibiotika abweicht oder über lange Perioden Antibiotika einsetzt, das von diesem Mittel abweicht, wäre anzeigepflichtig und damit auch unter behördlicher Kontrolle.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Rickers, ich verstehe Ihre Begeisterung für das Gesetz nicht, welches die Bundesregierung vorgelegt hat. Zum Beispiel ist dort keine Verpflichtung enthalten, die Dosierung der verabreichten Medikamente zu dokumentieren. Das ist aus meiner Sicht großer Blödsinn und ein Riesenmangel. Deshalb kann die Landesregierung dem im Bundesrat nicht zustimmen.

- Herr Matthiessen, ich will Ihnen sagen, warum es großer Blödsinn ist, dem nicht zuzustimmen. Wenn Sie das jetzt in den Wahlkampf schieben - Sie wissen genau, dass es nach einer Regierungsbildung einer gewissen Findungsphase im Bundsparlament bedarf, bis dieses Thema wieder auf die Tagesordnung kommt -, dann werden realistisch geschätzt mindestens 12 Monate ins Land gehen, bevor wir dieses Thema auf Bundesebene neu bearbeiten.

Insofern vertun wir damit eine große Chance, wenn wir davon ausgehen, dass in dieser **Datenbank** nicht nur die Tierbestände, sondern auch die Mengen der verwendeten Arzneimittel gemeldet werden. Um sich letztendlich ein Bild zu machen und auch darauf hinzuweisen, dass wir als Landwirt von

(Heiner Rickers)

einem Empfehlungswert abweichen, ist das genau der Schritt in die richtige Richtung.

Ich habe damit nicht gesagt, dass das nicht verbesserungswürdig sei, ich habe jedoch gesagt, dass wir, wenn wir es nicht machen, genau bei dem Status quo, den wir jeden Tag anzweifeln, bleiben und damit weiterhin diese 1.734 t Antibiotika, die wir 2011 in der Statistik festgehalten haben, verbrauchen würden. Das kann es natürlich nicht sein.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Rickers, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, sehr gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege, sind Sie mit mir einer Meinung, dass es sehr viel informativer gewesen wäre, hätte der Herr Umweltminister, statt bunte Bildchen hochzuhalten, uns konkret wissen lassen, mit welchen vermeintlichen oder tatsächlichen Verbesserungen die schleswig-holsteinische Landesregierung ins Vermittlungsausschussverfahren zu diesem Gesetzentwurf gegangen wäre?

(Martin Habersaat [SPD]: Genau das hat er doch geschildert!)

- Natürlich kann ich Ihnen da zustimmen und kann es sogar noch ergänzen. Ich hätte mir vom Minister schon gewünscht, dass er hier detailliert über einen Gesetzentwurf, auch wenn er nicht aus seiner Partei kommt, Bericht erstattet, um dann zu sagen: In folgenden Punkten kann ich mit diesem Gesetzentwurf nicht leben und muss deswegen versuchen, das im Vermittlungsausschuss entweder so weit zu führen, dass wir zu einem Ergebnis kommen, oder letztendlich bei der Ablehnung bleiben. Das hätte ich mir gewünscht.

(Martin Habersaat [SPD]: Besser hätte man das nicht didaktisch aufbereiten können! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Sprach der Herr Lehrer!)

- Sprach der Herr Lehrer, und der Herr Lehrer kann gern eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt wieder der Herr Abgeordnete Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Das ist vom Ansatz her gut. Wir wären natürlich über diese Datenbank zukünftig in der Lage, einen Überblick über den Einsatz von Antibiotika in den Mastbetrieben zu bekommen. Wir würden auch einen Überblick über die Behandlungshäufigkeit in jedem einzelnen Betrieb bekommen. Und wir würden bei Überschreiten eines gewissen Durchschnitts, der vorher über den Hoftierarzt und letztendlich über den Kreisveterinär festzulegen ist, Prüf- und Handlungsempfehlungen für den jeweiligen Landwirt mit auf den Weg bekommen.

Sie können davon ausgehen, dass alle Landwirte allein durch diese Vorgehensweise zukünftig dermaßen sensibilisiert sein werden, dass sie zumindest von diesem Mittelwert, der zukünftig festgelegt sein wird, nicht abweichen wollen, weil sie sich scheuen, den Kreisveterinär auf dem Hof zu haben. Allein aus diesem Grund gehe ich davon aus, dass dieses Gesetz, wenn es letztendlich durchgehen sollte, genau den richtigen Weg beschreitet.

Wir nutzen dieses Gesetz im Moment - das ist wieder etwas, das mir bei den Aussagen des Umweltministers nicht gefällt - für den Wahlkampf. Das kann es natürlich nicht sein. Ich erinnere an die Debatten, die wir geführt haben, als es darum ging, in der Hähnchenmast weniger prophylaktisch Antibiotika einzusetzen. Herr Hay hat dazu durchaus detailliert mit fundiertem Wissen gesprochen. Wir waren uns am Ende einig, dass wir über alle Fraktionen hinweg zukünftig in diese Richtung marschieren wollen.

Sehr geehrter Herr Minister, im Moment - das wissen Sie auch - haben wir über das Prüfsystem Qualität und Sicherheit, QS-Siegel, in dem Bereich der Hühnerhaltung überhaupt keine Möglichkeit, auf die Daten in den Betrieben zurückzugreifen.

Insofern sind wir alle gefordert, zukünftig die richtige Richtung einzuschlagen. Ich bin, wie gesagt, enttäuscht und fordere Sie hiermit nochmals auf, das Ganze zu überdenken. Statt „Putt, putt, putt!“ gehen Sie bitte in sich, entscheiden Sie sich, und versuchen Sie, Anfang Juni dem Gesetzentwurf zuzustimmen, damit wir noch vor der Wahl auf eine Linie kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Ich danke dem Minister für diesen anschaulichen Bericht, und ich danke ihm auch, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat diesem Gesetzentwurf nicht zugestimmt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes verfehlt nämlich das selbstgesetzte Ziel, den Einsatz von **Antibiotika** in der **Tierhaltung** zu minimieren, und bleibt an vielen Stellen hinter dem Notwendigen zurück. Wir brauchen dringend eine Verschärfung des Arzneimittelgesetzes, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Ich hoffe auf die Beratungen im Vermittlungsausschuss im Juni. Ich denke, dass die Zeichen, die wir bekommen, gut sind.

Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Qualität der tierischen Lebensmittel ist nur durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika zu sichern. Wir brauchen Klarheit, Offenheit und Transparenz im System.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die Agrarministerkonferenz hat sich in ihren Beschlüssen zur Erarbeitung eines verbindlichen nationalen Antibiotika-Minimierungskonzepts verpflichtet. Das vorgelegte Gesetz wird den eigenen Anforderungen nicht gerecht. Also ist es nur folgerichtig, dass im Bundesrat diesem Entwurf nicht zugestimmt wird.

Ein wesentlicher Grund für diese 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes ist die Aufrechterhaltung der Wirksamkeit von Antibiotika. Antibiotika zur Behandlung bakterieller Erkrankungen bei Mensch und Tier sind unverzichtbar. Es muss sichergestellt werden, dass die Mengen an Antibiotika, die wir in der **Landwirtschaft** nutzen, die Sicherheit nicht gefährden.

Es reicht nicht aus, sich nur um Mastbetriebe, um Masthühner, Puten und Schweine zu kümmern. Wir müssen eine verlässliche Übersicht über alle Antibiotikaverbrauchsmengen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung erhalten. Sauen, Hühner und Fischzuchten müssen in ein novelliertes **Arzneimittelgesetz** eingebunden werden.

Damit klar wird, welche Mengen den Tieren konkret verabreicht werden, brauchen wir Kenntnis über die eingesetzten Mengen. Denn die Entwicklung von Antibiotikaresistenzen ist nicht nur ein Resultat der Behandlungshäufigkeit. Daher ist das Verfahren der Kennzahlenermittlung im Antibiotika-Einsatz ein weiteres Prozedere, das dringend Klarheit braucht.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Hier fehlt dem Gesetzentwurf Kraft.

Bei zu hohen Antibiotikaanwendungen ist vorgesehen, dass sich Landwirt und Tierarzt erst einmal darüber unterhalten, ob eine Reduktion möglich ist. Unterhalten finde ich im Prinzip richtig klasse, aber es müssen absehbar, zeitnah Lösungen auf den Tisch. Es ist aber vorgesehen, dass erst anderthalb Jahre ins Land gehen müssen, bevor die Behörden bei dokumentiertem überhöhten Verbrauch Maßnahmen ergreifen können.

Die gesamte landwirtschaftliche **Nutztierhaltung** in Deutschland muss sich stärker an den gesellschaftlichen Anforderungen ausrichten, wenn sie ihre Akzeptanz nicht verlieren beziehungsweise diese wiedererlangen will.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass der Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht isoliert betrachtet werden darf. Wir müssen ganzheitlich denken: Tierhaltungssysteme müssen an die Tiere angepasst werden und nicht die Tiere an die Haltungssysteme.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Tierwohl muss ein Leitgedanke für die Forschung zu tiergerechten Haltungsformen und für mehr **Tierschutz** in der Nutztierhaltung sein. Es ist kein Geheimnis - das weiß jeder Landwirt, jeder Bauer -: Wenn die Tiere ordentlich gehalten, gefüttert und behandelt werden, sind sie gesünder. Dann brauchen sie weniger Medikamente. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der massenhafte Einsatz von **Antibiotika** in der **Tierhaltung** ist eine tickende Zeitbombe. Die Verbreitung multiresistenter Keime führt zu großen Problemen in der Humanmedizin. Menschen sterben daran. Krankheitsverläufe werden erheblich komplizierter, wenn sich Patienten im Krankenhaus Keime einfangen, gegen die keine Mittel mehr wirken.

In der Tierhaltung werden zum Teil die gleichen Antibiotika eingesetzt wie in der **Humanmedizin**. Das fördert die Entwicklung resistenter Keime. Diese Keime verbreiten sich auch außerhalb von Tiermastanlagen.

Spätestens seit uns vor gut einem Jahr Berichte über antibiotikaresistente Keime im Hähnchenfleisch von diversen Supermärkten aufgeschreckt haben, ist dies auch wieder einmal ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Trotzdem spreche ich mich natürlich nicht gegen den Einsatz von Antibiotika aus. Kranke und leidende Tiere müssen selbstverständlich nach den Regeln der Kunst behandelt werden. Das ergibt sich auch aus dem Tierschutzgesetz und der dort verankerten Fürsorgepflicht der Tierhalter für ihre Tiere.

Den meisten war das Ausmaß des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung nicht bekannt. Der Minister nannte es: Wir verbrauchen in der **Tiermedizin** ungefähr 1,7 Millionen kg antibiotisch wirksamer Stoffe. Die Dosierungen betragen meistens Milligramm pro Kilogramm. Daran können Sie sehen, welche Tiermengen dort versorgt werden. In Deutschland werden in der Tierhaltung mehr als doppelt so viel Antibiotika wie in der Humanmedizin verabreicht. Dieses quantitative Ausmaß ist ein klares Indiz dafür, dass es sich eben nicht um erkrankte Einzeltiere handelt.

Der Einsatz von Antibiotika zur Leistungssteigerung ist seit 2006 EU-weit verboten. In Deutschland dürfen Antibiotika nur nach tierärztlicher Untersuchung und nicht prophylaktisch verabreicht werden. Die sogenannten **Leistungsförderer** wurden also verboten. Nun steckt ein betriebswirtschaftliches Geheimnis dahinter: Wenn ich niedrig dosiert Antibiotika gebe, dann habe ich nicht so viele mitfressende Keime im Darm, und ich kann die Futtermittelverwertung etwa um ein Drittel steigern. Das ist der Hintergrund.

Seitdem wir diese Leistungsförderer in der Mast verboten haben, hat plötzlich ein neues System um

sich gegriffen. Da fährt der Tierarzt über Land und sagt: Oh, da hustet ein Hähnchen. Dann behandle ich einfach den ganzen Stall prophylaktisch, natürlich nicht zu hoch dosiert. Damit habe ich dann denselben Effekt, den ich vorher mit den verbotenen Leistungsförderern in der Tiermast hatte, mit Blick auf die ökonomische Seite der industriellen Tierhaltung ebenfalls erreicht. Dagegen wendet sich die jetzige Politik zur weiteren Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes.

Meine Damen und Herren, der Einsatz der Antibiotika kommt zum allergrößten Teil nicht in der normalen kurativen Tierarztpraxis im Lande zur Anwendung, sondern bei spezialisierten Tierärzten mit überregionalem Einzugsgebiet. Darum auch der Hinweis des Ministers, dass wir unbedingt eine zentrale nationale Erfassung brauchen, weil diese spezialisierten Tierarztpraxen, die mit ihren dicken Autos Hunderte von Kilometern am Tag abreißen, an Ländergrenzen nicht haltmachen.

Unterstützt wird diese Feststellung auch durch detaillierte Studien aus Nordrhein-Westfalen. Wir bekommen die industrialisierte Tierhaltung ohne Antibiotika nicht in den Griff, oder wie die Kollegin richtig ausgeführt hat: Wir passen sozusagen mittels Antibiotika Tiere an nicht tiergerechte Haltungssysteme an.

Die Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen belegen auch, dass Masthühnchen, die nur noch ganze 30 bis 35 Tage alt werden, mit bis zu acht verschiedenen antibiotisch wirksamen Stoffen behandelt werden. Diese Zahlen deuten auf einen weiteren Missstand in der Tierhaltung hin, wonach diese Haltungsbedingungen kein normales antibiotikafreies Leben der Tiere ermöglichen.

Meine Damen und Herren, gegen **Arzneimittelmisbrauch** in der **Tierhaltung** kämpfen wir Grünen schon immer und schon lange. Veränderungen in der Politik durchsetzen heißt - das sagte auch Kretschmann, bevor er Ministerpräsident wurde - „dicke Bretter bohren“.

Meine Fraktion stellte den ersten Antrag zu diesem Thema mit der Forderung nach einem Verbot routinemäßiger prophylaktischer Anwendung von Antibiotika in der Tiermast und dem Verbot des Einsatzes von Futtermittelzusatzstoffen mit antimikrobieller Wirkung, sie wurden 2006 verboten. Hören Sie zu, Herr Kollege Rickers. Diese Politik haben wir aus diesem Hohen Haus heraus im Jahr 1997 mit der Drucksache 14/488 auf den Weg gebracht. Das heißt, es vergehen neun Jahre vom ersten politischen Anstoß bis zu dem Zeitpunkt, an dem solche

(Detlef Matthiessen)

Verbote exekutiert und in Recht und Gesetz gefasst werden.

Das bedeutet, dicke Bretter zu bohren. Wir Grünen werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die **industrielle Tierhaltung** verboten wird. Sie ist ohne den Einsatz von Antibiotika nicht vorstellbar. Wir begrüßen, dass im Bundesrat mit den Stimmen des Landes Schleswig-Holstein der Weg für ein Vermittlungsverfahren freigemacht wurde. Als Ergebnis erhoffen wir, dass ein wirksames Gesetz mit durchschlagender Wirkung und kein Placebo zustande kommt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Hohes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe leider kein Bild mitgebracht, aber ich möchte aus einem wirklich bedeutenden Dokument der Zeitgeschichte zitieren, und zwar aus dem **Koalitionsvertrag** von Rot-Grün-Blau. Dort steht der wirklich gute Satz:

„Wir wollen den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung reduzieren.“

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Das ist eine These, die wir absolut teilen. Wir teilen nicht alles aus dem Koalitionsvertrag, aber diesen Punkt teilen wir. Es wurde schon gesagt, es ist in den letzten Jahren vermehrt zum Auftreten von multiresistenten Keimen gekommen. Wir sind uns einig darin, dass wir die Anzahl solcher Keime verringern müssen.

Ich war aber erstaunt darüber, dass das Gesetz, das der Bundestag beschlossen hat, im Bundesrat abgelehnt und im Vermittlungsausschuss immer noch nicht weitergebracht worden ist. Ich denke, man sollte bei diesem Gesetz keine Zeit verlieren. Man sollte keine taktischen parteipolitischen Spielchen machen. Das Gesetz sollte zügig verabschiedet werden, weil es das eben beschriebene Ziel aus dem Koalitionsvertrag genau verfolgt.

Meine Damen und Herren, auch neuere Untersuchungen beispielsweise aus Niedersachsen haben bewiesen, dass die Nutzung von Antibiotika in vielen Tierhaltungen die Regel ist. Auch die aktuelle **QS-Studie** zeigt, dass gerade einmal ein kleiner

Teil der Landwirte **komplett** auf den **Einsatz von Antibiotika verzichtet**. Zwar sind die Zeiten, in denen Antibiotika eingesetzt werden, überschaubar, aber die Untersuchungen zeigen, dass es in allen Bereichen Betriebe gibt, die ohne Antibiotika auskommen. Bei diesen Betrieben handelt es sich in der Mehrzahl um konventionell wirtschaftende Betriebe. Man sollte wirklich mit der Schwarz-Weiß-Malerei in diesem Bereich aufhören. Es gilt, sich an den Betrieben zu orientieren, die keine Antibiotika einsetzen, damit die Betriebe mit einem hohen Einsatz diesen zurückführen. Daher brauchen wir diesen Vergleich.

(Beifall FDP)

Damit wir das Ziel erreichen, benötigen wir eine **Stärkung der Tiergesundheit**. Mit dem im Bundesrat vorliegenden Gesetzentwurf wird das grundsätzliche Ziel durchaus verfolgt. Der Bundestag will den Behörden die Möglichkeit geben, Tierhaltern, die die Bedingungen nicht einhalten, Auflagen zu machen, damit sie besser mit ihren Tieren umgehen. Der im Bundestag beschlossene Entwurf nutzt vorhandene Datenbanken und hält somit die Dokumentation für die Tierhalter überschaubar. Man muss immer darauf achten, dass die Landwirte nicht zu sehr zu „Schreibwirten“ werden. Bei aller **Dokumentationspflicht**, die der Landwirt hat, muss er auch die Zeit haben, um in den Stall zu gehen und nachzusehen und darauf zu achten, dass es den Tieren wirklich gut geht. Dafür muss er bei all seinen Pflichten Zeit haben.

Noch ein Wort zu den schon erwähnten **Kennzahlen**: Durch das neue Arzneimittelgesetz werden Kennzahlen über die Nutzung von Antibiotika eingeführt, mit denen Betriebe in Zukunft verglichen werden können. Somit können schlecht wirtschaftende Betriebe herausgefiltert werden. Betriebe, die über diesen Kennzahlen liegen, werden in den nächsten Jahren investieren müssen. Wenn dies dokumentiert ist, dann ist natürlich Druck da. Sie müssen dann investieren, um die Auflagen zu erfüllen. Das nützt der Tiergesundheit.

Der Entwurf, wie er derzeit im Vermittlungsausschuss liegt, beschreitet den richtigen Weg. Ich denke, er sollte zügig beschlossen werden. Es nützt nichts, dicke Backen zu machen und den Entwurf im Bundesrat zu blockieren. Dieses Gesetz eignet sich nicht als Wahlkampfthema. Ich hoffe, dass es eine schnelle Lösung gibt. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die es sicherlich in einigen Punkten gibt, denke ich, dass wir bei diesem Gesetz gar nicht so weit auseinander liegen. Ich bitte Sie, im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss ratio-

(Oliver Kumbartzky)

nal an die Sache heranzugehen. Eine weitere Verzögerung ist meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt. Ich bitte um eine konstruktive Zusammenarbeit im Bundesrat, damit das Gesetz schnell auf den Weg gebracht werden kann, denn wir alle wollen schließlich die Senkung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Einarbeitung in das Thema der heutigen Debatte und nach dem Hören der verschiedenen Wortbeiträge denke ich, dass man sehr wohl sagen kann: Es ist eigentlich gut, dass wir uns nicht mehr darüber streiten, ob wir für die Reduzierung sind, sondern dass es nur noch um das Wie geht.

Gleichwohl muss ich sagen, dass ich es richtig finde, dass die rot-grün regierten Bundesländer den Vermittlungsausschuss angerufen haben. Ich will kurz begründen warum: Ich denke, drei Punkte sind entscheidend.

Erstens. Die **Fristen**, die verstreichen müssen, ehe Behörden tätig werden können, sind aus unserer Sicht viel zu lang bemessen. Es kann nicht sein, dass Betriebe, in denen der Einsatz von Antibiotika deutlich zu hoch ist, frühestens nach einem Jahr mit Konsequenzen rechnen müssen. Hier sehen wir einen Korrekturbedarf.

Zweitens. Wenn wir eine ordentliche Vergleichbarkeit herstellen wollen und wenn die Datenerhebung der Veterinäre auch für wissenschaftliche Zwecke sinnvoll nutzbar sein soll, dann brauchen wir eine **einheitliche Datenverfassung**, wie sie vom Minister dargestellt worden ist.

Drittens. Es ist darauf hingewiesen worden: Bei der Tierzucht gibt es Einigkeit. Sie muss abgedeckt werden. Ich denke, dass wir sagen müssen, dass Legehennen und Milchrinder natürlich dazugehören müssen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

An dieser Stelle habe ich eine Frage. Vielleicht habe ich es nicht ganz richtig gelesen. Herr Garg, ich fand Ihre Zwischenfrage eben vollkommen überflüssig. Jeder kennt die Drucksachen. Wir kennen den Beschluss des Bundesrats, 149/13, und wir ken-

nen natürlich die Anrufung des Vermittlungsausschusses. Dort steht sehr detailliert, was die von Rot-Grün regierten Länder - unter anderem auch unsere schleswig-holsteinische Regierung - im Vermittlungsausschuss ändern wollen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, das ist ein Irrtum. Nicht Herr Dr. Garg hat jetzt das Wort, sondern ein anderer Abgeordneter. Herr Heiner Rickers fragt Sie, ob Sie eine Frage oder eine Bemerkung erlauben.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, Sie haben das Wort.

Heiner Rickers [CDU]: Auch wenn ich nicht weiß, ob Sie diesen oder jenen Heiner meinen, hätte ich gern eine Frage gestellt: Ist Ihnen bekannt, dass die tägliche Produktion besonders bei den Produktionsrichtungen Milch und Eier über ein relativ dichtes Netz durch diejenigen, die die Ware aufnehmen und weiter in den Handel bringen, kontrollierbar bleibt? - Ist Ihnen zweitens bekannt, dass über Produkthaftung die Sensibilisierung der Erzeuger dermaßen groß ist, dass die Gefahr, wie Sie sie hier überspitzt formulieren, nämlich überhaupt keine Kontrolle über den Einsatz von Antibiotika zu haben, aus meiner Sicht nicht gegeben ist?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Kollege Rickers, es kann sein, dass sie aus Ihrer Sicht nicht gegeben ist. Es gibt aber Untersuchungen, durch die zum Beispiel nachgewiesen worden ist, dass man auf der Schale von Bio-Eiern sehr viel weniger antibiotikahaltige Stoffe gefunden hat als auf traditionell produzierten Eiern. Insofern gibt es Unterschiede, und ich finde, diesen muss man gerecht werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Frage, die ich jetzt stellen möchte, lautet wie folgt, aber vielleicht habe ich eben den Redebeitrag der SPD auch falsch verstanden: In der Anrufung des Ver-

(Angelika Beer)

mittlungsausschusses wird in Absatz 1 Punkt 1 beantragt, den ersten Halbsatz wie folgt neu zu fassen:

„Wer Tiere der Gattung Rind, ausgenommen milchgebende Rinder, Schwein, Huhn ..., ausgenommen Legehennen, Pute sowie Fische berufs- und gewerbsmäßig hält...“

Ich verstehe diese Formulierung so, dass keine umfassende Korrektur des Gesetzentwurfs beantragt worden ist, sondern dass Ausnahmen akzeptiert werden. Ich fände das äußerst bedauerlich. Wir wollen eine generelle Aufnahme sämtlicher Lebewesen. Vielleicht kann ein Kollege in der Folgedebatte noch etwas dazu sagen?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen, nämlich eine Untersuchung, die mir aufgefallen ist und dessen Ergebnis mich auch etwas erschreckt hat. Es gibt eine **Untersuchung der Technischen Universität München** aus dem Jahr 2009, in der aufgezeigt worden ist, dass die Antibiotikaresistenz von - ich habe es eben gerade gesagt - auf der Eierschale lebenden Bakterien bei den Bio-Eiern deutlich niedriger ist als bei konventionellen Eiern. Das heißt, auch die Entwicklung von Resistenzen bei **Legehennen** muss ein Thema sein.

Auch wenn es nicht direkt um das Tierwohl geht, will ich doch sagen: Wir müssen die **Milchrinder** einbeziehen. Denn bei einer Milchhöchstleistung von bis zu 50 kg am Tag gibt es Probleme mit der Tiergesundheit. Die Euter entzünden schneller. Was ist die Folge daraus: dass man wieder mehr Antibiotika füttert. Das ist ein Teufelskreis, aus dem man nicht herauskommt.

Zum Ende möchte ich noch auf einen Artikel im „New Scientist“ hinweisen, in dem im November 2012 darüber berichtet wurde, dass es vielen Medizinern zunehmend mulmig wird, da immer häufiger sogenannte vierfach multiresistente Bakterien auftreten. Der kundige Matthiessen hat es ja erwähnt, solche Bakterien entwickeln Resistenzen gegen eine Klasse von Antibiotika, die die Mediziner als letzte Reserve für schwere Infektionen horten, für Fälle, in denen sonst gar nichts mehr hilft.

Ich glaube, an dieser Stelle ist es schon gut, grundsätzlich zu diskutieren. Ich stelle Ihnen und auch uns die Frage: Wollen wir uns wirklich weiter eine Tierhaltung leisten, die auf Kosten der Gesundheit geht?

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wollen wir uns eine Tierhaltung leisten, die mit dazu beiträgt, dass Krankheiten nicht nur geheilt und Menschenleben nicht nur gerettet werden können? Ich glaube, das wäre unverantwortlich. Deshalb hoffe ich auf eine schnelle Befassung im Vermittlungsausschuss und am Ende auf ein gutes Gesetz. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die **Antibiotikaresistenz** beim **Menschen** hat sich mittlerweile zu einem großen Problem in der Medizin entwickelt. Einige Krankheitserreger, die die Ärzte vor Jahren noch im Griff hatten, lassen sich heute nur schwer mit Antibiotika bekämpfen, und der Genesungsprozess gerät immer häufiger in Gefahr. Immer öfter wird eine Antibiotikaresistenz festgestellt, und solche Resistenzen haben die unterschiedlichsten Ursachen.

Ein deutlicher Zusammenhang besteht aber in der Häufigkeit zwischen Antibiotikaverbrauch und Resistenzentwicklung. Ein Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Antibiotika in der Tierproduktion und der Antibiotikaresistenz bei Menschen ist nicht zu leugnen.

Der Verbrauch von **Antibiotika in der Tierproduktion** ist in den letzten Jahren alarmierend angestiegen. Im Jahr 2005 wurden noch 784 t Antibiotika an Tierärzte geliefert, im Jahr 2011 waren es bereits 1.734 t Antibiotika. BUND und der ökologische Ärztbund kritisieren, dass mittlerweile mehr Antibiotika in der Intensivtierhaltung eingesetzt werden als in deutschen Kliniken. Unfassbar ist der übertriebene Einsatz von Antibiotika bei Geflügel. Dort gibt es mittlerweile Fälle, in denen Antibiotika nicht wirklich aus medizinischen Gründen verabreicht, sondern als Mastbeschleuniger genutzt werden.

Gegen diese Praktiken muss vorgegangen werden - ob es die Hähnchen aus Nordrhein-Westfalen oder die Puten aus Rumänien sind. Die Fälle häufen sich und werden immer extremer.

Das Problem ist seit Jahren bekannt. Daher war es auch gut und richtig, dass es endlich angegangen werden sollte. Die Änderung des Arzneimittelge-

(Flemming Meyer)

setzes hatte daher das Ziel, den Antibiotika-Einsatz bei Nutztieren zu reduzieren und den sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika zu fördern. Zentrale Grundlage für diese Maßnahme soll die Errichtung einer gemeinsamen **Datenbank** sein. Dort soll auf Basis der stärkeren **Dokumentationspflicht** eine Vergleichbarkeit der Betriebe möglich gemacht werden. Das heißt, die Überwachungsbehörden können dort anhand der gesammelten Daten den Einsatz und die Häufigkeit von Antibiotika bundesweit in den Betrieben nachvollziehen und vergleichen. Die daraus resultierenden Ergebnisse sollen dann genutzt werden, um im Einzelfall verpflichtende betriebliche Konzepte zur Antibiotikaminimierung vorzuschreiben. So weit, so gut.

Doch eine solche Datenbank erstellt und pflegt sich nicht von selbst. Die Kritik aus der Anhörung zum Entwurf hat ergeben, dass damit ein **kompliziertes Erhebungsverfahren** und ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand verbunden sind. Die Möglichkeit einer unmittelbaren Auswertung der Daten ist somit nicht gegeben. Darüber hinaus geht die Kritik dahin, dass dadurch die Kontrollen verzögert und Sanktionen bei Verstößen auf die lange Bank geschoben würden.

Zudem fehlt in dem Gesetz gänzlich ein Senkungsziel für den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung. Woran sollen sich also die Überwachungsbehörden orientieren?

Die Einrichtung einer solchen Datenbank macht aber nur dann Sinn, wenn diese Punkte auch berücksichtigt werden: Der Einsatz von Antibiotika muss deutlich minimiert werden. Dafür brauchen wir klare Angaben und Konzepte, die dies in der Aufzucht und in der Mast entsprechend berücksichtigen. Die Errichtung und Überwachung einer zentralen Datenbank muss in der Verantwortung des Bundes liegen, weil Tierproduktion mittlerweile länder- und nationenübergreifend ist.

Leider hat Ministerin Aigner entsprechende Vorschläge vonseiten der Länder hierzu völlig ignoriert. Sie hat damit die Chance vertan, ein vernünftiges Gesetz auf den Weg zu bringen, das den Ansprüchen des Verbraucherschutzes

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

auf sichere Lebensmittel auch gerecht wird. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Vielen Dank für die Worterteilung. - Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal nach dem Beitrag von Herrn Rickers zu Wort gemeldet, weil dieser so typisch war. Da kam wieder der Verweis auf die Produkthaftung, verbunden mit der Metabotschaft: Das ist doch gar nicht so schlimm, wir haben doch die Produkthaftung.

Ich möchte Ihnen einmal ein Beispiel erzählen. Da wird ein Bauer mit einem Tierbestand in ein Krankenhaus wegen einer banalen Krankheit eingeliefert, und er wird wieder entlassen. Er hinterlässt aber Schmier auf einem Türgriff, und dadurch infiziert sich jemand, der eine Organtransplantation hinter sich hat, also immungeschwächt ist. - So, jetzt machen Sie mir einmal klar, wie in einem solchen Fall irgendwie eine Produkthaftung geltend gemacht werden sollte, natürlich vor dem Hintergrund, dass wir auch in der Humanmedizin das Problem haben, dass dort viel zu viele antibiotische Medikamente verschrieben werden, dass auch in Krankenhäusern oft an Stellen massenhaft Antibiotika eingesetzt werden, wo sie vielleicht nicht notwendig wären. Dies gilt zum Beispiel für die kurative Praxis, Kinderärzte und so weiter. Das alles trägt dazu bei, dass wir ein multikausales Geschehen haben.

(Wortmeldung Heiner Rickers [CDU])

- Ich lasse gern eine Frage zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Er möchte 3 Minuten sprechen, Sie können weiterreden und sich entspannen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist also ein multifaktorielles Geschehen. Typischerweise kommen Sie dann und verwässern die Debatte, statt zu sagen: Ich als CDU-Agrarpolitiker stelle mich schützend vor die bäuerliche Landwirtschaft und gegen die industrielle Landwirtschaft, gegen den Antibiotika-Einsatz. Stattdessen reden Sie hier von einer Produkthaftung, die in diesen Fällen völlig unwirksam ist.

(Detlef Matthiessen)

Ich sage das, weil das ein typischer Vorfall ist: Die CDU bremst eine gegen Antibiotika gerichtete Agrarpolitik systematisch aus. Das haben wir an diesem kleinen Beispiel wieder erlebt, dass Sie sagen, es gebe doch die Produkthaftung, es gebe bei Milch und Eiern doch die ständige Überwachung und so weiter. Herr Rickers, ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass die Abschätzung, wie viel Todesfälle wir durch Multiresistenzkrankungen haben, in einer Größenordnung von 30.000 liegt. Es handelt sich hier also nicht um eine Petitesse, die wir zu regeln haben, sondern um ein massives gesundheitspolitisches Problem. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ein bisschen Schwung in die Debatte kommt. Herr Matthiessen, ich will Ihnen gern auch sagen, warum.

Herr Matthiessen, ich hätte Ihnen gern vorhin schon eine Frage gestellt, denn Sie haben uns in Ihrem Fünfminutenredebeitrag vorhin in keinsten Form die Frage beantwortet, warum Sie die 16. Novellierung des Arzneimittelgesetzes im Moment überhaupt blockieren.

Herr Meyer, ich muss Ihnen zustimmen, Sie haben bis zum Schluss, auch in Ihrer Schlusssatzung, das wiedergegeben, was ich durchaus genauso sehe.

Meine Frage - Herr Matthiessen, das haben Sie falsch verstanden - an Frau Beer ging in die Richtung, ob ihr nicht deutlich sei, dass zum Beispiel Milchviehbetriebe durch ein standardisiertes Programm über die Milchsammelwagen statistisch mindestens sechs- bis siebenmal im Monat kontrolliert werden, sodass allein aus dieser Angst heraus doch niemand seine Milchqualität in irgendeiner Form negativ beeinflussen würde. Deswegen ist das Problem in den **Milchviehbetrieben** so gut wie ausgeschlossen, dass Antibiose, so wie Sie es immer wieder darstellen, verschleudert oder unnützlich eingesetzt wird.

Ähnliches gilt für die **Leggehennenbetriebe**: Derjenige, der Eier produziert, ist heute so gläsern und so sehr von seinem Abnehmer und seiner Kundschaft abhängig - was auch gut ist -, und deshalb auch darauf bedacht, dass er der Produktqualität gerecht

wird und zudem noch über Produkthaftung doppelt belastet, dass er nie auf die Idee kommen würde, prophylaktisch Antibiose einzusetzen, nur um seine Hühner ein bisschen gesünder zu halten. Ich glaube, da reden Sie am Problem vorbei.

Herr Matthiessen, das große Problem - und das wissen Sie als Tierarzt viel besser als wir - sind nach wie vor die **großen Mastbestände**, und da - das habe ich dargestellt - sind es eher die Bestände im Bereich der **Geflügelhaltung**, weil sie ihre Tierbestände über QS oder über ein Monitoring in Form irgendeiner Datenbank mit dem jeweiligen Verbrauch von Antibiotika dazu nicht melden müssen.

(Wortmeldung Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Jetzt dürfen Sie gern eine Frage stellen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann haben Sie schon vorweggenommen, dass jetzt der Herr Abgeordnete Matthiessen eine Zwischenfrage stellen darf. - Dann tun Sie es bitte.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Kühe nach der Laktationsperiode trockengestellt werden, geschieht das massenhaft unter Antibiotikaschutz. Sie werden das bestätigen können, und Sie nicken. Das landet natürlich nicht in der Milch, das ist aber Antibiotika-Einsatz auf dem Bauernhof. Auch dadurch bilden sich Multiresistenzen.

Die werden aus dem Erzeugerbetrieb in die Biosphäre, in der wir alle leben, verschleppt - bis in die Krankenhäuser hinein. Insofern ist diese Auskunft, die Sie eben gegeben haben, fachlich einfach falsch.

Heiner Rickers [CDU]:

Da kann ich Ihnen natürlich widersprechen. Das muss ich so sagen. Nur in den Fällen, in denen die Antibiose für das sogenannte Trockenstellen angezeigt oder in Problembetrieben absolut notwendig ist, wird es gemacht. Es wird auch heute über andere Methoden zu erreichen versucht - auch das wissen Sie -: über Versiegelung von Eutern, langsames Trockenstellen, Entwöhnung vom Futter, sodass bei diesen Tieren dann nicht mehr so viel Milchleistung vorhanden ist, saubere Boxen, in die sie kommen, damit die Keimbelastung niedriger gehalten wird. Es ist genau das Bestreben des Landwirtes, wenig Antibiose einzusetzen, weil er diese Probleme doch zu Recht kennt. Insofern ist das Beispiel eines

(Heiner Rickers)

Trockenstellers im Vergleich zu einem Hähnchenmastbetrieb, der über 35 Tage - wie Sie es zum Teil richtig dargestellt haben - prophylaktisch Antibiose einsetzt, absolut nicht zu ziehen und deswegen in diesem Fall auch indiskutabel.

Ich wollte von Ihnen gern wissen, warum Sie so vehement gegen die 16. Novellierung anwettern, obwohl Sie hier in der Diskussion absolut keine vernünftigen Argumente genannt haben. Dazu dürfen Sie gern noch sprechen. Meine Antwort ist: Der Trockensteller ist nicht das Problem, das wissen Sie besser als ich.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lasse es jetzt einmal dabei, sonst landen wir zu sehr in der Fachdiskussion. Aber ich wollte darauf hinweisen, dass das Handling, das Sie zur Vermeidung von routinemäßigem Antibiotikaschutz beim Trockenstellereinsatz beschrieben haben, einen Bauernhof erfordert, der eine bestimmte Größenordnung nicht überschreitet, sodass man dieses Handling auch machen kann.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Habt Ihr keinen Ausschuss?)

Wir brauchen eine Landwirtschaft, die sich doch noch als bäuerlich bezeichnen darf und so kleinteilig bleibt, dass wir wenigstens auf jedem Dorf noch einen Bauernhof finden, der so ein Handling auch machen kann. Die Vermeidung von Antibiotika geschieht ja nicht von selbst.

- Ich will noch einmal antworten: Das Arzneimittelgesetz hat nur indirekt mit dem Problem, das Sie hier ansprechen, zu tun.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Können wir die beiden nicht in den Ausschuss überweisen! - Heiterkeit)

Herr Matthiessen, ich glaube, das, was wir in dem Antrag erarbeiten wollen, ist nicht unbedingt Gegenstand der Diskussion, die wir beide hier führen. Insofern sollten wir uns mehr auf das Arzneimittelgesetz beschränken. Sie werden mir recht geben, dass der Entwurf, so wie er im Moment vorliegt, durchaus ein Schritt in die richtige Richtung ist.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir überweisen das jetzt in den Ausschuss, und da klärt ihr das!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich hoffe, dass die Fragen hinreichend beantwortet sind. Ansonsten wünsche ich, dass wir eine andere

Lösung als diese neue Dialogkultur hier im Parlament finden.

Ich nehme an, Sie werden gleich noch miteinander sprechen. Herr Abgeordneter, Sie dürfen jetzt die 1 Minute noch nutzen.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich habe noch 1 Minute Zeit, die will ich aber nicht voll nutzen. Ich gehe mit der stillen Hoffnung wieder an meinen Platz, dass der Minister das, was wir gemeinsam diskutiert haben, mit auf den Weg nimmt und sich letztlich dazu durchringt, diesem Gesetzentwurf auf Bundesebene zuzustimmen, weil er in die richtige Richtung geht. - Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst einmal stelle ich fest, dass der Berichts Antrag in der Drucksache 18/732 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein weiterer Antrag gestellt worden. Daher ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 20 und 32:

Gemeinsame Beratung

a) Zukunft des Messestandorts Husum

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/802

b) Rolle des Westküstenbeirats bei der Entwicklung eines Westküstenkonzepts

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/837

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht der Landesregierung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist einstimmig gewesen.

Bevor der Minister zu Wort kommt, möchte ich noch ganz kurz unsere neuen Gäste auf der Tribüne begrüßen. Das sind zunächst einmal Schülerinnen

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

und Schüler der Geschwister-Prenski-Gemeinschaftsschule in Lübeck und Teilnehmer eines Kurses des Berufsbildungszentrums Schleswig. Es handelt sich um Asylbewerberinnen und Asylbewerber.
- Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Da Sie einstimmig den Bericht gewünscht haben, hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu einer guten Politik gehört, Politik für das ganze Land zu machen, alle Regionen und alle Bevölkerungsgruppen im Blick zu haben und zusammen mit den Akteuren regionenspezifische Konzepte zu entwickeln. Der Ministerpräsident hat deswegen in seiner Regierungserklärung im letzten Sommer eine **Initiative für die Westküste** angekündigt. Um den Sachverstand vor Ort bestmöglich einzubinden, wird die Initiative von einem **Westküstenbeirat** mit regionalen Akteuren aus den Bereichen der Kommunen, Hochschulen, Kammern, des Tourismus und der Gewerkschaften und so weiter begleitet.

Wir haben das gemacht, um ein klares Signal auch in die Region zu senden, dass wir in Kiel nicht alles besser wissen, sondern dass wir das mit den Akteuren vor Ort umsetzen wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Westküstenbeirat hat bereits zweimal getagt. Die ersten strategischen Ansätze für die Entwicklung der Westküste sind diskutiert worden. Das ist neu, das gab es bisher nicht, und das macht die neue Landesregierung.

(Beifall SPD und SSW)

In den Diskussionen im Beirat spielten auch die in den Anträgen angesprochenen Themen eine Rolle. Auf die möchte ich gern kurz eingehen.

Zunächst zur **Messe in Husum**: Nach fast zwei Jahren offen ausgetragenen Konflikts sind wir zu einer guten Lösung, zu einem guten **Kompromiss** gekommen. Dieser Kompromiss sichert die Kompetenz für Windmessen in Norddeutschland. Er sichert die Unterstützung der Industrie - vieler Unter-

nehmen -, und er sichert die Zukunft des Messestandortes Husum.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es war nicht einfach zu erreichen, dass die Messengesellschaften in Hamburg und Husum sich schließlich zusammengerauft und zusammengefunden haben und vor allen Dingen die wichtigsten Player im Markt verpflichtet haben, auf beiden Messen präsent zu sein, einer internationalen Windmesse in Hamburg und einer nationalen Messe in Husum. Das ist auf lange Sicht ein Kompromiss.

Schleswig-Holstein und Hamburg zeigen damit gemeinsame Stärke und Selbstbewusstsein im internationalen Wettbewerb. Das ist auch kein kurzfristiges Denken, sondern das sind langfristiges Denken und Handeln. Das ist genau der richtige Weg, den wir an dieser Stelle brauchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Punkt der **380-kV-Leitungen**: Hier wird es wichtig sein, dieses große Projekt, das wir unbedingt für die Infrastruktur der Energiewende brauchen, natürlich mit einer vernünftigen, mit einer umfassenden, mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu realisieren.

All das, was in den letzten Wochen und Monaten vor Ort geschehen ist und was noch geschehen wird, wird honoriert. Die Fragen, die Sorgen, die Präferenzen der Bevölkerung werden ernst genommen. Voraussichtlich im Spätherbst wird absehbar sein, welcher der **Planungskorridore** für die weitere Feinplanung am geeignetsten ist. Die betroffenen Grundbesitzer, die Interessenvertretungen und auch der Bauernverband werden dabei eng einbezogen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist die **Hafenschlickverklappung**. Hier müssen wir feststellen, dass die seit 2005 laufenden Untersuchungen keine nachteiligen **Auswirkungen auf die Nordseeküste** und die Fischerei durch die Verbringung von Hamburger Baggergut festgestellt haben. Ich will das in dieser Deutlichkeit sagen, weil man manchmal den Eindruck hat, dass hier etwas an die Wand gemalt wird, was so nicht stimmt. Dennoch bleibt es ein großer Eingriff in die Natur. Deswegen ist es ein gutes Ergebnis, dass Hamburg für die Zukunft ein Gesamtkonzept für den Schlick für eine dauerhafte Lösung ohne die Tonne E3 erstellt. Im Übrigen ist der Hafen Hamburg zahlenmäßig immer noch der größte **Arbeitgeber für Schleswig-Holstein**. Wir sitzen also auch hier in einem Boot.

(Minister Reinhard Meyer)

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich auch im Dialog, was Friedrichskoog angeht. Das wissen Sie. Wir haben ein Moratorium von einem weiteren Jahr eingeleitet, vor allem, um die **touristischen Möglichkeiten** mit der Gemeinde, mit den Akteuren vor Ort zu nutzen und verschiedene Lösungen zu machen. Wir müssen auch feststellen, dass der Hafen nicht für alle ein zwingender Bestandteil ist; das gilt zum Beispiel für den Erhalt der Seehundstation.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem eigentlichen Thema zurückkommen, dem **Westküstenbeirat** im Allgemeinen und im Besonderen. Es sind bisher eine ganze Menge Zukunftsthemen benannt worden, von der Verbesserung des Technologietransfers beim Fraunhofer-Institut in Itzehoe über die Aktivitäten der Fachhochschule Westküste mit den Unternehmen der Region bis zum Aufbau einer Kompetenzregion für erneuerbare Energien. Sie merken, es gibt eine ganze Menge Ideen, die im Westküstenbeirat bereits gesammelt worden sind. Wir wollen sie jetzt in konkreten Maßnahmen, konkreten Schritten definieren. Nach der Sommerpause wird es dazu eine weitere Sitzung geben. Ich hoffe, dass wir im Frühjahr nächsten Jahres entsprechende Zwischenergebnisse vorstellen können.

Meine Damen und Herren, die Westküste hat großes Potenzial. Dieses Potenzial wollen wir gemeinsam mit den Akteuren vor Ort entwickeln. Das tun wir in einer sehr konzentrierten, sachlichen Zusammenarbeit. Das bringt die Westküste wirklich voran, und das werden wir tun. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir haben weitere Gäste. Die Hochschulgruppe der Jungen Union ist ebenfalls unter den Besuchern. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zur Aussprache. Der älteste Antrag stammt von der FDP. Daher hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein verliert mit dem Abtreten der **internationalen Leitmesse HUSUM WindEnergy** an Hamburg sein bisheriges Aushängeschild in der

weltweiten Messelandschaft. Das müssen wir wirklich einmal feststellen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch wenn die Landesregierung und Herr Stegner versuchen, die Lösung positiv zu verkaufen, ist der Verlust definitiv ein herber Schlag. Das zeigen auch die Reaktionen, die es gegeben hat. Der Initiator der ersten HUSUM WindEnergy-Messe Uwe Thomas Carstensen schreibt in einem offenen Brief an die Landesregierung von einer feindlichen **Übernahme** der HUSUM WindEnergy-Messe 2014 durch die Hamburger Messegesellschaft. Er hat recht. Der sogenannte Kompromiss hat etwas von feindlicher Übernahme und Verrat der Landesregierung an den Interessen Husums und Schleswig-Holsteins.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, Sie murmeln die ganze Zeit vor sich hin. Ich weiß nicht, ob Sie das schon wissen: Jetzt haben sich auch die Kommanditisten der Messegesellschaft - es ist ja eine GmbH & Co. KG - heute Nachmittag mit einer **Pressemitteilung** an die Öffentlichkeit gewandt. Sie beantragen eine außerordentliche Gesellschafterversammlung. Sie verurteilen den Kompromiss und gehen davon aus, dass die **Messegesellschaft** ohne die HUSUM WindEnergy wirtschaftlich nicht überlebensfähig ist. Als Kommanditisten haben sie natürlich einen gewissen Geldbetrag eingezahlt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auf einer **Gesellschafterversammlung** soll über eine geordnete Auflösung der Gesellschaft beraten werden, um einer Insolvenz vorzubeugen. - So weit ist es schon, Herr Stegner. Ich finde das wirklich erschreckend.

Des Weiteren beantragen die Kommanditisten, Einsicht in die Verhandlungsergebnisse zu nehmen. Spätestens dann wird man feststellen, wie es gelaufen ist, wer wen aufgefordert hat, der Öffentlichkeit was zu erzählen. Denn zu den Verhandlungen gibt es ja unterschiedliche Auslegungen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir sind der Meinung, dass Husum einen zu hohen Preis zahlt. Deswegen fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag auf, gemeinsam mit der Husumer Messegesellschaft neue **Verhandlungen**

(**Oliver Kumbartzky**)

mit dem Hamburger Senat aufzunehmen, um eine weitergehende Kooperation zwischen Hamburg und Husum zu erreichen, die eine echte Kompensation für den Messestandort Husum darstellt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Husum benötigt eine langfristige Perspektive. Eine Initiative wäre, die Messe 2014, wie sie ursprünglich geplant war, tatsächlich in Husum stattfinden zu lassen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir fordern die Landesregierung auf darzulegen, warum das Jahr 2014 gestrichen worden ist. Es war immer die Rede davon, Grundvoraussetzung einer Einigung war immer, dass die **Messe 2014 in Husum** stattfindet. Das wurde immer gesagt, und auf einmal war es nicht mehr so. Das wundert uns wirklich sehr.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen, ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Kumbartzky, wären Sie so freundlich, dem Hause zu verraten, ob es für Husum besser wäre, wenn 2014 eine Messe stattfindet und danach die Lichter ausgehen, und dem Hause vielleicht auch mitzuteilen, welche Initiativen denn die Regierung Carstensen unternommen hat, um das in Ihrem Sinne zu regeln? Vielleicht können Sie uns die ja darlegen, sodass wir uns ein gutes Beispiel am Verhandlungsgeschick von Herrn Carstensen nehmen könnten, wenn es das denn gegeben haben sollte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott, Herr Stegner! Das ist langsam peinlich! - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Stegner, es gab 2012 eine sehr erfolgreiche WindEnergy, wo auch die Akquise für die Messe

2014 begonnen hat. Die meisten Aussteller wollen 2014 zum 25-jährigen Jubiläum nach Husum.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Das ist Fakt. Ich fände es besser, wenn die Messe 2014 in Husum stattfinden würde. Dann hätte man meinerwegen darüber reden können, 2015 eine nationale Messe in Husum und in ungeraden Jahren eine **Offshore-Messe in Hamburg** durchzuführen. Das wäre die richtige Lösung gewesen und nicht der Stegner-Weg.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da hätte Stegner mal hinfahren müssen!)

Herr Stegner, schließlich geht es auch um **Steuer-gelder**. Das ist auch so eine Geschichte. Die Hamburger Messegesellschaft wird staatlich getragen. Nun zahlt die Freie und Hansestadt Hamburg Husum aus Steuermitteln 4 Millionen € als **Ausgleichszahlung**. Ich bin gespannt, was die Landesrechnungshöfe dazu sagen werden.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte auch gern etwas zum **Westküstenbeirat** und zur Entwicklung des Westküstenkonzepts sagen, obwohl ein **Westküstenkonzept** schlicht nicht feststellbar ist. Beim Infrastrukturausbau tut sich nichts, bei der B 5 tut sich nichts, es wird auch nichts getan, um die Wirtschaft an der Westküste anzukurbeln. Von der Landesregierung gibt es wirklich keinerlei Impulse, die neue Arbeitsplätze schaffen oder den Export steigern. Das Einzige, was gemacht wird, sind Initiativen zum Import - wir reden hier über **Müllimporte**: Das ist der Hafenschlick aus Hamburg, das ist der Atommüll aus Sellafield. Dafür ist der Landesregierung die Westküste lieb und ein geeigneter Platz. So kann man keine Politik für das Land machen.

(Beifall FDP und CDU)

Auch der ominöse Beirat entpuppt sich als Beruhigungsspiel. Ich fand die Idee anfangs gar nicht so schlecht. Wenn ich aber sehe, dass nach einem Jahr erst einmal getagt worden ist, nämlich zur Konstituierung, und noch keine konkreten Fragen behandelt wurden, finde ich das wirklich verwunderlich. Herr Meyer, ich finde es auch verwunderlich, dass die Landespolitik in den Beirat nicht eingebunden werden soll. Die **Mitarbeit von Landespolitikern** wird offenbar nicht gewünscht. So viel zur Dialogkultur. Herr Stegner, auch Dithmarschens Landrat Dr. Klimant, ein guter Mann, das wissen Sie,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

(**Oliver Kumbartzky**)

der Mitglied im Beirat ist, äußerte sich am 9. Februar 2013 in der „DLZ“ kritisch. Er sagte dort, die Initiative sei noch wenig konkret. Weiter wird er mit dem Satz zitiert: Ein neuer Debattierclub darf das nicht sein. - Das sehe ich genauso.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Im selben Artikel vom 9. Februar sagt Frau Einfeldt von der Pressestelle des Wirtschaftsministeriums: Der Beirat umschließt in der ganzen Breite die Akteure, die für die Entwicklung der Westküste wichtig sind. - Landespolitiker werden dabei nicht aufgezählt. Dann habe ich die **Mitgliederliste des Beirats** gesehen: Darin sind zwei ehemalige Landtagsabgeordnete vertreten. Es erschließt sich mir nicht, warum Bernd Schröder und Martin Kayenburg dabei sein sollen, aber nicht die engagierten Westküstenpolitiker wie Dr. Tietze, Lars Harms und weitere. Herr Tietze und Herr Harms, ich wundere mich wirklich, dass Sie das stillschweigend hinnehmen. Bei der SPD wundert es mich nicht, da gibt es ja keine engagierten Westküstenpolitiker - außer Herrn Stegner, der sich an der Westküste engagiert,

(Vereinzelter Beifall FDP)

aber auch nur am Aschermittwoch in Marne. Ich frage mich zum Beispiel auch, warum Brunsbüttels Bürgermeister in diesem Gremium nicht vertreten ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich finde die Zusammensetzung wirklich sehr schwierig. Die Westküste hat Besseres verdient als Ihre abfallpolitischen Überlegungen. Ich bitte Sie noch einmal, unserem Antrag zu Husum, über den wir in der Sache abstimmen lassen wollen, zuzustimmen, damit neue Verhandlungen durchgeführt werden können; denn die Mehrheit der **Windenergiebranche** möchte 2014 nach Husum. Wir standen bisher gerade mit den Grünen immer zusammen, was die Messe in Husum betrifft. Ich nehme Ihnen allen nicht ab - auch Ihnen nicht, Herr Meyer -, dass Sie den Kompromiss gut finden. Ich finde, es ist ein sehr schlechter Kompromiss für Husum und für ganz Schleswig-Holstein. Ich nehme Ihnen nicht ab, dass Sie ihn so abfeiern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an Herrn Minister Meyer für den Bericht. Ich hätte mir aber von der Landesregierung ein bisschen mehr - vor allem einige Visionen - erwartet. Herr Minister, Sie haben nur das abgespult, was wir erwartet hatten. Sie haben das schon in den Antworten auf Kleine Anfragen artikuliert. Das, was Sie heute hier präsentiert haben, war genauso inhaltsleer wie die Beantwortung einiger Schreiben durch den Ministerpräsidenten. Dafür, dass Sie die Politik ausblenden, habe ich noch Verständnis. Das ist der Umgang und - lieber Olli Kumbartzky, du hast es angesprochen - die vielbesagte **Dialogkultur**. Die Antworten, die Sie auf entsprechende Kleine Anfragen gegeben haben, sind schon mehr als abenteuerlich.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Welche Antworten?)

Es sind 16 Fragen gestellt worden. Sie haben 14-mal geantwortet: „Siehe Antwort 2.“ Das alles ist ohne Substanz und ohne Inhalt. Eine Vision für die Region entwickeln Sie nicht.

Einige Akteure, die im Westküstenbeirat installiert beziehungsweise einbezogen sind, waren schon 1989, zu Zeiten Engholms, im Boot. Bereits damals gab es eine „Initiative Westküstenbeirat“. Das Ergebnis: Außer der **Industrieansiedlung in Brunsbüttel**, die seinerzeit von der CDU initiiert wurde, ist an der Westküste wenig passiert. Im Gegenteil, die Unruhe ist größer denn je.

In den Schreiben des Ministerpräsidenten vom 26. März 2013, das ich bekommen habe, und vom 17. Mai zielt er wiederum auf offene Prozesse ab. Dass die Landesregierung keine Vorfestlegungen trifft, ist vom Grundsatz her positiv zu bewerten. Aber ich habe es bereits angesprochen: Visionen der Landesregierung zur Westküste sind nicht wahrnehmbar. Das, was dazu vorhanden ist, geht gegen null. Es ist bedauerlich, dass Sie für die Westküste so wenig Initiative ergreifen, außer dass Sie über die Westküstentrasse rauf und runter diskutieren.

Ich will noch einige Punkte ansprechen, die die Westküste bewegen. Das soll für Sie auch ein Stück weit Arbeitshilfe sein, wenn es darum geht, dass Sie sich mit der Westküste intensiver auseinander-

(Jens-Christian Magnussen)

setzen. Sie wollen doch immer die **regionale Kompetenz** einbeziehen, obwohl Herr Stegner uns als den Abgeordneten aus der Region die regionale Kompetenz abspricht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Überhaupt nicht!)

Ich nenne einige Themen: Nordseetourismus und - in diesem Zusammenhang - Barrierefreiheit der Bahnhöfe, verkehrliche Infrastruktur, Netzausbau, bereitzustellende Ausgleichsflächen, Fischerei, Nullnutzungszonen - die Diskussion hat Minister Habeck angeschoben -, Industrie Probleme in der Region, das Zwischenlagerproblem. Die Mittelplate ist ein großes Thema; der Ministerpräsident hat es auf der Jubiläumsfeier ganz nebenbei weggewischt. Er klopfte allen Leuten auf die Schulter, sagte dann aber, weitere Initiativen werde es mit der Landesregierung nicht geben.

Weitere Themen sind Arbeitsplätze, Fachkräfte die A 20, Bahnangebote für Touristen und Pendler, die Diskussion um die Vergabe der Strecke West, der Brunsbütteler Hafen, der Breitbandausbau, die Fachkräftesituation in der Region, die Sozialatlas I und II des Kreises Dithmarschen, Nutzungskonzepte für Konversionsflächen, Schulstandorte, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Zu all diesen Themen hätten Sie heute Position beziehen können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Waren Sie nicht auch irgendwann an der Regierung beteiligt? - Glocke Präsident)

Das waren wahrscheinlich noch nicht einmal alle Themen. Mit Sicherheit gibt es noch viele andere Probleme, die bewältigt werden müssen. Herr Minister, das, was Sie heute zum Besten gegeben haben, ist vielleicht nicht armselig, liefert aber keine Grundlage für eine vernünftige Auseinandersetzung mit den Problemen der Region.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, auf Ihre Zwischenrufe reagiere ich gar nicht mehr. Es ist für mich so etwas von nebensächlich, was Sie zum Besten geben. Sie zeichnen sich wirklich durch breites Grinsen aus; da stehen Sie dem Ministerpräsidenten nicht nach.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist auch das Einzige, was die beiden gemeinsam haben!)

Alle Themen, die ich aufgezählt habe, bedürfen zeitnah einer Entscheidung. Sie sagten vorhin, auch wir hätten eine Zeitlang regiert. Richtig ist: Wir haben mit Ihnen regiert; aber in dieser Zeit war nicht viel zu machen, Herr Kollege Stegner. Wir haben

leider nur zwei Jahre mit der FDP regieren können. Ansonsten hätten wir das eine oder andere Thema intensiver bearbeiten und angehen können.

Ich will noch auf das **Dialogverfahren zum Netzausbau** eingehen. Ich zitiere aus der „DLZ“ vom 27. Mai: „Kabalsalat - die Fronten bei der Westküstenstromtrasse bleiben verhärtet“. Seit zweieinhalb Jahren leben wir die **Energiewende** und diskutieren noch heute über verhärtete Fronten. Da gibt es ein Aufgabenpotential für Sie, und ich erwarte, dass Sie kurzfristig reagieren.

Meine Redezeit läuft langsam ab, aber ich möchte noch kurz auf zwei Vorhaben eingehen, die im Juni 2012, kurz nach Regierungsübernahme, durch den neuen Ministerpräsidenten groß verkündet wurden. Ich zitiere wiederum aus der „DLZ“: „Große Pläne für die Westküste ...“

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Torsten Albig sagte demnach, die Westküste sei ein „zentraler Entwicklungsraum in Schleswig-Holstein“, nicht etwa ein „Randgebiet“ oder ein „Sorgenkind“, sondern ein „entscheidendes Entwicklungsareal“. Torsten Albig: „Ich will die Westküste zum Wachstumsraum machen.“

Ich verweise auf das, was ich zu Visionen und Konzepten soeben ausgeführt habe. Dazu findet sich bei Ihnen nichts, das ist gleich null.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz!

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Das mache ich gern, Herr Präsident. - Ich kann die Westküstenbewohner nur warnen: Die Westküstennebelmaschine der Küstennebelregierung ist angeschmissen. Die regionalen Bürger können sich warm anziehen. Sie sollten wachsam sein und sich intensiv in diesen Prozess einbringen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Magnussen, Sie haben uns klar aufgezeigt, welche Baustellen die vorherige Landesregierung uns hinterlassen hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich gebe Ihnen recht, dass man das alles nicht in einem Jahr wegschaffen kann. Deswegen haben wir uns über den Antrag der Kollegen von der FDP etwas gewundert. Da lassen Sie in Regierungsverantwortung jahrelang zu, dass nichts, aber auch gar nichts bei der HUSUM WindEnergy politisch weiterentwickelt wird, aber anschließend wundern Sie sich, wenn die Messe ernsthaft Konkurrenz bekommt. Plötzlich soll die Nachfolgeregierung das Kind wieder aus dem Brunnen holen. Sie sind es doch, die hätten dafür sorgen können, dass es erst gar nicht dort hineingerät!

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Vorgängerregierung war indes planlos. So ließ Herr Carstensen seinen Pressesprecher am 28. Februar 2012 hilflos verkünden - Herr Präsident, ich zitiere -:

„Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat heute in der Pressekonferenz nach der gemeinsamen Kabinettsitzung gegenüber dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, erneut deutlich gemacht, dass beide Regierungen unterschiedlicher Auffassung über den künftigen Standort der norddeutschen Windmesse sind.“

Nicht schlecht!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wow! Was für ein Konzept!)

- Genau. Es wurden unterschiedliche Auffassungen bekundet.

Das Ergebnis: Schleswig-Holstein stapfte wie ein kleines Kind trotzig mit dem Fuß auf, anstatt vernünftig zu verhandeln. Das war die Position der damaligen Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Schulze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Magnussen?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege, können Sie mir zustimmen, wenn ich feststelle, dass die seinerzeit von Peter Harry Carstensen geführte Landesregierung mit dem Wirtschaftsminister Austermann 12 Millionen € in die Entwicklung des Mesestandortes Husum investiert hat?

Olaf Schulze [SPD]:

Sie wollen tatsächlich bis in die Jahre 2005 und 2006, als Herr Austermann noch Wirtschaftsminister war, zurückgehen? Damals konnte er noch die Erbschaft der vorhergehenden - rot-grünen - Landesregierung weiterführen.

(Lachen CDU)

Müssen Sie so weit zurückgreifen, um überhaupt irgendetwas darstellen zu können, was Sie gemacht haben? - Herzlichen Glückwunsch! Danach gab es noch drei Wirtschaftsminister von der CDU, es ist aber leider nicht mehr viel gekommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, Sie hatten einen großen Verschleiß an Wirtschaftsministern. Das kann ich nachvollziehen. Aber es hätte doch ein bisschen mehr kommen müssen als das, was Sie heute angezeigt haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor eine neue Anfrage kommt, würden Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Magnussen zulassen?

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Vielen Dank, dass Sie mir das so ausführlich beantwortet haben. Stimmen Sie mir zu, dass 12 Millionen € von der Landesregierung investiert wurden? Können Sie mir auch zustimmen, dass nach diesen 12 Millionen €

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

noch einmal 1 Million € in Infrastruktur für Parkmöglichkeiten zur Entwicklung des Areals investiert wurde?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, was hat es gebracht? - Anscheinend nichts. Was haben Sie weiter gemacht, als 1 Million € zu investieren? - Sie haben nichts konzeptionell gemacht. Sie haben sich einfach nur hingestellt und haben immer nur geschimpft, gemeckert, aber anstatt etwas konzeptionell für die **Westküste** zu tun, eine Vision zu entwickeln, die Sie eben gerade angefordert haben, kann man Sie nur fragen: Wo sind Ihre Visionen gewesen?

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wo ist denn Ihre?)

- Ich komme gleich noch in meiner Rede dazu. Dann sage ich Ihnen noch, welche Visionen Sie hatten und welche wir haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Kollege Lars Harms von den SSW-Abgeordneten möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich.

Lars Harms [SSW]: Herr Kollege Schulze, geben Sie mir recht in der Bewertung, selbst wenn man 12 Millionen € plus 1 Million € investiert und einem danach die Messe von Hamburg weggeschnappt wird, dass man dann nichts in der Hand hat, dass die besten Investitionen nichts nützen, wenn man nicht auch dafür sorgt, dass man mit den Hamburgern ins Reine kommt und einen Messestandort weiter unterstützt, indem man möglichst Kompromisse schafft?

(Beifall SPD und SSW)

- Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Und welche Situation fand unsere Regierung im Sommer 2012 denn vor? - Eine sehr wenig proaktive Messeleitung, die offenbar von 2009 bis 2012 darauf wartete, dass die Regierung endlich ihre leeren Versprechungen einlöst, wie wir eben auch schon gehört haben.

Ministerpräsident Albig und Minister Meyer haben alles erreicht, was in dieser Situation noch zu erreichen war, eine eigenständige **Existenzsicherung** für die Messe HUSUM WindEnergy und eine Vereinbarung mit Hamburg, die für einen langen Zeit-

raum trägt. Es ging in der Frage **HUSUM WindEnergy** nicht mehr um Gewinn, es ging darum, das Verlieren abzuwenden. Denn, so stellte Ministerpräsident Albig zu Recht fest, die Kannibalisierung zwischen zwei Messen wäre der falsche Weg. Der Grund dafür - ich erwähnte es bereits - war die ohnmächtige Tatenlosigkeit der vorherigen Wirtschaftsminister.

Wenn jetzt der Abgeordnete Callsen, der in den vergangenen Jahren in Sachen HUSUM WindEnergy, außer dass er ein paar Anträge geschrieben hat, vor allem durch Untätigkeit aufgefallen war, von einer feindlichen Übernahme zum Schaden einer ganzen Region spricht, dann ist das wohl vor allem das schlechte Gewissen.

(Johannes Callsen [CDU]: Das glauben Sie selber nicht!)

- Doch, das glaube ich. Das stimmt, ich glaube nicht, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben. Das ist wirklich das Schlimmste, da muss ich Ihnen recht geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich danke weiter Herrn Minister Meyer für seinen Bericht zur **Entwicklung eines Westküstenkonzepts**. Offensichtlich setzt die Landesregierung auch in Sachen Westküste auf Dialog. Dabei mit anerkannten, kompetenten und ortskundigen Akteuren eng zusammenzuarbeiten, ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Die Westküste ist in mehrererlei Hinsicht stark herausgefordert, nicht zuletzt durch den demografischen Wandel. Gleichzeitig birgt sie auch besonders große Entwicklungschancen, beispielsweise im Tourismus und bei der Weiterentwicklung der regenerativen Energien.

Hier haben wir in Schleswig-Holstein schon viel erreicht und waren deutschlandweit Vorreiter bei der **Windtechnik**. So sollten wir nun auch in der Speichertechnologie wie bei Wasserstoff Vorreiter werden und unsere Chancen nutzen. Da hätte die alte Landesregierung einmal eine Vision aufbauen können und die unterstützen können.

(Zuruf Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Nein, das haben Sie nicht getan. Dann reden Sie doch einmal mit den Menschen, und reden Sie nicht immer über sie. Wenn Sie schon da wohnen, gehen Sie doch einfach zu ihnen hin.

Wenn es uns gelingt, die Stärken der Region so zu nutzen, dass wir mit diesem Schwung Wirtschaft stärken, ökologische Vielfalt bewahren und gute In-

(Olaf Schulze)

Infrastruktur für gute Arbeit und gutes Zusammenleben an der Westküste sicherstellen können, haben wir gewonnen.

Wir sind überzeugt, dass das im engen Austausch und mit großem Engagement der lokalen Akteure von den Kommunen, den Kammern und den Gewerkschaften über die Hochschulen bis zur Unternehmenschaft möglich ist.

Meine Damen und Herren, die CDU-geführte Vorgängerregierung kannte zwei Regierungsmethoden: Nichtstun und von oben herab Regieren. Und das Regieren Ihrer Seite zeigt, dass es leider so war. Unsere Regierung ist da anders, ich möchte sagen: moderner. Sie setzt auf Dialog.

(Lachen CDU und FDP)

- Entschuldigung, sie setzt auf **Dialog** und auf die **Kompetenz der Akteure**. Ich begreife, dass das bei Ihnen auf Unverständnis stößt, weil es Ihnen fremd ist. Aber vielleicht sehen auch Sie die Stärken einer Politik, die auf Verhandlung und Vereinbarung setzt, statt auf Gewinner und Verlierer. Lassen Sie uns gemeinsam für die Westküste streiten und viel erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das scheint hier ja die Debatte der fliegenden Messer zu sein. Ich sitze hier seit gut einer halben Stunde und höre mir das an und möchte in diesem Ton nicht weitermachen.

Es ist doch völlig klar, dass auch ein Abgeordneter der Westküste keine Begeisterungstürme dafür zeigt, dass die **Windmesse** nach Hamburg gegangen ist. Das muss ich einmal deutlich sagen.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist auch für uns als Abgeordnete vor Ort eine schwierige Situation.

Dennoch sind wir aber auch realistisch genug zu sehen, was passiert ist. In den Verhandlungen gab es im Rahmen der Wirtschaft neben dem VDMA auch Investoren, die gesagt haben: Wir orientieren uns nach Hamburg um.

Die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist die, dass der Minister hier versucht hat, mit der Wirtschaft einen bestmöglichen **Kompromiss** herauszuhandeln. Der ist jetzt erreicht - national in Husum, international in Hamburg. Aber das heißt noch nicht, dass der Wirtschaftsstandort, der Windkraftstandort Husum, die Pionierbewegungen für die regenerativen Energien komplett nach Hamburg gehen. Wir sind doch eine starke Region, wir dürfen doch auch weiterhin mit Selbstvertrauen behaupten, dass wir in dieser Region einen Kompetenzvorsprung haben, den sich andere Regionen erst mühsam erarbeiten müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieser Kompetenzvorsprung, den wir haben, und den Sie leider in dieser Debatte - - Herr Kumbartzky, das ist immer alles rückwärtsgerichtet, was Sie vorbringen, das ist die Argumentation: Hätte, hätte, Fahrradkette.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ich hatte von 2014 gesprochen!)

Wir sind doch in einer Situation zu fragen - das gilt übrigens für Husum, aber auch für Brunsbüttel und für die gesamte Westküste -, wie wir in Zeiten der jetzigen Herausforderungen an Wirtschaftspolitik, die Energiewende, die Verkehrswende, die Mobilitätspolitik, all diesen Herausforderungen begegnen können und sie in Wirtschaftswachstum umsetzen können. Wir haben gestern eine Debatte gehabt, in der wir über **Wirtschaftswachstum** geredet haben. Ich würde gern darüber reden, auch mit Ihnen Herr Kubicki, wie denn intelligentes und qualitatives Wachstum aussieht.

Wissen Sie, ich als Grüner habe entdeckt, dass man auch aus der grünen Perspektive heraus Wirtschaftspolitik betreiben kann. Ich gebe ja zu, das werfen Sie mir ja häufig vor, dass ich neu in der Wirtschaftspolitik bin. Aber ich gehe mit Interesse in die Unternehmen, und ich interessiere mich in der Tat auch für Industriepolitik. Ich rede auch mit der **Chemieindustrie**. Ich habe nichts gegen die Chemie, wenn die Chemie stimmt. Denn die Chemieindustrie ist der größte Verbraucher von **Energie und Ressourcen**. Wenn die anfangen, in einer Transformation auf grüne Ideen zu kommen und grüne Entwicklungen anzustoßen, dann ist das die Technologie von morgen und dann sind das auch die Geschäfte und das Wirtschaftswachstum von morgen. Ich möchte gern darüber reden, weil ich als Wirtschaftspolitiker glaube, dass wir nicht mit den Konzepten, die rückwärtsgerichtet sind, voran-

(Dr. Andreas Tietze)

kommen, sondern dass wir die Natur, die Klimafrage, die großen Herausforderungen, die wir haben, heute in die Wirtschaft mit einspeisen müssen. Wir brauchen heute intelligente Wirtschaft. Das sind im Übrigen auch die Wachstumsmärkte der Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki, vor 20, 30 Jahren waren es auch Vertreter Ihrer Partei, die nach dem riesigen Scheitern des **Growian** gesagt haben, die Windindustrie werde nie eine Industrie, die in Deutschland oder in der Welt jemals tauglich werden und jemals zur Wertschöpfung und zur Wirtschaftsentwicklung beitragen werde. Ich will Ihnen deutlich machen, dass wir alle, die wir hier sitzen, durchaus auch irren können in Prognosen. Aber ich will Ihnen eins deutlich machen: Sich mit Innovation, mit Technik auseinanderzusetzen, sich zu fragen, wie man moderner produzieren kann, ist eine Herausforderung. Das ist auch eine Herausforderung für den ländlichen Raum. Das ist auch eine Herausforderung gerade für die Westküste nicht aus einer Position der Schwäche, sondern aus einer Position der Stärke heraus.

Deshalb möchte ich gern zum **integrierten Westküstenplan** kommen. Ja, ich möchte gern mit Ihnen darüber reden, wie wir grüne Ökonomie voranbringen können. Grüne Ökonomie heißt: Warum nicht den Standort Brunsbüttel zu einem **Green-Chemical-Standort**, machen,

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Mit Atommüll, toll!)

Energie dort hinbringen, regenerativ, wo sie verwendet wird?

Das ist eine interessante Wirtschaftsstrategie, die auch zukünftig Arbeitsplätze in der Region sichern wird. Ich bin fest davon überzeugt.

Auch das Thema **On- und Offshore-Technologie** ist eine große Herausforderung. Ich will auch das Thema **Care-Ökonomie** nennen. Wir haben so viele Punkte in den Wirtschaftsbedingungen, die wir gerade in diesem Westküstenbeirat nach vorn bringen können, wenn wir uns von dieser alten Denke und dieser alten Ökonomie lösen und endlich begreifen, dass wir in einer **Transformationszeit** leben. Eine Gesellschaft, die weiterhin konsumieren möchte, die nicht den anderen Nationen wie China verbieten möchte, auch zu konsumieren, muss heute vorleben, wie wir aus weniger Ressourcen mehr machen können, wie wir mit weniger Mitteln mehr machen können, ohne dass wir auf Kosten unserer

nächsten Generation und auf Kosten unserer Natur leben.

Das ist die Herausforderung. Deshalb bin ich sehr davon überzeugt, dass das auch in die Debatte um einen Westküstenplan hineingehört. Wir können im Kleinen das bringen, was wir im Großen erreichen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die PIRATEN-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Wirtschaftsminister, ich möchte auf ein paar Punkte Ihres Berichts eingehen.

Erstens, zum **Westküstenbeirat**, der eingerichtet worden ist: Da haben Sie nichts wirklich Konkretes nennen können, was bisher dabei herausgekommen ist. Ich habe auch aus dem Teilnehmerkreis gehört, dass es bis jetzt eher eine unverbindliche Plauderstunde gewesen sein soll. Insofern hoffe ich sehr, dass man demnächst noch zu konkreteren Ergebnissen kommen kann.

Zweitens: **Westküstenstrasse**. Dafür ist der Energiewendeminister zuständig. Der hat sich leider bei den Konferenzen, bei denen ich dabei war, mit einem vorschnellen Ausschluss jeder **Erdverkabelung** vor Ort hervorgetan, die in anderen Ländern wie zum Beispiel der Schweiz längst praktiziert wird, die übrigens auch zu dem Ergebnis kommen, dass über die gesamte Laufzeit dadurch Kostensparnis möglich ist.

Sie verweigern sich leider auch konkret jeglichen verbindlichen **Regelungen zu Abstandsflächen**. Wir wissen doch aus den einschlägigen Studien, dass bei einer Mehrbelastung elektromagnetischer Art einige Studien zum Ergebnis eines erhöhten Risikos von **Leukämie** kommen. Ich finde es sehr bedenklich, dass andere Länder verbindliche Abstandsflächen oder auch 100-fach geringere Grenzwerte als wir haben, dass es bei uns bei unserem eigenen Energieleitungsausbau aber keine verbindlichen Grenzwerte dieser Art oder auch Abstandsflächen geben soll.

Ich kann nur sagen: Energiewende, ja, sie ist wichtig. Aber man darf nicht so schnell wenden, dass

(Dr. Patrick Breyer)

man dabei ins Schleudern kommt und in den Abgrund fährt.

(Beifall PIRATEN)

Insofern geht Energiewende eben nur mit Akzeptanz der Betroffenen vor Ort und kann nicht gegen sie gelingen.

Drittens: **Friedrichskooger Hafen**. Man kann sicherlich darüber streiten, ob das Konzept, das vorgelegt worden ist, tragfähig ist oder nicht. Aber ich glaube, die Menschen vor Ort haben schon einen Anspruch auf eine ehrliche Antwort,

(Beifall PIRATEN und FDP)

dass ihnen ehrlich gesagt werden soll, wie es weitergehen soll und ob es weitergehen kann. Ich glaube, dass um ein Jahr zu vertagen, erweckt doch sehr den Anschein, als ob man hier nur die Kommunal- und Bundestagswahl hinter sich bringen wollte. Ich glaube, man muss auch den Mut haben, ehrliche Antworten zu geben, wenn es nicht tragfähig sein sollte.

Viertens: **Windmesse**. Hierzu ist schon viel gesagt worden. Die Windmessevereinbarung halte ich für falsch. Es ist zwar sicherlich vernünftig, einen jährlichen Wechsel mit Hamburg vereinbart zu haben, aber die internationale Leitmesse aufzugeben zu haben, ohne die Aussteller überhaupt befragt zu haben - eine Ausstellerbefragung war unser Vorschlag -, ist sicherlich ein Fehler.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Beschlossen!)

Sich einvernehmlich zu einigen, ist zwar gut, aber es kann doch nicht in eine Art Harmoniesucht führen, die wir beispielsweise bei der Bäderregelung schon bemerkt haben, dass nur, um überhaupt irgendeine Einigung zu erreichen, alles mitgemacht wird. Das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Die **Offshore-Messe** ist auch kein Ersatz für die Region, weil die Zukunft der teuren Offshore-Energie ungewiss ist. Sie wissen, dass der Bau stockt. Infolgedessen unterstütze ich den Antrag der FDP-Fraktion, hier neue Verhandlungen vorzunehmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Na super!)

Zum letzten Punkt: **Hafenschlick**. Ich glaube, dass den Menschen vor Ort dieser Hafenschlick, zumal im Zusammenhang mit der Windmesse, mit der er nichts zu tun hat, nicht vermittelbar ist. Hamburg sagt schon seit Jahren, dass es ein **Sedimentmanagement** machen will. Seit Jahren ist rein gar nichts passiert.

Sie sagen, das hätte keine Nachteile für die Region. Auch da gibt es unterschiedliche Meinungen. Es ist nicht nachweisbar, worauf Versandung und so weiter zurückzuführen sind, aber es gibt durchaus das Risiko, dass es Nachteile haben könnte.

Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass in einem offenen transparenten Verfahren - ohne Verquickung mit Windmesse - unter Beteiligung der Menschen vor Ort darüber entschieden wird, ob man einer weiteren **Verklappung** zustimmt. Denn die Westküste darf nicht zum Spielball politischer Deals werden. - Danke.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Husum hat, Seite an Seite mit den Windmühlenherstellern, dazu beigetragen, dass aus einer kleinen regionalen Messe eine **Messe von internationalem Rang** entwickelt wurde. Das Renommee dieser Leitmesse hat auch unserem Land gutgetan. Aus diesem Grund ist der Weggang der internationalen Messe nicht nur für die Westküste, sondern auch für das Land ein Verlust. Es wäre sicherlich wünschenswert gewesen, wenn HUSUM WindEnergy in vollem Umfang dort erhalten geblieben wäre.

Doch wir müssen erkennen, dass die Vorzeichen, unter denen dieser Konkurrenzkampf in all den Jahren stand, letztendlich keine anderen Möglichkeiten zuließen, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die großen internationalen Produzenten den **Messestandort Hamburg** favorisiert haben. Von daher müssen wir erkennen, dass der gefundene Kompromiss für Husum ein guter Kompromiss ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die künftige Ausrichtung der Husum-Messe unter dem Dach einer gemeinsamen Messengesellschaft ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gewährleistet. Keiner der beiden Messepartner kann ein Interesse am Misserfolg der jeweils anderen Messe haben, da in der Dachgesellschaft sowohl Gewinne als auch Verlustrisiken gemeinsam getragen werden.

(Flemming Meyer)

Darüber hinaus wird der **Kompromiss** auch von der Windbranche mitgetragen. Für Husum bedeutet der Kompromiss eine mittelfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Ausrichtung seiner alle zwei Jahre stattfindenden nationalen Windmesse. Husum bleibt damit weiterhin auf der Landkarte der Windbranche, und mit Hamburg an seiner Seite wird die Messe weiterhin in Norddeutschland zu halten sein.

Von daher geht der Antrag der FDP nicht nur völlig ins Leere, vielmehr gefährdet er den gefundenen Kompromiss. Der Vertrag wurde zwischen gleichberechtigten Partnern ausgehandelt. Von daher sehen wir nicht die Notwendigkeit, das Paket wieder aufzuschnüren.

Um die Potenziale der Westküste herauszuarbeiten, wurde von der Landesregierung die **Westküsteninitiative** - WKI - ins Leben gerufen. Ziel ist, die Akteure aus der Region - also die Kommunen, die Kammern, die Gewerkschaften, die Unternehmensverbände bis hin zu Hochschulen - alle an einen Tisch zu bekommen, um in den Dialog zu treten.

Ich möchte hervorheben, dass die Westküsteninitiative von den Vertretern der Region ausdrücklich begrüßt wurde. Denn an der Westküste hat man bereits seit Längerem erkannt, dass es wichtig ist, die Gemeinsamkeit zu unterstreichen und hervorzuheben, umso mehr, wenn es darum geht, wichtige **überregionale Projekte** umzusetzen oder sich an anderer Stelle Gehör zu verschaffen.

Der eingerichtete Beirat hat sich darauf verständigt, die wichtigsten Handlungsfelder zu identifizieren. So liegen die wirtschaftlichen Schwerpunkte im Bereich Verkehr, erneuerbarer Energien, Tourismus sowie beim Industriestandort Brunsbüttel. Weiter hat man sich auf die Handlungsfelder Demografie und Fachkräfte geeinigt. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die regionalen Akteure von vornherein einzubinden.

In den nächsten Schritten müssen wir nun die herausgearbeiteten Handlungsfelder analysieren und Prioritäten und entsprechende Ziele ausarbeiten.

Die Landesregierung hat mit der WKI einen Anstoß gegeben, der wirklich auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Nun gilt es, in den nächsten Schritten die weiteren Vorgehen zu erörtern, damit baldmöglichst entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können. Das ist gut so. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaftsförderung an der Westküste: Nach einem Jahr neue Landesregierung sind wir genau so weit, dass wir einen Beirat installiert haben, der bisher zweimal getagt hat. Einmal hat er laut Beantwortung unserer Kleinen Anfrage getagt, um sich zusammzusetzen und gemeinsame Interessen zu formulieren. Dann haben wir jetzt gerade gehört, er hat auch schon ein zweites Mal getagt, um **Handlungsfelder** zu identifizieren.

Anfang nächsten Jahres - so habe ich den Minister zumindest verstanden - wird man dann überlegen, zu welchen Projekten man kommt. Dann sind zwei Jahre vergangen, und an der Westküste ist nichts, aber auch gar nichts Konkretes an Wirtschaftsförderung passiert: null. Im Gegenteil: Es gibt keinerlei Fortschritt bei der B 5, es gibt keine nennenswerte einzelbetriebliche Förderung mehr an der Westküste. Die Windmesse haben wir bereits diskutiert, dazu komme ich nachher noch.

Die Nachteile, die die nachgelagerte Wirtschaft durch den **Verlust der internationalen Windmesse** erleidet, werden hier überhaupt nicht thematisiert. Wir haben eine stark verlangsamte Genehmigung bei den Ausweisungen der Windeignungsflächen. Unsere Windmüller bekommen wirklich echte Probleme. Sie sagen, ihnen laufe die Zeit weg. Auch das ist noch in keiner Weise erklärt worden, auch das ist keine Wirtschaftsförderung.

Es reicht nicht, sich hier hinzustellen und zu sagen, was man vielleicht einmal irgendwann in einem Jahr gern für die Westküste machen möchte. Unsere Wirtschaft an der Westküste und die Menschen an der Westküste wollen heute wissen, was sie erwartet, und sie wollen heute die Unterstützung haben

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

und keine nebulösen Ankündigungen aus irgendeinem Wolkenkuckucksheim.

Noch drei Sätze zur Windmesse: Was hier überhaupt nicht thematisiert wird - ich möchte darauf aufmerksam machen -, ist die Tatsache, dass die SPD-geführte Hansestadt Hamburg diesen Angriff auf die Windmessen gestartet hat. Es ist die SPD-

(Astrid Damerow)

geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein, die dem nichts, aber auch gar nichts entgegenzusetzen hatte.

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Nein, lasse ich nicht zu.

Stattdessen bedankt sich Herr Albig auch noch öffentlich unentwegt bei Herrn Scholz für die wunderbare Wahlkampfunterstützung und für die gute Zusammenarbeit. Ich frage mich: Wo bleiben hier unsere Interessen?

(Beifall CDU und FDP)

Was ich gar nicht mehr verstehen kann: Was ist eigentlich mit dem SSW passiert,

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

der uns in Gesprächen noch klargemacht hat: Parteien, die einen Nordstaat und eine enge Kooperation mit Hamburg wollen, sind für uns überhaupt keine Gesprächspartner? Was ist eigentlich los mit euch? Man hört von euch überhaupt keine Widerworte mehr.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich bin höchst enttäuscht, und die Menschen an der Westküste warten darauf - -

(Zurufe)

- Herr Präsident, habe ich das Wort?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete!

Astrid Damerow [CDU]:

Danke. - Die Menschen an der Westküste warten darauf, dass diese Landesregierung ihnen endlich sagt, was sie unternimmt, um **Arbeitsplätze** zu sichern, um Einkommen zu sichern und um die Menschen dazu zu bringen, in Nordfriesland, in Dithmarschen und in Steinburg auch wohnen zu bleiben, weil sie dort ihren Lebensunterhalt verdienen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat für einen Dreiminutenbeitrag jetzt der Herr Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht ganz so lebhaft wie meine Vorrednerin, aber ich bin genauso sauer wie meine Vorrednerin,

(Beifall CDU und FDP)

was das Thema Westküste und die Politik der jetzigen Landesregierung angeht. Es war Ministerpräsident Albig, der bei der Eröffnung der letzten Windmesse steif und fest behauptet hat, dass er auch 2014 die nächste **Windmesse** - wir sind alle davon ausgegangen, dass es die internationale sein wird - in Husum eröffnen wird. Daran möchte ich erinnern und das auch einfordern.

Der SSW - Astrid Damerow hat es eben gesagt - taucht ab. Auf den Plakaten für die Kommunalwahl hieß es noch: „Husum macht den Wind und wir die Messe.“ Das war's dann ja wohl.

(Beifall CDU - Lars Harms [SSW]: Hamburg macht den Wind!)

- Hamburg macht den Wind, genau, und wir die Messe. Da ist auch nichts von nach.

Ich glaube, die entscheidende Wende, was den Messestandort angeht, ist passiert, als in Hamburg Bürgermeister Scholz an die Regierung gekommen ist. Seitdem diese politische Unterstützung, die sonst immer da war, dass Hamburg Husum nicht ins Gehege kommt, weggefallen ist, die von Bürgermeister Ole von Beust in der Regel immer - -

(Olaf Schulze [SPD]: Das war schon 2006!)

- Die Messe ist wohl da gewesen, aber sie ist wegen Erfolglosigkeit wieder eingestellt worden.

(Beifall CDU - Zurufe)

- In Hamburg, Sie wissen doch besser als ich, Herr Stegner, wenn politische Signale und politische Aussagen eindeutig sind, gerade wenn man Einfluss in der Messengesellschaft hat, wird etwas gemacht, oder es wird auch etwas nicht gemacht. Da war die politische Unterstützung nicht mehr da mit dem Ergebnis, dass Husum diesen Wettbewerb verloren hat, weil dann auch die Chance gar nicht da war, mit der privaten Messengesellschaft dagegenzuhalten.

Dass Sie in der größten Not diese Einigung akzeptiert und unterschrieben haben, das kann man den Husumern nicht vorwerfen. Wenn die politischen Signale eindeutig und aus Kiel anders gewesen wären, dann hätten wir ein besseres Ergebnis bekommen. - Danke.

(Klaus Jensen)

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms für den SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Damerow, natürlich werden sämtliche Projekte weitergemacht, die an der Westküste angedacht sind und gefördert werden sollen. Es ist nicht so, dass da irgendein Stillstand ist. Das wird Ihnen das Wirtschaftsministerium auch sagen können.

Wir machen neuerdings einen Unterschied: Wir reden mit den Menschen von der Westküste. Wir fangen an, in diesem **Westküstenbeirat** tatsächlich darüber zu reden, welche Konzepte wir umsetzen wollen - all das, was Kollege Tietze vorhin gesagt hat. Die Ideen, die dahinterstecken, sind Dinge, die jetzt diskutiert werden. Da muss man die Westküste ernst nehmen und sich für Prozesse Zeit lassen. Wir haben es jetzt angeschoben. Deswegen sind wir da, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

(Christopher Vogt [FDP]: Ohne Einwilligung des Parlaments!)

Dass sich bei der B 5, liebe Kollegin Damerow, in Hattstedt nichts bewegt, liegt daran, dass die Leute dort gegen diese **Trassenführung** geklagt haben. Wenn Sie als CDU den Rechtsstaat außer Kraft setzen wollen, dann können Sie das gern hier sagen. Wir tun es nicht. Wir halten uns an Recht und Gesetz. Wenn die Klagen abgearbeitet sind, dann wird dort irgendwann die Baumaßnahme beginnen.

Was die **Windmesse** angeht, wurde eben schon gesagt: 2006 fing Ole von Beust damit an und hörte auch nicht damit auf. Der liebe Kollege Olaf Scholz hat es übernommen und uns eine richtige Konkurrenz gemacht. Was ist in der Zwischenzeit geschehen: Peter Harry Carstensen hat nichts getan, gar nichts. Er hat sich überhaupt nicht bewegt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat sich überhaupt nicht bewegt. Er hat überhaupt nicht versucht, das Gespräch zu suchen. Er hat immer nur gesagt: Wir haben einen Dissens, wir wollen es lieber allein machen. Die anderen haben genau das Gleiche gesagt. Im Extremfall wäre dabei herausgekommen, dass wir gar keine Messe mehr in Husum gehabt hätten.

Jetzt haben wir einen Kompromiss, der übrigens auch von der Wirtschaft so gewollt ist. Das führt dazu, dass wir in einem Jahr die Windmesse haben und in dem anderen Jahr die **New Energy**, sodass wir in Husum in jedem Jahr eine dieser großen Messen haben werden. Deswegen stimmt der Slogan vom SSW auch, dass wir die Messe machen. Wir machen nicht nur eine Messe, sondern wir machen zwei Messen, die sich jeweils in den Jahren abwechseln, meine Damen und Herren.

Es ist ganz wichtig - das ist das Wesen einer Verhandlung -: Beide Partner sind aufeinander zugegangen. Beide Partner haben gesagt: Sowohl im Positiven wie im Negativen teilen wir alles. Wir machen uns gegenseitig davon abhängig, dass die jeweilige Messe ein Erfolg wird. - Das ist wirklich ein hervorragendes Vehikel, damit Husum mit seiner **nationalen Messe** auch eine Chance bekommt, weil sie von Hamburg unterstützt wird und weil wir als Husumer natürlich auch jetzt die Hamburger Messe unterstützen und es am besten gemeinsam vermarkten.

Die Riesenchance für Husum liegt darin, den Messe- und Konferenzstandort dort entsprechend weiterzuentwickeln. Wir haben jetzt eine Chance, mit unserem großen Partner aus Hamburg etwas aufzubauen,

(Lachen FDP)

das da heißt, nicht nur die Messe, sondern Tagungstourismus, Veranstaltungen, Musikveranstaltungen, Theater und ähnliche Geschichten. All das kann jetzt in Husum stattfinden.

Lieber Kollege Kubicki, bei all dem haben wir jetzt eine Chance, mit den Hamburgern etwas gemeinsam zu machen, mehr zu schaffen, als wir ohnehin schon hatten. Das werden wir anpacken. Sie werden auch erkennen, dass diese Regierung hier einen richtigen Schritt gemacht hat und dass wir in Husum darauf aufbauen und etwas Vernünftiges hinbekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Mir liegen noch drei Wortmeldungen von Herrn Abgeordneten Dr. Stegner, Herrn Abgeordneten Habersaat und Herrn Abgeordneten Dr. Garg vor. Zunächst hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon eine dolle Geschichte, die wir hier erleben. Natürlich hat der Kollege Tietze recht, dass es uns am liebsten gewesen wäre, wenn alles so geblieben wäre mit einer florierenden **Windmesse in Husum**. Dafür haben wir uns alle eingesetzt, und das wäre uns am liebsten. Wir wussten immer, dass am Ende die Wirtschaft entscheidet, wohin sie geht. In dem Moment, in dem auch Vestas gesagt hat, man wolle nach Hamburg gehen, war die Messe gelesen. Diejenigen, die sich jetzt hier aufregen, sind diejenigen, die nichts tun, aber klugscheißen. - Entschuldigung, das ist unparlamentarisch, aber das darf man vielleicht trotzdem so sagen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das ist unparlamentarisch.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Dann nehme ich das zurück. - Selbst nichts tun, aber hier klug daherreden wollen, das ist das, was wir von Ihnen kennen. Sie haben immer gesagt: Papa wird es schon richten. Was hat Papa gemacht? - Gar nichts. Er hat gar nichts gemacht.

(Widerspruch Dr. Heiner Garg [FDP])

Von Beust ist derjenige gewesen, der die Konkurrenz angezettelt hat. Ich will Ihnen sagen, was dabei herausgekommen ist, nachdem sich Reinhard Meyer und Torsten Albig mit dem Hamburger Bürgermeister nun darum gekümmert haben und darüber gesprochen haben. Herausgekommen ist ein Konzept, bei dem beide Messen zusammenarbeiten müssen. Nebenbei bemerkt: Der Professionalität der **Husumer Messeleitung** wird das nicht schaden. Dabei kommt in diesem Jahr Geld herüber. Was hätten wir von der Messe 2014 gehabt, wenn anschließend die Lichter ausgegangen wären? - Die großen Konzerne haben sich verpflichtet, bis 2020 dorthin zu kommen. Wenn man dies im abwechselnden Rhythmus macht, wie es eben von Lars Harms beschrieben wurde, dann ist das für Husum ein deutlich besseres Konzept, als wir es sonst hätten kriegen können. Das ist Fakt.

Stattdessen erzählen Sie uns etwas von einer Insolvenz, die vermutlich eingetreten wäre. Warum hat der Geschäftsführer da mitgemacht? - Er hatte im Kommunalwahlkampf ein bisschen Mühe, dies seiner Union, der er angehört, zu erklären. Das habe ich mitbekommen. Das ist eine Vereinbarung, die aus vernünftigen und klugen Verhandlungen und

nicht nur aus großen Ankündigungen bestanden hat. Sie haben immer nur angekündigt, gemacht haben Sie nichts. Je lauter Sie lärmten, umso deutlicher wird dies. Sie wissen hinterher immer, wie es besser gegangen wäre. Selbst gemacht haben Sie aber nie etwas. Sie werden sehen, das wird gut sein für Husum.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, Sie sollten heute ganz still sein.

(Zurufe CDU)

- Darüber reden wir an anderer Stelle. - Sie werden unter diesen Umständen feststellen, dass die geschlossene Vereinbarung unter den gegebenen Umständen die bestmögliche Lösung für Husum war. Sie mögen lärmten und toben. Sie sind wahrscheinlich auch deshalb in der Opposition, weil Sie besser reden als handeln können. Schreien können Sie auch in der Opposition, handeln muss man in der Regierung. Unsere Regierung macht das gut. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben das Thema schon reichlich diskutiert. Immer wieder fallen einige in das Muster zurück, es sei die SPD Hamburg, die einen infamen Angriff auf das wunderschöne Husum starte.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Widerspruch Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es kommt Widerspruch von Herrn Kubicki, das finde ich gut, denn der Vorwurf ist falsch. Es war ein von-Beust-Senat, der in **Hamburg** Millionen in die **Ertüchtigung des Messestandorts** gesteckt hat, und zwar mit dem in der Bürgerschaft vorgetragenen ausdrücklichen Ziel, die Messe für Veranstaltungen im Bereich der erneuerbaren Energien zu ertüchtigen. In der Bürgerschaft wurde dabei ausdrücklich die **Windenergie** genannt. Das ist ja auch nicht falsch. Das ist ein Zukunftsfeld, und warum soll Hamburg hier nicht investieren?

Herr Arp murmelt zu Recht: „Aber nicht gegen Husum.“ Nun hat es aber 2002, 2004 und 2006 Messen in Hamburg gegeben, und zwar gegen Husum.

(Martin Habersaat)

Von wem wurde dies jeweils unterstützt? - Vom CDU-Senat. Womit wurde dies unterstützt? - Auch mit Geld. Insofern ist klar, dass man diese parteipolitische Geschichte langsam als totgeritten betrachten sollte. Ich habe Verständnis dafür, wenn es hier neue Abgeordnete gibt, die in der letzten Legislaturperiode noch nicht mit dabei waren. Diese dürfen noch einmal die alten Argumente bringen. Jetzt ist es aber gut. Ich bedanke mich bei der Regierung dafür, dass endlich eine Lösung gefunden wurde und dass wir das Thema jetzt vielleicht beenden können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, lieber Lars Harms, ich will eine Behauptung, die Sie beide aufgestellt haben, aufgreifen. Herr Stegner, Sie waren bedauerlicherweise sogar einmal Minister in diesem Land, wenn auch nicht sehr erfolgreich. Gerade von Ihnen kommt immer wieder der Vorwurf, nichts sei geschehen. Sie wissen es vermutlich sogar besser. Wenn Sie es nicht besser wissen, dann sage ich es Ihnen jetzt: Es stimmt schlicht und ergreifend nicht. Lieber Herr Lars Harms, Sie wissen es ganz genau: Peter-Harry Carstensen hat jede Gelegenheit genutzt, um auch mit dem Nachfolger von Ole von Beust, mit dem jetzigen regierenden Bürgermeister, genau über dieses Thema zu reden; nicht nur in der Öffentlichkeit, aber sehr wohl auch öffentlich wahrnehmbar.

(Beifall FDP und CDU)

Sie stellen sich jetzt hin und behaupten - -

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich komme gleich dazu, Frau von Kalben. - Hier jetzt zu behaupten, er hätte nichts getan, ist schlicht eine Unverschämtheit. Das ist nicht wahr, und Sie wissen das.

(Beifall FDP und CDU)

Kollege Harms, bei Ihrer Rede habe ich ganz besonders aufmerksam zugehört. Wie haben Sie die letzte Landesregierung mit flammenden Appellen

aufgefordert, den Messestandort Husum genauso zu erhalten, wie er war! Und jetzt erzählen Sie hier etwas von einem tollen Kompromiss?

(Beifall CDU)

Den tollen Kompromiss kaufen Ihnen nicht einmal Ihre eigenen Leute in Husum ab. Fragen Sie dort nach!

(Widerspruch Lars Harms [SSW])

- Das stimmt doch überhaupt nicht. Die meisten finden eben nicht, dass dies ein toller Kompromiss ist.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Ja, das sind 4 %. Die meisten finden eben nicht, dass das ein toller Kompromiss ist. Wenn Sie sich vielleicht ein bisschen mehr mit der Entscheidungsfindung beschäftigen würden, wozu es Möglichkeiten gab, dann wüssten Sie, dass noch nicht einmal die eigene Landesregierung in Wahrheit den gefundenen faulen Kompromiss zulasten von Husum als tatsächlich rettend oder irgendwie besonders hervorstechend empfindet.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, ich lasse die Zwischenfrage von Herrn Dr. Stegner herzlich gern zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Stegner, Sie haben die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das finde ich ausgesprochen großzügig, lieber Herr Kollege Dr. Garg. Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Herrn Carstensen nicht vorwerfen, dass er nicht geredet hätte, sondern wir haben ihm vorgeworfen, dass er nichts getan hat und nichts erreicht hat? - Das ist ein großer Unterschied. Dass er geredet hat, das haben wir häufig gehört. Er hat aber nichts getan, und er hat nichts erreicht. Das war der Vorwurf.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, ich weiß nicht, wie Sie Ihr politisches Geschäft gehandhabt haben, wahrscheinlich gar nicht. Sie wissen, dass Verhandeln im politischen Alltag zum Tun gehört. Genau das hat Peter Harry Carstensen getan. Das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist, haben im Übrigen Sie zu verantworten. Das hat diese Landesregierung zu verantworten, denn Peter Harry Carstensen hat eines nicht getan. Peter Harry Carstensen hat Hu-

(Dr. Heiner Garg)

sum nicht preisgegeben. Er hat keinen faulen Kompromiss zulasten von Husum verhandelt.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich immer gern, weil ich die hohe soziale Kompetenz von Herrn Dr. Stegner ausgesprochen schätze.

(Heiterkeit)

- Da muss sogar Herr Andresen lachen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe Sie also richtig verstanden, Herr Kollege Dr. Garg: Herr Carstensen hat kein Ergebnis erzielt, die Verhandlungen mussten von dieser Landesregierung geführt werden, und Sie kritisieren das Ergebnis. Das ist das, was Sie sagen?

- Nein, Sie haben mich selbstverständlich nicht richtig verstanden, und das wissen Sie auch. Ich glaube aber, Sie und ich erinnern uns noch gut daran, dass es dazwischen einen Termin gab, der dauerlicherweise zum Regierungswechsel geführt hat. Sie haben nicht im Sinne von Husum weiterverhandelt. Sie haben Husum preisgegeben, und genau das werfen wir Ihnen vor, und das werden wir Ihnen auch weiterhin vorwerfen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht können wir die anstehende Frage unter anderen Aspekten noch einmal diskutieren. Ich will mich gar nicht darüber auslassen, ob dieser **Kompromiss**, der gefunden worden ist, ein fauler, ein guter oder ein schlechter Kompromiss ist. Er wird nur dokumentieren, was uns bei anderer Gelegenheit auch schon passiert ist. Er lenkt uns ein bisschen von dem ab, was über diesen Streit zwischen Hamburg und Husum hinausgeht, nämlich von dem Streit mit Hannover, von dem Streit mit Barcelona, von dem Streit darüber, ob für die Windenergie der **Messestandort Deutschland** über-

haupt auf absehbare Zeit derjenige Standort sein wird, der international akzeptabel ist oder nicht.

Einige von Ihnen sind schon länger in diesem Hohen Haus. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass wir die Provinzialität von Schleswig-Holstein immer wieder dadurch dokumentiert bekommen, dass Headquarters aus unserem Land heraus verlagert werden. Als wir die Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein und der Landesbank Hamburg zur HSH Nordbank begonnen haben, war die - im Übrigen verhandelte - Idee, an beiden Standorten gleichmäßig und gleichgewichtig die Interessen der kreditsuchenden Wirtschaft zu organisieren.

Wenn Sie nachfragen, wann denn einmal Vorstands- oder Aufsichtsratssitzungen der HSH Nordbank in Kiel stattgefunden haben, werden Sie feststellen: in den vergangenen Jahren gar nicht mehr. Warum? - Das ist so, das kann man auch bei Tocqueville - einige Ökonomen wissen, was damit gemeint ist - nachlesen, weil einem klar sein muss, dass es einen Drang zur Metropole gibt. Herr Kollege Tietze, bei allem was wir jetzt hören, werden wir von der einen oder anderen Seite erleben, dass dieser **Drang zur Metropole** auch den Standort Husum weiter beschädigen wird, und zwar unabhängig davon, ob wir diesen Kompromiss für gut oder nicht so gut halten. Wir werden dokumentiert bekommen, dass auch die Messegesellschaft Hamburg, die nicht nur Verluste einfahren darf, mitnichten irgendetwas abgeben wird oder abgeben kann, sondern im Gegenteil Ihnen und uns irgendwann erklären wird, dass es natürlich sinnvoll ist, dass man auch die nationale Messe in Hamburg organisiert, weil der Standort Hamburg einfach attraktiver ist.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Sie werden erleben, dass damit der Standort Husum - und zwar völlig unabhängig davon, was wir politisch wollen - möglicherweise schneller, auf jeden Fall nachhaltiger, ins Hintertreffen geraten wird, als das einigen Beteiligten heute lieb ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Kubicki. Vielleicht kann ich noch etwas von Ihnen lernen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das weiß ich nicht, ob Sie das wollen.

- Würden Sie mir zugestehen - Sie sagten ja, die Wirtschaftskraft gehe in die Metropolen -, dass auch die Wirtschaftskraft von Metropolen, die erfolgreich sind, in die Peripherie ausstrahlt und dass in einem Kooperationsvertrag tatsächlich - wie das hier auch schon mehrfach genannt wurde - auch der Standort Husum gestärkt werden kann? Ist das nach Ihrer Auffassung nur eine Einbahnstraße oder könnte nicht hier ein Austausch entstehen?

- Ich gebe zu, dass Metropolen auch ausstrahlen, deshalb haben wir auch eine Metropolregion. Das ist der Sinn der Metropolregion. Denn wir haben festgestellt, dass es eine gemeinsame Interessenlage gibt.

Ich kann Ihnen aber sicher sagen, dass es, was Messen angeht, eine Diversifikation von Metropolen in die Provinz hinein nicht gibt und auch nie geben wird. Die gibt es heute deutschlandweit nicht, und die wird es auch in Zukunft nicht geben. Zu glauben, dass das passieren wird, ist einfach eine Illusion. Ich möchte Sie nur davor bewahren, mit der Illusion weiter herumzulaufen, weil Sie nicht nur sich selbst damit keinen Gefallen tun, sondern den Menschen in der Region auch keinen Gefallen tun. Das ist das einzige, was ich dazu sagen wollte.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?)

- Jederzeit und gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie dürfen sie jetzt stellen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal in Husum waren.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Letzte Woche war ich in Husum, Herr Dr. Tietze.

- Aber Sie werden festgestellt haben, dass es der Reiz des Standortes ist, dass Sie dort An-

lagen in Betrieb sehen können, und zwar vielfache Anlagen verschiedener Typen. Sie werden doch zugestehen, dass die Innenstadt oder der Messestandort Hamburg keine Anlagen in Betrieb bieten kann. Das heißt, es ist doch logisch, dass auch hier eine weitere mögliche Attraktivitätssteigerung darin besteht und dass Hamburg und Husum so gut zusammenarbeiten können, weil man dort die Anlagen in Betrieb sehen kann.

(Zurufe FDP)

- Herr Kollege Dr. Tietze, ich gebe Ihnen zu, dass man dort Anlagen in Betrieb sehen kann. Die spannende Frage ist nur, wie lange man solche Anlagen in Betrieb als Modellanlagen noch sehen kann. Ich kann Ihnen sicher sagen, dass eine der größten Bootsmessen Deutschlands in Düsseldorf keine Boote in Betrieb vorhält. Die spannende Frage ist, ob Sie, wenn Sie Leute in Hamburg haben, sie dazu bewegen können, bei der Infrastruktur, die Sie haben, nach Husum zu fahren und sich die Anlagen anzugucken. Das halte ich doch eher für unwahrscheinlich.

Das, was Sie jetzt sagen, wenn das ein zutreffendes Argument wäre, müsste man die Messe nicht in Hamburg veranstalten, sondern in Husum. Das wäre die Konsequenz aus diesem Argument, denn dort kann man die Anlagen in Betrieb sehen, nicht in Hamburg.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Sie machen aber die Messe in Hamburg, und zwar, weil es offenbar auch nach Ihrer Auffassung nicht darauf ankommt, ob man die Anlagen in Betrieb sieht oder auch nicht.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Ich weiß, auch Sie sind gelegentlich so wie ich in Hamburg. Haben Sie einmal zugehört - das ist auch völlig unabhängig davon, um welche Partei es geht -, welche Interessenlage Hamburg verfolgt? Sie verfolgen logischerweise die Interessen Hamburgs - und zwar egal ob SPD, CDU, FDP oder die Grünen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Natürlich!)

Hamburg möchte jetzt gern der zentrale Standort für Speichermedien werden. Olaf Scholz hat erklärt: Wir wollen europaweit die Destination sein, die die Speicherkapazitäten entwickelt und regenerative Energieträger konkurrenzfähig auf dem Markt macht, und zwar rund um die Uhr. Was meinen Sie, was passiert? Die Leute fahren logischerweise nach Hamburg, und irgendwann werden Sie feststellen, in zwei, drei oder auch vier Jahren - das

(Wolfgang Kubicki)

können sich die Hamburger übrigens auch leisten -, dass man Husum überhaupt nicht mehr braucht und dass die nette Geste, die man Schleswig-Holstein angeboten hat, auch nichts weiter war als eine nette Geste, mit der man aufhört, wenn die reicheren Hamburger mit den ärmeren Schleswig-Holsteinern fertig sind.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Noch einmal: Das ist kein Vorwurf gegen die Regierung, Herrn Meyer oder was die Großzügigkeit angeht. Viel spannender für uns muss die Frage im Bereich der **norddeutschen Kooperation** sein - unter Einschluss von Niedersachsen und Hannover -, wie wir uns im norddeutschen Bereich gegen Anbieter von europäischen und **internationalen Messen** in den **USA**, in **China** oder demnächst in **Europa**, in Valencia oder in Barcelona, wehren wollen. Das ist unter Umständen die viel größere Herausforderung und die viel größere Gefahr für unseren Raum als der Streit zwischen Husum und Hamburg.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Verehrter Kollege, diesen Verbund gibt es nicht, der besteht nur in Ihrem Kopf.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Also Ihre Redezeit läuft wieder, weil Herr Dr. Tietze sich hingesetzt hat.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

- Herr Präsident, wenn Sie mich nicht unterbrechen würden, könnte ich die Redezeit auch nutzen.

(Sandra Redmann [SPD]: Hallo! Nun ist einmal gut, Mensch! Was ist das denn für ein Ton! - weitere Zurufe)

- Also mich darauf hinzuweisen, dass meine Redezeit weiterläuft, ist schon ziemlich komisch. Das sehe ich auf der Uhr selbst.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

So, jetzt haben Sie aber die Möglichkeit, weitere Fragen zu beantworten. Der Abgeordnete Lars Harms bittet um die Möglichkeit, eine Frage stellen zu dürfen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Lars Harms [SSW]: Ich werde gern hier noch ein bisschen länger stehenbleiben, damit Sie die Redezeit auch wieder reinholen können, Herr Kollege Kubicki.

Ich wollte nur einmal nachfragen: Es ist ja wirklich richtig, was Sie sagen. Sie sagen jetzt, es gibt einen Drang zur Metropole und alles zieht sich raus aus der Peripherie in die Metropole, das Messebeispiel sei nur eins von vielen Beispielen. Ihre Prognose ist, alles wird irgendwann von Husum Richtung Hamburg wandern, also auch die Nationale Messe, wahrscheinlich auch die New Energy irgendwann und so weiter. Wenn das das Szenario ist, sehe ich es dann richtig, dass es dann auch Ihre Einschätzung ist, dass es ein Fehler war, dass man überhaupt den Messestandort Husum aufgebaut hat? Denn wenn man mit der Erkenntnis da früher herangegangen wäre, hätte man eigentlich sagen müssen: „Das landet eh alles in Hamburg“, und dann hätten wir in Husum gar nichts machen müssen. Es kann ja durchaus sein, dass man im Nachhinein sagt: So ist es. Ich würde das nicht negativ sehen, sondern einfach sagen, wenn das Ihre Einschätzung ist, dann ist sie das. Dann kann ich damit auch leben. Sehe ich das richtig?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, Herr Kollege Harms, das sehen Sie leider falsch, das sehen Sie nicht richtig. Ich versuche jetzt, das in der einen Minute, die mir für die Antwort verbleibt, kurz zu erklären.

Die Hamburger hätten die Windmesse gar nicht gebraucht, es sei denn zur Sanierung ihrer Messengesellschaft. Die müssen, damit sie mit ihrer Messengesellschaft auf Dauer nicht pleite gehen, alles attrahieren, was sie bekommen können, alles. Denn sonst stünden die Messehallen leer, und das ist sehr teuer.

Wenn Sie einmal beginnen, sozusagen die Tür in Richtung Hamburg zu öffnen, was eine Messe oder eine Ausstellung angeht, dann führt dieses Öffnen der Tür dazu, dass der Zug der Zeit schlicht und ergreifend alles aus dem einen Raum in den anderen

(Wolfgang Kubicki)

Raum hinauswehen wird. Das haben wir bei der HSH Nordbank erlebt. Hätten wir die Landesbank behalten, hätten wir hier ein Headquarter. Da wir das zusammengelegt haben, ist das Headquarter in Hamburg. Die Interessenlage ist an Hamburg orientiert.

Sie werden erleben - das sage ich Ihnen voraus; das ist auch keine Bösartigkeit -, dass weil Sie die Tür aufgemacht haben, über kurz oder lang in **Husum** im Windenergiebereich keine **signifikante Messtätigkeit** mehr stattfinden wird. Was Sie sonst noch machen können - Phantom der Oper oder König der Löwen in den Messehallen -, ich weiß es nicht. Aber die Windenergiemesse wird sich auf Dauer - in welcher Form auch immer - sehr stark in **Hamburg** konzentrieren und nicht mehr in Husum. - So, das war es schon. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, jetzt möchte gern die Landesregierung mit dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Meyer, noch einmal sprechen.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde gern nach dieser Debatte drei Punkte noch einmal aufgreifen.

Erstens. Ich habe so ein bisschen das Gefühl, was die Opposition angeht: Weil Sie nicht die Idee zu einem **Beirat** an der **Westküste** hatten, ist die Idee schlecht. Ich glaube, das ist der falsche Weg, um gemeinsam etwas für die Westküste zu erreichen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben das doch gelobt!)

Herr Magnussen, Herr Kumbartzky und Frau Damerow, Ihre Beiträge haben mir gezeigt, dass es richtig ist, dass wir keine aktive Landespolitik in dem Beirat haben, denn dann hätten wir dort ein politisches Schaulaufen so,

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

wie wir das hier erlebt haben. Wir wollen dort vernünftig arbeiten und für die Westküste etwas erreichen. Ich weiß auch, dass wir **konkreter** werden müssen.

(Zurufe)

Wir werden auch konkreter werden, und im Frühjahr nächsten Jahres werden wir konkrete Vorschläge machen. Danach werden wir das hier gemeinsam diskutieren, und ich glaube, dann haben wir eine ganze Menge für die Westküste erreicht. Das werden Sie erleben, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Magnussen, Sie haben so viele Themen aufgezählt. Das sind all die Baustellen, um die wir uns als neue Landesregierung kümmern müssen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich erinnere an ein Beispiel, das Ihnen klarmacht, was diese Baustellen ausmachen. Das ist der **Hafen Brunsbüttel**. Wir stehen zu den Investitionen, die von Ihrer Landesregierung verschlafen worden sind.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Jens-Christian Magnussen [CDU]: Nein!)

Wir wären beinahe zu spät gekommen. Keiner hat es in Angriff genommen, wir nehmen das jetzt in Angriff, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Der zweite Punkt: Es gibt etwas bei der **Messe in Husum**, was mich wirklich irritiert hat. Anfang Juli letzten Jahres hat es das erste Gespräch mit der Messegesellschaft gegeben, um sich als Landesregierung beim MP mit dem Wirtschaftsminister informieren zu lassen: Wo stehen wir eigentlich? Auf die Frage, wann sie denn das letzte Mal mit Hamburg geredet hätten, hieß es nach kurzem Überlegen: im November 2011.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Cool!)

Dann haben wir in die Akten geschaut, was denn passiert ist. Ich weiß, dass die FDP Akteneinsicht beantragt hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Da stehen interessante Dinge drin! - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Von Februar 2012 bis zum Antritt der neuen Landesregierung finden Sie da nichts. Sie finden da nichts. Jetzt kommen wir zu einem entscheidenden Punkt, den Herr Stegner schon genannt hat: Nur reden hat in dieser Angelegenheit offensichtlich nicht weitergeführt. Ich glaube, das muss an dieser Stelle noch einmal ganz klar gesagt werden. Wir waren nicht auf Harmonie aus, sondern wir wollten einen **Kompromiss** im Interesse von Husum.

(Minister Reinhard Meyer)

Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Thema, zu dem Kompromiss, den wir gefunden haben. Noch einmal, Herr Kumbartzky: Ich finde ihn gut, aber es ist ein Kompromiss. Es ist nicht das Wunsch-dir-was oder die optimale Lösung. Ich danke auch Herrn Kubicki für die Einordnung, was das Thema der Beziehung zwischen Metropole und Peripherie angeht. Natürlich liegt dort der wahre Kern, der die Position schwierig macht. Aber ich frage ganz offen: Was hat denn im September 2011 als erster Einigungsvorschlag vorgelegen, den übrigens die Husumer Messengesellschaft unterschrieben hätte? - Das wäre gewesen, 2014 in Husum die Messe stattfinden und danach alles nach Hamburg ziehen zu lassen. Finden Sie das eine gute Lösung? - Da haben wir als Politik bewusst gesagt: Da müssen wir weiter reden, da müssen wir verhandeln. Das haben wir auch getan. Ich danke in diesem Zusammenhang übrigens, weil auch die Wirtschaft dahintersteht, dafür, dass Herr Wachholtz als Präsident des UV Nord hier seine Moderatorenrolle wahrgenommen hat.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist doch nicht so, dass das im luftleeren Raum passiert wäre, sondern hier ist ein vernünftiger Kompromiss geschmiedet worden.

Im Übrigen will ich ganz deutlich sagen, dass das Entscheidende die **Gespräche mit der Industrie** waren. Hier ist immer die Rede von den Ausstellern. Selbstverständlich hätte ich die Messe 2014 gern in Husum gehabt. Das sage ich frank und frei. Aber wir haben den Kompromiss gefunden, der die Husumer Messe langfristig in den Jahren 2015, 2017 und 2019 sichert. Da haben folgende Unternehmen, nämlich Alstom, Nordex, General Electric, REpower, Siemens, Vestas, ENERCON, der VDMA und der Bundesverband der Windenergie gesagt: Ja, da werden wir ausstellen, das ist die vernünftige Lösung, dazu stehen wir.

Ich glaube, jetzt müssen wir wirklich nach vorn blicken, und wir müssen die 12-plus-1-Millionen-€-Investition für die Zukunft rechtfertigen. Das wäre mit den Vorstellungen, die ich von Ihnen gehört habe, nach 2014 ein Millionengrab gewesen, was in Husum gestanden hätte. Wir werden das weiter für eine starke Messe und einen starken Standort in Husum nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/837 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Zum Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/802, hat diese Fraktion eine Sachabstimmung beantragt. Wer also dem Antrag der FDP, Drucksache 18/802, seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, aufgrund einer ganzen Reihe von Anschlussterminen haben die Parlamentarischen Geschäftsführer beschlossen, dass wir die Tagung jetzt schließen. Ich lade Sie ein, morgen früh wieder ab 10 Uhr dabei zu sein, und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:44 Uhr